

Finanzplan 2010 - 2014

Stadtstaat Bremen

Die Senatorin für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 - 4072
Fax: (0421) 496 - 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:
Referat 20,
Rüdiger Schröder
Telefon (0421) 361 - 2426
E-Mail: ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de

Karl-Heinz Bade
Telefon: (0421) 361 - 4471
E-Mail: karl.heinz.bade@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
erschienen im Februar 2011

Finanzplan 2010 - 2014

Stadtstaat Bremen

Gliederung

Seite

1. Vorbemerkungen	1
1.1. Rechtsgrundlage.....	1
1.2. Aufgaben der Finanzplanung	1
1.3. Berichtskreis	2
1.4. Planungszeitraum	2
2. Rahmenbedingungen	3
2.1. Ergebnisse der Föderalismuskommission II.....	4
2.2. Fortbestand einer Haushaltsnotlage.....	6
2.3. Demografische und gesamtwirtschaftliche Entwicklung	8
2.4. Finanzplanungen im übrigen Bundesgebiet	13
3. Ziele	15
3.1. Einhaltung des Konsolidierungspfades	15
3.2. Weiterentwicklung der Planung	16
3.3. Parallele Entwicklung eines "Integrierten öffentlichen Rechnungswesens".....	17
4. Einnahmen 2010/2014	18
4.1. Steuern, LFA, BEZ.....	18
4.2. Sonstige konsumtive Einnahmen	22
4.3. Vermögensveräußerungen / Sonstige investive Einnahmen	24
4.4. Bereinigte Einnahmen	26
5. Ausgaben 2010/2014	26
5.1. Personalausgaben.....	26
5.2. Zinsausgaben	29
5.3. Sonstige konsumtive Ausgaben	31
5.4. Investitionsausgaben	33
5.5. Bereinigte Ausgaben	37
6. Gesamtrahmen 2010/2014	38
6.1. Land und Stadtgemeinde Bremen	38
6.2. Bremerhaven	39
6.3. Stadtstaat Bremen	40
6.4. Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben (Gem. Schema des Finanzplanungsrates).....	42
7. Konsolidierungszeitraum 2010/2020	46
7.1. Ableitung des strukturellen Defizits... ..	47
7.2. Abbaupfad bis 2014.....	53
7.3. Konsolidierungsanforderungen bis 2020.....	54

Anlagen

- 1 Investitionsplanung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bis 2011
- 2 Investitionsplanung der Stadt Bremerhaven bis 2014

1. Vorbemerkungen

1.1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) in Verbindung mit § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In der Finanzplanung sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Nach § 9 Abs. 3 StWG ist der Finanzplan jährlich der Entwicklung anzupassen; er ist nach § 50 Abs. 3 HGrG den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen.

Der vorliegende Finanzplan 2010/2014 wurde gemäß § 31 der Landeshaushaltsordnung von der Senatorin für Finanzen aufgestellt und vom **Senat** in Form eines vorgezogenen Finanzrahmens 2010/2014 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen am 23. November 2010 sowie in der vorliegenden Fassung für den Stadtstaat Bremen am **01. Februar 2011** beschlossen.

1.2. Aufgaben der Finanzplanung

Im Unterschied zum Haushaltsplan, der vom Parlament durch ein formales Gesetz festgestellt wird, stellt der Finanzplan ein finanzpolitisches Programmpapier der Regierung dar, dessen Aufgabe es ist, eine längerfristige Orientierung der Haushaltswirtschaft zu ermöglichen. Er besitzt keine unmittelbaren Rechtswirkungen.

Die Finanzplanung bildet die im Rahmen jeweiliger Aufstellungsverfahren in die Haushalte zu übertragende finanzwirtschaftliche Gesamtentwicklung des Landes im Gesamtplanungszeitraum ab. Zu berücksichtigen sind dabei einerseits die aktuellen und absehbaren gesamtwirtschaftlichen und sonstigen Rahmenbedingungen, unter denen die Haushaltsentwicklung zu gestalten ist. Andererseits spiegelt die Finanzplanung die in entsprechenden Kennzahlen quantifizierten politischen Vorgaben zur mittelfristigen Gestaltung der Haushalte wider.

Die Freie Hansestadt Bremen setzt ihre Politik der Haushaltskonsolidierung fort. Der vorliegende Finanzplan 2010/2014 bildet dabei zugleich den **Einstieg** der Freien Hansestadt Bremen **in den bis 2020 zu gestaltenden Pfad** zur Umsetzung der Vorgaben der Föderalismuskommission II, insbesondere zur Einhaltung der sog. Schuldenbremse ab. Rahmenbedingungen und Perspektiven der Haushaltsentwicklung im Planungszeitraum sind unter diesem Kriterium zu beurteilen, die Zielsetzungen der Finanzplanperiode am längerfristigen Ziel ausgeglichener Haushalte auszurichten. Die Finanzplanung dokumentiert dabei den ersten erfolgreichen Sanierungsschritt der bremischen Haushalte im Jahr 2011, setzt den Rahmen für den weiteren Konsolidierungskurs im

Finanzplanungszeitraum und zeichnet die Zielsetzungen für die sich anschließenden Konsolidierungsschritte bis 2020 vor.

1.3. Berichtskreis

Den Erfordernissen des anstehenden Konsolidierungskurses entsprechend sind **Veränderungen bzw. Ergänzungen der ansonsten üblichen Betrachtungsebenen** der bremischen Finanzplanung erforderlich:

- Einerseits betrifft mit der Gewährung der ab 2011 zugesagten Konsolidierungshilfen für den Stadtstaat Bremen auch der im Gegenzug zu gewährleistende schrittweise Defizitabbau die Gesamtheit der bremischen Haushalte unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven. Abweichend von der bisherigen Praxis, bei der im Rahmen der Finanzplanung für Detailbetrachtungen zu Einnahme- und Ausgabepositionen in der Regel ausschließlich auf Werte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zurückgegriffen wurde, werden daher in der aktuellen Planung auch in differenzierterer Betrachtung des Gesamtrahmens **konsolidierte Ergebnisse für den Stadtstaat** insgesamt ausgewiesen. Die dabei berücksichtigten Haushaltsdaten Bremerhavens wurden als Finanzrahmen 2010/2014 am 16. Dezember 2010 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven beschlossen.
- Andererseits erfordert die unter Konsolidierungsgesichtspunkten zu betrachtende Entwicklung des „**strukturellen Defizits**“ Abgrenzungen und Berechnungen, die von der bisher üblichen, ausschließlich auf den Kernhaushalt bezogenen Sichtweise z. T. deutlich abweichen. Durch Erweiterung der Betrachtungsebene auf den „Sektor Staat“ werden auch (Vor-) Finanzierungen bzw. Tilgungen **ausgegliederter Einheiten** – mit entsprechenden Auswirkungen für die auszuweisenden Ausgabepositionen (vgl. 5.3. und 5.4.) und die abzubildenden Tilgungsbeträge (vgl. 7.2.) – in die Gesamtbetrachtungen einbezogen. Zugleich sind für die Abbildung des strukturellen Defizits **finanzielle Transaktionen** auszuklammern und rechnerische **Konjunkturbereinigungsbeträge** zu berücksichtigen.

Auch in ausschließlicher Abgrenzung des Kernhaushaltes ist die Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen mit entsprechenden Darstellungen der Flächenländer nicht unmittelbar vergleichbar, da ihre Ergebnisse Haushaltsdaten der **kommunalen Ebene** mit berücksichtigen. Anders als in den anderen Stadtstaaten, Hamburg und Berlin, wird dabei teilweise auch eine differenzierte Ausweisung nach staatlichem und kommunalem Haushalt vorgenommen.

1.4. Planungszeitraum

Der Planungszeitraum der vorliegenden Finanzplanung umfasst die Jahre **2010 bis 2014**. In den Planungszeitraum fällt damit als Ausgangspunkt das Jahr 2010, dessen (vorläufiges) Ist-Ergebnis nach Umrechnung auf das korrespondierende strukturelle Defizit die Berechnungsgrundlage des anschließend in gleichmäßigen Schritten vorzunehmenden Abbaus der Neuverschuldung in den bremischen Haushalten darstellt.

Im **Abschnitt 7** wird die zuvor entwickelte Finanzplanung 2010/2014 – dem Beispiel anderer Konsolidierungsländer folgend und der Vorbereitung der im Frühjahr 2011 mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungskurs dienend – in zunächst noch stark aggregierter Form **bis 2020 fortgeschrieben**. Der damit abgebildete längerfristige Planungszeitraum gibt Aufschluss über die insgesamt **zu leistenden Eigenanstrengungen** des Landes und die hierfür schon im Mittelfrist-Planungszeitraum zu schaffenden Voraussetzungen.

2. Rahmenbedingungen

Die Finanzplanung für den Zeitraum 2010/2014 steht für die Freie Hansestadt Bremen unter besonderen Vorzeichen. Konkret ist die Ausgangslage des Planungszeitraumes dabei wie folgt zusammen zu fassen:

- Die Planungen der bremischen Haushalte sind konsequent auf ihre **konsolidierungskonforme Gestaltung** im Hinblick auf die zum Abbau der Neuverschuldung bis 2020 notwendigen Schritte auszurichten (vgl. **2.1.**). Die finanzpolitischen Zielsetzungen im Planungszeitraum 2010/2014 leiten sich damit aus einer vorgegebenen **längerfristigen Entwicklungslinie** ab.

Mit dem Finanzrahmen und -plan 2010/2014 werden Einstieg und erste Schritte zur Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II festgelegt. Abweichend von früheren Orientierungspunkten (Ausgleich des konsumtiven Finanzierungsdefizits; Begrenzung der Primärausgaben) bildet dabei nunmehr das **Gesamtdefizit** und dessen schrittweiser Abbau bis 2020 das zentrale Kriterium der Haushaltsplanung.

- Die bisherige ausschließliche Betrachtung des Kernhaushaltes wird erweitert. Mit der Ausklammerung finanzieller Transaktionen, der Erweiterung des Berichtskreises auf den „Sektor Staat“ und der Einführung einer Konjunkturbereinigung wird das im Konsolidierungszeitraum abzubauen **strukturelle Defizit** errechnet, dessen Bezüge zum Kernhaushalt durch Überleitungsrechnungen herzustellen sind.
- Maßstab für die zu leistenden Abbauschritte ist die **konsolidierte Betrachtung** der strukturellen Defizite des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** sowie der **Stadt Bremerhaven**. Erforderlich ist daher eine integrierte Planung aller beteiligten Gebietskörperschaften, ein im Detail abgestimmtes und verlässliches System innerbremischer Verrechnungen und Erstattungen sowie eine konsequente gemeinsame Einhaltung der zu beschließenden Rahmenseetzungen im Vollzug.
- Die Empfehlungen und Beschlüsse der Föderalismuskommission II sind in gesetzliche Regelungen umgesetzt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen und Anforderungen für die Haushalte damit in den wesentlichen Grundzügen einschätzbar. Im Detail sind allerdings noch in der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund abschließend vorzunehmende **Festlegungen erforderlich**, zu denen insbesondere auch Annahmen für die den Planungen zugrunde zu legenden steuerabhängigen Einnahmen (einschließlich periodengerechter Bereinigung) und für das im Konsolidierungszeitraum anzuwendende Kon-

junkturbereinigungsverfahren zählen. Veränderungen des aufgezeigten Konsolidierungspfades sind daher noch möglich.

- Zu den ebenfalls wichtigen Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren des Konsolidierungskurses zählen die **demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen** im Planungszeitraum (vgl. 2.3.). Ihre Auswirkungen auf zentrale Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte (steuerabhängige Einnahmen, Sozialhilfelasten, Zinskonditionen etc.) sind mitentscheidend für den Erfolg der Haushaltskonsolidierung.

Im Einzelnen stellen sich die **Rahmenbedingungen** der Finanzplanperiode und des darüber hinaus fortzusetzenden Konsolidierungskurses demnach wie folgt da:

2.1. Ergebnisse der Föderalismuskommission II

Im Vorfeld der Beschlüsse der Föderalismuskommission II hatte die Freie Hansestadt Bremen auf entsprechende Anfragen zur Einhaltbarkeit von Neuverschuldungsgrenzen im Januar 2008 mitgeteilt, dass der Stadtstaat einen vollständigen Abbau seiner jährlichen Neuverschuldung bis 2020 **aus eigener Kraft nicht erreichen** könne. Eine von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe unter Federführung Baden-Württembergs bestätigte dies nach umfänglichen Analysen der Haushaltsstrukturen im April 2008. Die Föderalismuskommission reagierte auf diese Feststellungen mit dem Vorschlag zur Gewährung flankierender **Konsolidierungshilfen**.

Konkret **empfohl** die **Föderalismuskommission** nach ihrer abschließenden Sitzung am 05. März 2009, in Form einer Neufassung von Art. 143 d GG (Absätze 2 und 3)

- den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein für den Zeitraum 2011 bis 2019 **Konsolidierungshilfen** aus dem Haushalt des Bundes in Höhe von insgesamt **800 Mio. € jährlich** zu gewähren,
- hiervon einen Betrag von **300 Mio. € p. a. für die Freie Hansestadt Bremen** vorzusehen,
- die Gewährung dieser Hilfen an die Realisierung eines vollständigen **Abbaus der Finanzierungsdefizite** bis zum Jahresende 2020 **aus eigener Kraft** zu knüpfen,
- für den Konsolidierungszeitraum dementsprechend als **Eigenbeitrag** – ausgehend vom Basiswert 2010 – den Abbau des Finanzierungsdefizits um jeweils **ein Zehntel** des Ausgangswertes (2010) **pro Jahr** einzufordern,
- dabei „Bereinigungen um unmittelbar **konjunkturell** bedingte Änderungen“ zuzulassen“ und
- „insbesondere die jährlichen **Abbauschritte** der Finanzierungsdefizite, die **Überwachung** des Abbaus der Finanzierungsdefizite durch den Stabilitätsrat sowie die **Konsequenzen** im Falle der Nichteinhaltung der Abbauschritte durch Bundesge-

setz mit Zustimmung des Bundesrates und durch **Verwaltungsvereinbarung**“ zu regeln.

Die entsprechenden **gesetzlichen Grundlagen** dieser Vorschläge der Föderalismusreform-Kommission wurden am 29. Mai 2009 vom Bundestag sowie am 12. Juni 2009 vom Bundesrat beschlossen. Der Abschluss der auf dieser Grundlage zu schließenden **Verwaltungsvereinbarung** steht knapp zwei Jahre nach Verkündung der Empfehlungen der Föderalismuskommission allerdings noch immer aus. Dennoch ist bereits relativ detailliert absehbar, welche **Rahmensetzungen** aus den bereits bestehenden und noch zu schaffenden Beschlusslagen zur Einhaltung der Schuldengrenzen **für die mittel- und längerfristige Planung der bremischen Haushalte** konkret abzuleiten sind:

- Das „strukturelle Defizit“ des Stadtstaates, d. h. die jährliche **Neuverschuldung** der konsolidierten Einzelhaushalte des Landes unter Einbeziehung ausgegliederter Bereiche des Sektors „Staat“ mit eigener Kreditermächtigung, ist **bis 2020 auf Null zu reduzieren**. Die dabei zu realisierenden Abbauschritte betragen jeweils 10 % des strukturellen Defizits im Basisjahr 2010.

Diverse Detailfragen und Grundsatzentscheidungen zur konkreten Ausgestaltung dieses Konsolidierungspfades (Übergang zur Abbildung des „Sektors Staat“; Stand der zu berücksichtigenden Steuerschätzung; konkrete Methode der Konjunkturberreinigung etc.) sind zwar abschließend erst im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zu regeln. Nach aktueller Einschätzung ist allerdings davon auszugehen, dass das **strukturelle Defizit der bremischen Haushalte 2010** in den noch endgültig festzulegenden Abgrenzungen rd. **1,13 Mrd. €** betragen und dementsprechend ab 2011 um rd. 113 Mio. € p. a. zu verringern sein wird (vgl. 7.).

- Solange Bremen diesen Abbaupfad erfolgreich bewältigt, erhält der Stadtstaat auf diesem Weg Unterstützung durch jahresbezogene **Konsolidierungshilfen** in Höhe von 300 Mio. €, von denen jeweils 200 Mio. € im Jahr des zu leistenden Konsolidierungsschrittes und 100 Mio. € bei Nachweis des tatsächlich vollzogenen Abbauschrittes im Folgejahr gezahlt werden.

Die Konsolidierungshilfen sind ausschließlich zur **Verringerung der Neuverschuldung** einzusetzen und wirken sich insofern entlastend für die bremischen Haushalte über ihre Zinseffekte aus. Nach aktuellen Annahmen erreichen diese **Zinseffekte** im Jahr 2020 kumuliert einen Gesamtbetrag von rd. **126 Mio. €**. Gut **11 % des** im Zeitraum 2010/2020 **zu leistenden Abbaus des strukturellen Defizits** wird damit durch die Konsolidierungshilfen ermöglicht.

Die Auswirkungen des Konsolidierungskurses einschließlich der Konsolidierungshilfen zeigen sich im Schuldenstand, der ab 2016 (21,6 Mrd. €) nicht mehr erheblich ansteigt (siehe Abb. 1)

- Über den realisierten Defizitabbau der einzelnen Jahre ist einem, u. a. auch hierfür eingerichteten Bund-Länder-Gremium („**Stabilitätsrat**“) jeweils **im Mai des Folgejahres zu berichten**.

Die Freie Hansestadt Bremen geht den damit vorgegebenen Konsolidierungskurs entschlossen an. Als Rahmensetzung für den Planungszeitraum bedeutet dies, dass die **Anforderungen zum Abbau des strukturellen Defizits 2010 in zehn gleichmäßigen Schritten bis 2020** in Handlungsnotwendigkeiten für die Kernhaushalte des Stadtstaates übertragen und diese als **Maßstab der mittel- und längerfristigen Haushaltsentwicklung** gesetzt werden.

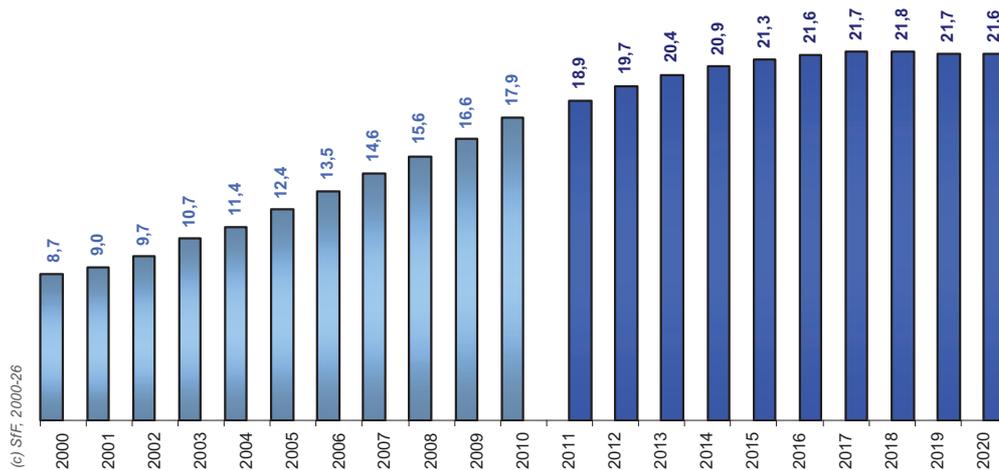
2.2. Fortbestand einer Haushaltsnotlage

Zu den Ausgangsbedingungen des zu bewältigenden Konsolidierungskurses 2010 / 2020 zählt, dass sich die Freie Hansestadt Bremen aktuell, d. h. zu Beginn des auf zehn Jahre angelegten Defizitabbaupfades in einer **Haushaltsnotlage** befindet und sich auch bei erfolgreicher Bewältigung dieses Pfades aus der Haushaltsnotlage nicht befreit haben wird. Konkret bedeutet dies:

Senatorin für Finanzen, Referat 20

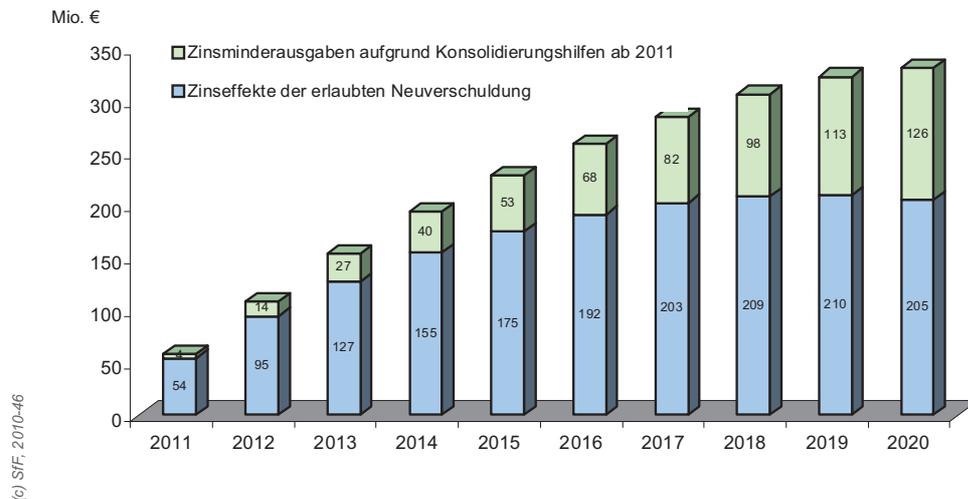


Abb. 1: Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. €



*) Fundierte Schulden zum Jahresende; ab 2011: rechnerischer Schuldenstand bei Einhaltung des Abbaupfades bis 2020

- Die hohe Verschuldung des Stadtstaates wird bis 2020 – wenn auch mit rückläufigen Jahresraten – weiter zunehmen. Bei planmäßigem Verlauf des Defizitabbaus wird der **Schuldenstand** des Landes und seiner Städte bereits am Ende des Finanzplanzeitraumes (**2014**) um rd. **3,0 Mrd. €** und im Endjahr des Konsolidierungszeitraumes (**2020**) – auch nach Gegenrechnung der Konsolidierungshilfen – um gut **3,7 Mrd. €** über dem Ausgangswert des Jahres 2010 liegen (vgl. **Abbildung 1**)

Abb. 2: Zinseffekte der Neuverschuldung und der Konsolidierungshilfen

* Angaben für den Stadtstaat bei einem angenommenen Zinssatz von 4,0 %

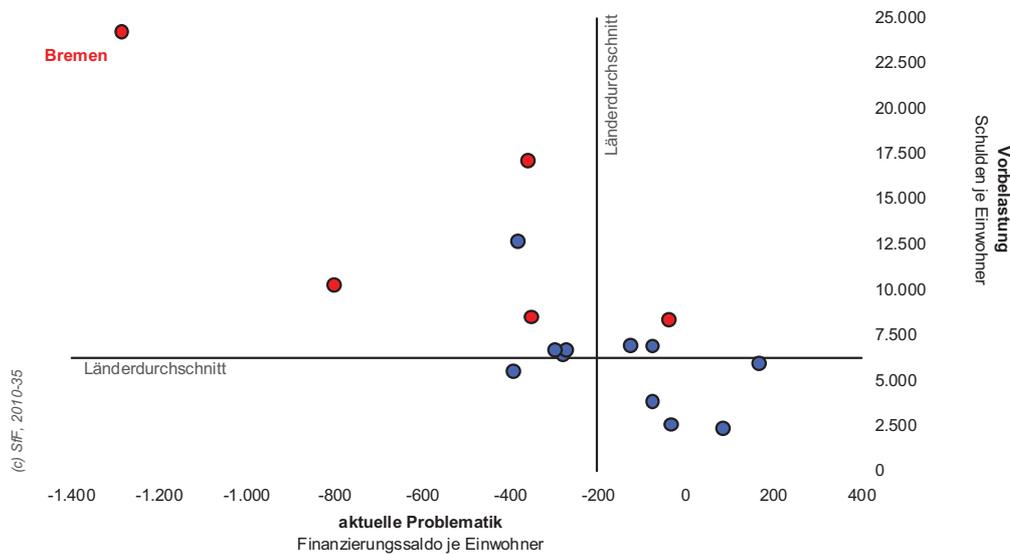
- Infolge der anhaltenden Neuverschuldung nehmen auch die Zinslasten der bremischen Haushalte im Konsolidierungszeitraum weiter zu. **Abbildung 2** verdeutlicht, dass die Zinsmehrausgaben aufgrund des insbesondere in der Anfangsphase der Konsolidierung weiter deutlich ansteigenden Schuldenstandes – bei einem unterstellten Durchschnittzinssatz von 4,0 % – bis 2020 rein rechnerisch einen Wert von rd. 331 Mio. € erreichen würden, von dem die zinsentlastenden Effekte der Konsolidierungshilfen (126 Mio. €) etwa 38 % kompensieren. Dies bedeutet eine weitere **signifikante Zunahme der Zinslastquote** im Gesamthaushalt des Stadtstaates. Die **Zinssteuer-Quote** sinkt von 23,9 % in 2011 auf 22,9 % in 2014.

Die Bedeutung, die der Frage der Altschulden für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen zukommt, ist in Modellbetrachtungen ablesbar: Bei **gleichem Zinsausgabenniveau** (pro Einwohner) wie die Länder und Gemeinden des übrigen Bundesgebietes, d. h. bei vergleichbarer Altschuldenlast, hätte Bremen im Jahr 2009 – statt eines Defizits von 869 Mio. € – in seinen Kernhaushalten noch eine Finanzierungslücke von 424 Mio. € aufweisen müssen. Wäre zudem die Entwicklung der **steuerabhängigen Einnahmen parallel zum Bundesdurchschnitt** verlaufen und nicht durch zwischenzeitliche Einwohnerverluste und sonstige, z. B. steuerrechtsbedingte Veränderungen geprägt gewesen, könnte der Stadtstaat bereits deutliche **Finanzierungsüberschüsse** (2009: 1,091 Mrd. €) verzeichnen, die Konsolidierungshilfen in der jetzt vorgesehenen Form nicht erfordern würden.

Die Haushaltsnotlage der Freien Hansestadt Bremen und die sich daraus ergebenden Vorbelastungen für den anstehenden Defizitabbau waren und sind auch Gegenstand von Verhandlungen zur Haushaltslage des Bundes und der Länder im **Stabilitätsrat** und dem von ihm – zur Behandlung konkreter Einzelfälle – eingesetzten Evaluationsausschuss. Der Stabilitätsrat verzichtet zwar auf die Benennung von Kriterien und

Schwellenwerten, die das Bestehen einer (extremen) Haushaltsnotlage belegen, leitet jedoch aus einer Kombination von **Indikatoren**, die die Vorbelastungen der Haushalte (Schuldenstand; Zins-Steuer-Quote) und deren aktuelle Problematik (struktureller Finanzierungssaldo; Kreditfinanzierungsquote) in Ist- und Planwerten abbilden, das „**Drohen**“ einer **Haushaltsnotlage** ab. Der Stabilitätsrat hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 2010 „festgestellt, dass es in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein **Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage** gibt.“

Abb. 3: Kennzahlen zur Ermittlung einer (drohenden) Haushaltsnotlage *
(Länderwerte 2009 gemäß Stabilitätsrat)



* rote Punkte: Konsolidierungsländer (HB, BE, SL, SH, ST)

In **Abbildung 3** sind aus der hierauf basierenden ersten Überprüfungsrunde des Stabilitätsrates (15. Oktober 2010) exemplarisch die aktuellsten Länderwerte des Schuldenstandes (Vorbelastung) und des einwohnerbezogenen Finanzierungssaldos (aktuelle Problematik) ausgewiesen. Die Koordinaten der Freien Hansestadt Bremen und deren **Abstand zu den Länderdurchschnitten**, aber auch zu den übrigen Konsolidierungsländern und allen anderen, im Sektor „überdurchschnittliche Schulden und überdurchschnittliches Defizit“ befindlichen Ländern dokumentieren den Grad der extremen Haushaltsnotlage Bremens.

2.3. Demografische und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Hinsichtlich der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen die Haushalte des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum zu gestalten sind, werden **Bremen-spezifische Annahmen** nur zur **Bevölkerungsentwicklung** getroffen. Für die übrigen gesamtwirtschaftlichen Faktoren, die die Haushaltsentwicklung vorrangig über die (Steuer-) Einnahmen sowie notwendige Ausgaben für arbeitsmarkt-orientierte und sonstige

infrastrukturelle Vorleistungen und Folgekosten beeinflussen, werden **Projektionen**, die für das **Bundesgebiet** insgesamt vorliegen, für Bremen übernommen. Dies ist einerseits vertretbar, weil die Kleinheit des Stadtstaates eigene Prognosen mit Einschätzungen zu konjunkturellen Einflussgrößen und mittelfristigen Durchschnittsentwicklungen kaum zulässt. Andererseits entfalten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenseetzungen ihre zentralen Wirkungen für die Finanzplanung des Landes über die steuerabhängigen Einnahmen, deren Entwicklungen ohnehin aus Bundesprognosen, die den Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen zugrunde liegen, abgeleitet werden.

Für den aktuellen Planungszeitraum gelten demnach die in **Tabelle 1** zusammengestellten Orientierungswerte, die vom Bundeswirtschaftsministerium im Oktober 2010 vorgelegt und als Ausgangsgrößen der November-Steuerschätzung herangezogen wurden. In den Eckdaten abgebildet wird der massive konjunkturelle Einbruch des Jahres 2009, der 2010 einsetzende – durch Außenhandel und Inlandsnachfrage getragene – Aufholprozess und die ab 2011 erwartete Mittelfrist-Entwicklung, die insgesamt dazu beitragen soll, die 2009 aufgebrochene **Produktionslücke bis 2014 zu schließen**. Der dabei ab 2011 unterstellte **BIP-Deflator** beträgt **1,3 % p. a.**, die angenommene **Preisentwicklung der Konsumausgaben** in mittelfristiger Sicht pro Jahr **1,4 %**.

Tab. 1: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Zuwachsraten in %

	Ist	Projektion Oktober 2010					2009/15 *)
		2009	2010	2011	2012	2013	
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	-3,4	4,1	3,0	2,8	2,8	2,8	3,1
Bruttoinlandsprodukt (real)	-4,7	3,4	1,8	1,5	1,5	1,5	1,9
Verwendung BIP (in jew. Preisen):							
Konsumausgaben Private Haushalte	-0,2	2,3	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6
Konsumausgaben Staat	5,0	3,1	1,2	1,4	1,4	1,4	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	-10,3	6,5	4,1	4,0	4,0	4,1	4,5
Verwendung BIP (in jew. Preisen):							
Inlandsnachfrage	-1,9	3,9	2,3	2,7	2,7	2,7	2,9
Exporte	-16,9	17,9	9,8	5,3	5,3	5,3	8,0
Importe	-15,5	19,3	9,1	5,4	5,4	5,4	8,2
Verteilung Bruttonationaleinkommen							
Bruttolöhne und -gehälter	-0,2	2,3	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4
Bruttolöhne und -gehälter je Arb.n.	-0,2	2,1	1,9	2,2	2,2	2,2	2,2
Verf. Einkommen Private Haushalte	-1,0	2,7	2,3	2,5	2,6	2,8	2,6
Unternehmens- und Verm.einkommen	-12,6	17,0	4,2	3,3	3,2	3,2	5,6
Arbeitnehmer (Inländerkonzept)	1,8	0,2	0,6	0,1	0,1	0,1	0,2

*) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

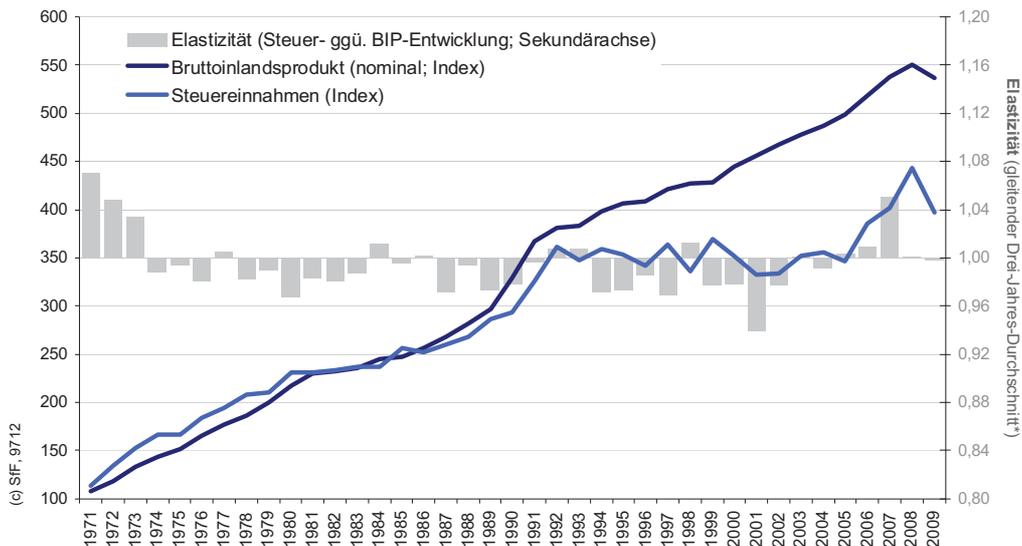
Für den bremischen **Konsolidierungskurs 2010/2020** werden aktuelle bzw. noch zu treffende **Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** – vorbehaltlich entsprechender Regelungen in der noch ausstehenden Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund – voraussichtlich aus zwei Gründen **von Bedeutung** sein:

- Aus den gesamtwirtschaftlichen Projektionen abzuleitende Berechnungen zur Produktionslücke bestimmen im Konsolidierungszeitraum das Verfahren der „**Konjunkturbereinigung**“, d. h. die Beträge, um die die Steuereinnahme-Erwartungen

der bremischen Haushalte in den einzelnen Planjahren zur theoretischen Anpassung an ein konjunkturelles Normalniveau rein rechnerisch verändert werden. Die Höhe der so ermittelten konjunkturbereinigenden Zu- bzw. Absetzungen wirkt sich dabei unmittelbar auf die Höhe des jeweiligen strukturellen Defizits der Haushaltsjahre und damit auf dessen pro Jahr einzuhaltende Abbauschritte aus (vgl. 7.2.). Die äußerst begrenzte Belastbarkeit über einen Zeitraum von wenigen Monaten hinausgehender Konjunkturprognosen wird hier im Verlauf der Haushaltskonsolidierung voraussichtlich zu **fortlaufenden Anpassungsbedarfen** der Konjunkturbereinigung führen.

- Annahmen für die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen (Steuern, LFA, BEZ) werden als Berechnungsgrundlage der Konsolidierungsschritte zukünftig unmittelbar an den Ergebnissen der jeweiligen Steuerschätzungen orientiert. Konkret bedeutet dies, dass auch die den Projektionen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ zugrunde liegenden **Setzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** über ihre unterstellten Auswirkungen auf die einzelnen Steuerarten Ausgangsgrößen für die bremischen Haushalte darstellen.

Abb. 4: Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Bremen
Index; 1970 = 100



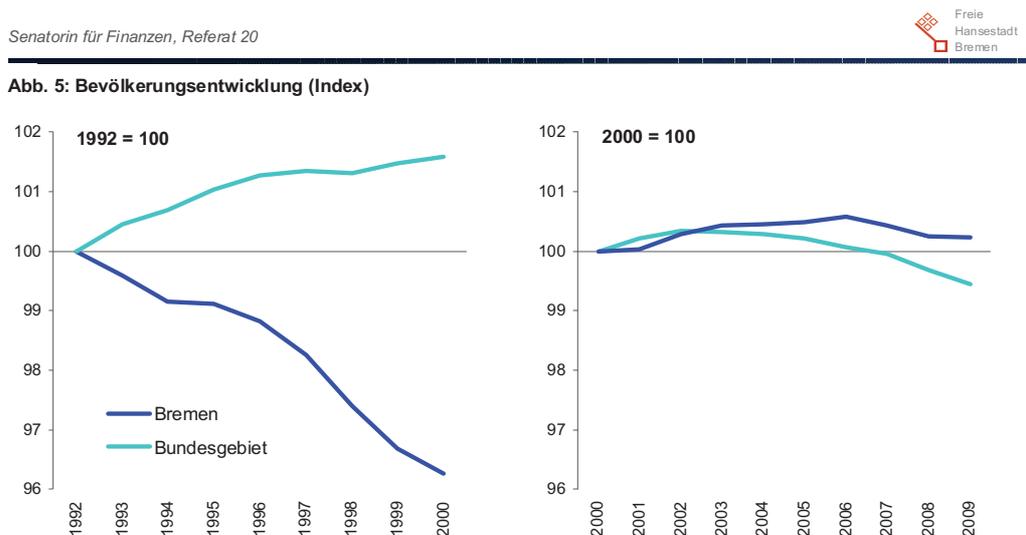
Quellen: Statistisches Landesamt; Arbeitskreis VGR, eigene Berechnungen
*) Aktueller Wert: Zwei-Jahres-Durchschnitt

Im Hinblick auf die im Konsolidierungszeitraum einzuplanende Einnahmementwicklung der Haushalte ist zu berücksichtigen, dass seit Anfang der 90er Jahre – insbesondere aufgrund von **Steuerrechtsänderungen** und deren Konsequenzen für Bemessungsgrundlagen, Anrechenbarkeiten, Erstattungen, Zahlungsstrukturen, Verhalten der Steuerpflichtigen etc. – vor allem für die bremischen Haushalte eine deutliche **Entkopplung** zwischen **Wirtschaftswachstum** und Entwicklung der originären **Steuereinnahmen** festzustellen ist (vgl. **Abbildung 4**), die bei Einbeziehung des überwiegend einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzausgleichs nicht vollständig kompensiert wird. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Auseinanderentwicklung von

Wirtschafts- und Finanzkraft des Stadtstaates im Konsolidierungszeitraum fortsetzen und in den regionalisierten Prognosen der zu erwartenden Steuereinnahmen korrekt abbilden wird.

Eine weitere wichtige **Rahmenbedingung** stellt die **Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates** dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige **System der Finanzverteilung**, das im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt, begründet: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen **Abwanderungen in das niedersächsische Umland** ein zentrales Problem dar, weil wohnortbezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind.

Eine rückläufige, u. U. zudem vom Bundesdurchschnitt negativ abweichende Einwohnerentwicklung stellt daher ein Risiko für den Konsolidierungskurs im Land Bremen dar. Schon in den neunziger Jahren, in denen der Stadtstaat allein zwischen 1992 und 2000 gegenüber der bundesdurchschnittlichen Entwicklung rd. 36.500 Einwohner und damit weit über 100 Mio. € seiner jährlichen Einnahmen verlor, erschwerte insbesondere ein überwiegend durch Umlandwanderungen verursachter Bevölkerungsverlust die Haushaltssanierung.



Insofern ist es von besonderer Bedeutung, dass Bremen die **massive Entkopplung** von der bundesdurchschnittlichen Einwohnerentwicklung in den neunziger Jahren ab dem Jahr 2000 **überwinden** und anschließend vorübergehend sogar eine überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme verzeichnen konnte (vgl. **Abbildung 5**).

Für den **Planungszeitraum** wird zunächst – wie in den Regionalisierungsergebnissen der Steuerschätzungen, die für alle Gebietskörperschaften konstante Einwohnerzahlen zugrunde legen, - unterstellt, dass eine **parallele Entwicklung** der bremischen Einwohnerzahlen **zum übrigen Bundesgebiet** gewährleistet werden kann und insofern keine einwohnerbedingten Abweichungen von der vom Arbeitskreis Steuerschätzun-

gen prognostizierten bundesdurchschnittlichen Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen hinzunehmen sind. Im Konsolidierungszeitraum wird es daher auch darauf ankommen, die Bemühungen zur Gewinnung von Einwohnern bzw. zur Verhinderung der Stadt-Umland Abwanderung so fortzusetzen bzw. auszubauen, dass zumindest eine Konstanz der Einwohnerzahlen im Stadtstaat sichergestellt werden kann.

So ergeben die fortlaufend aktualisierten, derzeit auf den Rahmenseetzungen der zwölften koordinierten Bevölkerungsprognose beruhenden Projektionen, dass die aktuell knapp 662.000 betragende Einwohnerzahl des Stadtstaates schon bis Ende des **Planungszeitraumes** leicht abnehmen (2014 gegenüber 2009: **- 6.100** bzw. - 0,9 %) und sich diese Tendenz bis zum Ende des **Konsolidierungszeitraumes** weiter verstärken wird (2020 gegenüber 2014: **- 9.300** bzw. - 1,4 %). Die **jährlichen Verluste** des Gesamtzeitraumes 2009/2020 würden damit rd. **1.400 Einwohner** (- 0,21 %) betragen.

In der **innerbremischen Differenzierung** ist dabei festzustellen, dass die prognostizierten Einwohnerverluste in der **Stadt Bremerhaven** (2009/2020: **- 6,6 %**) nach wie vor wesentlich deutlicher ausfallen als in der **Stadt Bremen** (2009/2020: **- 1,3 %**).

Auch wenn die tatsächlichen Auswirkungen dieses prognostizierten Bevölkerungsrückgangs erst in Relation zur Ist-Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zu ermitteln sind, ist der damit skizzierte Trend **unter Konsolidierungsgesichtspunkten unbedingt zu beachten bzw. sind entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen**.

Für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe sind die mittel- und langfristig zu erwartenden **altersgruppenspezifischen Bevölkerungsentwicklungen** von Belang. Hier sind für den Stadtstaat Bremen nach den Ergebnissen der zwölften koordinierten Bevölkerungsprognose und – in Anlehnung an Systematisierungsansätze der Bertelsmannstiftung – in einer an bestimmten Anforderungen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung orientierten Sortierung folgende Tendenzen absehbar:

Tab. 2: Bevölkerungsprognosen für den Stadtstaat Bremen

	2008	Veränd. 2008 bis 2013		Veränd. 2013 bis 2020	
	Einwohner	Einwohner	%	Einwohner	%
Betreuung U3 und Kindergarten (unter 6jährige)	31.859	- 184	- 0,6	+ 518	+ 1,6
Schule (6 bis unter 19jährige)	77.357	- 5.461	- 7,1	- 4.922	- 6,8
Berufliche und Hochschulbildung (19 bis unter 25jährige)	51.060	- 647	- 1,3	- 4.118	- 8,2
Erwerbstätige (25 bis unter 65jährige)	361.496	+ 2.780	+ 0,8	- 3.007	- 0,8
Rentner (geringe Pflegebed.) (65 bis unter 80jährige)	104.043	+ 1.048	+ 1,0	- 5.303	- 5,0
Hochbetagte (höhere Pflegebed.) (über 80jährige)	37.224	+ 1.338	+ 3,6	+ 11.628	+ 30,2

Das **Durchschnittsalter** der bremischen Bevölkerung steigt von 43,8 Jahre (2009) über 44,7 Jahre (2014) auf 45,6 Jahre (2020).

2.4. Finanzplanungen im übrigen Bundesgebiet

Die zentralen Orientierungspunkte der bremischen Haushaltsentwicklung werden mit Beginn des Finanzplan-Zeitraumes durch die Anforderungen gesetzt, die für eine erfolgreiche Gestaltung der Schuldenbremse im Stadtstaat Bremen bestehen. Dennoch zählen zu den wesentlichen Maßstäben, an denen die Gestaltung der bremischen Haushalte und der unter Konsolidierungsgesichtspunkten notwendigen Eigenbeiträge des Landes zu messen sind, auch weiterhin die parallelen **mittelfristigen Haushaltsplanungen der übrigen Länder und Gemeinden** des Bundesgebietes. In Form von Vergleichsbetrachtungen zur Abbildung aktueller bzw. erwarteter Entwicklungen und Bedarfe im Durchschnitt der bundesweiten Planungen können die für Bremen zu Grunde gelegten Einnahmeerwartungen bzw. Ausgabenlinien und –strukturen überprüft und bewertet werden.

Die jährlich vorzulegenden Finanzplanungen der Länder können dabei für die bremischen Haushalte allerdings nicht als Vergleichsmaßstäbe dienen, da sie – mit Ausnahme der beiden anderen Stadtstaaten – kommunale Aufgabenbereiche und damit in Verbindung stehende Einnahme- und Ausgabeentwicklungen nicht abbilden. **Konsolidierte Plandaten** für die Länder- und Gemeindeebene liegen hingegen in der amtlichen Statistik **weder in zusammengefasster Form noch für einzelne Länder** vor.

Ersatzweise kann jedoch auf Materialien zurück gegriffen werden, die die „**Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister**“ (ZDL) erstellt. Mitte November 2010 wurde eine – auf Basis von Meldungen der Länder und der Kommunalvertretungen zusammen gestellte – „**Projektionen des Öffentlichen Gesamthaushalts 2010 bis 2014**“ von der ZDL erneut in **konsolidierter Form** für Länder einschließlich ihrer Gemeinden vorgelegt. Beim Vergleich der Länder- und Gemeindedaten des Bundesgebietes mit den Ansätzen der **Finanzplanung des Stadtstaates Bremen** (vgl. 6.3.) ergibt sich dabei folgendes Bild:

- Bei den **steuerabhängigen Einnahmen** sind die im Jahr 2010 zu verzeichnenden Verluste in den bremischen Haushalten (- 5,6 %) wesentlich deutlicher ausgefallen als im Bundesgebiet insgesamt durchschnittlich erwartet (- 0,9 %). Auf dieser verringerten Basis liegen die für 2011 unterstellten Einnahmewachse in Bremen (+ 3,7 %) über den Vergleichswerten aller Länder und Gemeinden (+ 2,4 %). In der Restlaufzeit der Finanzplanung bestehen hinsichtlich der angenommenen Zuwachsraten nur noch Differenzen von maximal 0,1 %-Punkten, die insgesamt für den Zeitraum 2011/2014 zu exakt identischen Veränderungsraten führen.
- Die Erwartungen zur Entwicklung der **sonstigen, nicht-steuerabhängigen Einnahmen der laufenden Rechnung** bewegen sich – wie mit Ausnahme der Sondereffekte am aktuellen Rand auch in den Planungen des Stadtstaates Bremen - im Länder- und Gemeindedurchschnitt bis 2014 in einem Korridor von – 1,0 % bis + 1,0 % pro Jahr.
- Größere Schwankungen, die insbesondere auch durch das Auslaufen der Konjunkturprogramme und Sonderentwicklungen im Bereich der Vermögensveräußerungen begründet sind, prägen die auf Länder- und Gemeindeebene bundesweit

geplanten **Einnahmen der Kapitalrechnung**. Gegen Ende des Planungszeitraumes fallen die Annahmen der bremischen Finanzplanung hier durchweg positiver als die Erwartungen im übrigen Bundesgebiet aus.

- Sowohl im Gesamtzeitraum (2009/2014) als insbesondere auch in den Restjahren der Finanzplan-Periode liegen die vorgesehenen Veränderungsdaten der **Personalausgaben** in den bremischen Haushalten deutlich unter den Vergleichswerten des übrigen Bundesgebietes. Während die Personalaufwendungen der Freien Hansestadt Bremen im Zeitraum 2011/2014 – einschließlich der zu zahlenden Versorgungsleistungen – jahresdurchschnittlich um weniger als 1 % steigen sollen, beinhalten die Planungen der Länder- und Gemeindegemeinschaft gleichzeitig Mehrausgaben von knapp 2 % pro Jahr.
- Auch bei den **sonstigen konsumtiven Primärausgaben** sind die vorgesehenen besonderen Eigenanstrengungen Bremens zur Haushaltskonsolidierung deutlich ablesbar. Ab 2011 ist für diese Ausgabenkategorie, die insbesondere auch die hohen Sozialhilfelasten des Stadtstaates umfasst, eine Begrenzung der jährlichen Zuwachsraten auf durchschnittlich 0,7 % vorgesehen. Bundesweit wird – ähnlich wie bei den Personalausgaben – hier von einem jahresdurchschnittlich mehr als doppelt so hohen Ausgabenanstieg ausgegangen.
- Die Entwicklung der **Ausgaben der Kapitalrechnung** ist auch für den Zeitraum 2011/2014 für Vergleichsbetrachtungen der bremischen Planwerte mit dem übrigen Bundesgebiet nur bedingt geeignet, weil die auslaufenden Konjunkturprogramme in nicht quantifizierbarem Umfang als Basiseffekte auch noch die Veränderungsdaten des Jahres 2012 beeinflussen. Für die Jahre 2013 und 2014 ist bundesweit ein weiterer leichter Rückgang der Investitionsausgaben vorgesehen, während in den bremischen Haushalten ausgehend von einem weiterhin deutlich höheren Niveau im Rahmen des Konsolidierungskonzepts zu Beginn der Finanzplanung ein stärkerer Rückgang der Investitionen vorgesehen ist, diese im weiteren Verlauf sodann jedoch im wesentlichen konstant gehalten werden.
- In der Summe fallen die Zuwachsraten der **Primärausgaben** in den bremischen Haushalten in der zweiten Hälfte der Finanzplan-Periode im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt der Länder- und Gemeindeplanungen **unterdurchschnittlich** aus. Die mit der Durchschnittsentwicklung im übrigen Bundesgebiet praktisch identische, in dieser Phase auch bereits durch Entlastungseffekte der Konsolidierungshilfen geprägte Entwicklung der **Zinsausgaben** lässt den jahresdurchschnittlichen Anstieg der **Bereinigten Ausgaben** insgesamt in den Jahren 2011/2014 allerdings auf 1,1 % und damit – aufgrund des weit überproportionalen Anteilssatzes der Zinsausgaben in Bremen – auch leicht über den Durchschnittswert der übrigen Länder und ihrer Gemeinden (1,0 % p. a.) steigen.

Zu berücksichtigen ist, dass sich die vorstehenden Vergleichsbetrachtungen auf den **derzeitigen Stand der bremischen Finanzplanung** beziehen. Im Zuge der weiteren Konkretisierungen der Anforderungen aus dem Konsolidierungskurs der bremischen Haushalte bis 2020 und insbesondere auch zur Kompensation noch bestehender Handlungsbedarfe in den weiteren Jahren des Finanzplanungszeitraums (vgl. 7.2.)

sind gegenüber diesen Eck- und Planwerten vor allem in den Endjahren der aktuellen Mittelfristplanung daher **noch weitere Veränderungen erforderlich**.

3. Ziele

Mit dem Konsolidierungspfad 2010/2020, der mit der nachfolgenden Finanzplanung des Stadtstaates abgebildet und vorgezeichnet wird, ist für die Haushalte des Landes Bremen **keine grundsätzliche Neuausrichtung** ihrer zentralen Zielvorgaben verbunden. Vielmehr wird der bereits mit dem Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eingeleitete und im Rahmen der Verhandlungen der Föderalismuskommission vertretene **Sanierungskurs**, der schon den unbedingten Willen der Freien Hansestadt Bremen dokumentierte, notwendige strukturelle Verbesserungen der Haushaltslage durch maximal mögliche Eigenanstrengungen zu erreichen, **konsequent fortgesetzt**.

Änderungen bzw. Konkretisierungen sind dabei allerdings hinsichtlich der **Maßstäbe** zu verzeichnen, die Erfolge und Fortschritte der Haushaltskonsolidierung quantifizierbar belegen. Während in der Vergangenheit die nachhaltige Begrenzung der Primärausgaben mit dem Ziel positiver Primärsalden im Zentrum stand, ist nunmehr als neue Zielgröße die bis 2020 zu realisierende **Schuldenbremse** getreten. Mit der Zustimmung zu den Beschlüssen der Föderalismuskommission hat die Freie Hansestadt Bremen ihre Bereitschaft bekundet, die Neuverschuldung ihrer Haushalte innerhalb von zehn Jahren weitgehend aus eigener Kraft vollständig abzubauen.

3.1. Einhaltung des Konsolidierungspfades

Die Einhaltung des Neuverschuldungsverbots ab 2020 und die bis dahin zu gestaltenden Abbauschritte des strukturellen Defizits für die Entwicklung der bremischen Haushalte in den kommenden Jahren ist trotz der unterstützenden Konsolidierungshilfen eine ehrgeizige Zielsetzung. Zur erfolgreichen Bewältigung dieser Herausforderung sowie zur adäquaten Organisation, Begleitung und Bewertung der hierfür notwendigen Anstrengungen bedarf es einer Reihe konkreter Rahmensetzungen, Vorgaben und Vereinbarungen. Diese **für den Konsolidierungskurs maßgeblichen Faktoren** lassen sich dabei wie folgt zusammenfassen:

- a) Die Bemühungen der Freien Hansestadt Bremen um die Reduzierung der Neuverschuldung ihrer Haushalte darf nicht durch **externe Beschlüsse und Vorgaben** gefährdet werden, die zu **Mindereinnahmen und/oder Mehrausgaben** gegenüber dem vorgezeichneten Sanierungspfad führen. Dies gilt insbesondere für immer wieder diskutierte Steuersenkungen auf Bundesebene.
- b) Innerbremisch erfordert die Zielsetzung einer erfolgreichen Konsolidierung **strengste Disziplin bei der Aufstellung und im Vollzug der Haushalte**. Aufgrund des insgesamt einzuhaltenden Defizits sind in den einzelnen Haushaltsjahren des Konsolidierungszeitraumes **Mehrausgaben** (auch infolge von Reste- und Rücklagen-Inanspruchnahmen) und **Mindereinnahmen** (mit Ausnahme der ge-

setzten steuerabhängigen Einnahmen) sowohl in den jeweiligen Aufstellungsverfahren als auch bei unterjährigen Veränderungen in vollem Umfang **innerhalb des bestehenden Rahmens** auszugleichen. Umgekehrt müssen evt. im Vollzug entstehende rechnerische Gestaltungsspielräume zum Ausgleich der in mittel- und längerfristiger Betrachtung zur Erreichung der Sanierungsziele noch bestehenden Handlungsbedarfe eingesetzt werden und dürfen nicht für zusätzliche Ausgaben genutzt werden.

- c) **Verfahrensschritte und Berechnungsmethoden des zu gestaltenden Defizit-abbau Pfades** sind exakt festzulegen. Diesbezügliche Verhandlungen der Konsolidierungsländer mit dem Bund werden erst nach Vorlage dieser Finanzplanung, d. h. etwa zwei Jahre nach den Beschlüssen der Föderalismuskommission und im bereits laufenden ersten Jahr des Konsolidierungszeitraumes endgültig abgeschlossen sein.
- d) Die einzelnen Abbauschritte des strukturellen Defizits und die hierzu erforderliche Gestaltung der Haushalte müssen frühzeitig planbar sein und im Abrechnungsverfahren unveränderte Maßstäbe bleiben.

3.2. Weiterentwicklung der Planung

Konsolidierungspfad und Sanierung der Haushalte, aber auch die innerhalb der Haushalte notwendigen und vorgesehenen Schwerpunkt- und Prioritätensetzungen der Aufgabenwahrnehmung des Landes benötigen qualitativ ausreichende, zugleich hinreichend **differenzierte Planungsgrundlagen**. Ziel ist es daher, die Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen in dieser Hinsicht weiter zu entwickeln. Konkret vorgesehen sind dabei insbesondere folgende **Ansätze**:

- a) Ergänzend zur Investitionsplanung, die in der Regel maßnahmen-bezogene Übersichten der in der Planungsperiode vorgesehenen Investitionsausgaben liefert, ist auch für die **konsumtiven Haushaltspositionen** eine stärker **aufgabenorientierte Differenzierung** der Mittelfristplanung erforderlich. Analog zur Investitionsplanung sind dabei auch für in der Finanzplanung abzubildende konsumtive Aufgabenfelder die politischen und fachpolitischen Beratungen im Zuge der Eckwertvorbereitungen der jeweiligen Haushaltsaufstellungsjahre aufzunehmen. Ziel ist, die Planungssicherheit der Ressorts zu erhöhen.
- b) **Länder- und Großstadtvergleiche** zu den Leistungen und Ausgaben in Einzelbereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung, die in Bremen seit 2003 intensiv durchgeführt und in jährlichen Benchmarking-Berichten veröffentlicht werden, haben sich zwischenzeitlich zu einem **systematischen Element** für die Betrachtung und Bewertung des über die bremischen Haushalte finanzierten Aufgabenspektrums und des Umfeldes seiner Wahrnehmung entwickelt.
- c) Eine weitere Betrachtungs- und Differenzierungsebene kommender Finanzplan-Fortschreibungen sollen Aspekte des **Gender-Budgeting** darstellen. Aufsetzend auf der Handlungsstrategie, mit dem Ziel verbesserter Gerechtigkeit zwischen den

Geschlechtern die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern systematisch in die Prüfung und Bewertung fachlicher und politischer Vorhaben einzubeziehen (Gender-Mainstreaming), ist zu prüfen, in welchem Umfang und über welche Mechanismen auch Veränderungen der Haushaltsgestaltung hierzu entsprechende Beiträge leisten können.

3.3. Parallele Entwicklung eines „Integrierten öffentlichen Rechnungswesens“

Gemäß Regierungsprogramm für die laufende Legislaturperiode ist der Finanzplan-Zeitraum auch geprägt durch Veränderungen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen. In einem Stufenplan beabsichtigt Bremen, im Rahmen einer erweiterten Kameralistik das Haushaltswesen um Elemente des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens zu erweitern.

In einem ersten Schritt wurde ein Geschäftsbericht mit **Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen** zum Stichtag 1. Januar 2010 erstellt. Mit dieser Eröffnungsbilanz wurden ergänzend zur kameralen Rechnungslegung erstmals auch für die Kernverwaltung vollständige Datenlagen zu offenen Forderungen, Verbindlichkeiten, Pensionsrückstellungen etc. im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Bilanzierung vorgelegt. In der zweiten Phase wird, basierend auf den Daten der Eröffnungsbilanz und denen des Haushaltsjahres 2010 zum 31.12.2010, eine Bilanz und eine Erfolgsrechnung für die Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen erstellt.

Daran anknüpfend wird in einem weiteren Modernisierungsschritt die Bilanz der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen schrittweise unter Einbeziehung der Datenlagen der Stadt Bremerhaven und der Bilanzen der betriebswirtschaftlich bilanzierenden ausgegliederten Einheiten (Sondervermögen, Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts, Beteiligungsgesellschaften) zu einer **Konzernbilanz** zusammengefasst. Die bisher isolierte Betrachtung der kameralen Einnahmen und Ausgaben sowie der aufgenommenen Schulden der Kernverwaltung wird damit zukünftig unter Einbeziehung sämtlicher sonstiger eingegangener Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen (insbesondere zukünftige Pensionsverpflichtungen) um die Betrachtung des den Verpflichtungen gegenüberstehenden Gesamtvermögens ergänzt.

Mit der verbindlichen Erarbeitung **konzernweiter Standards** in den Bereichen Finanzbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung und Kosten- und Leistungsrechnung wurden die hierfür notwendigen Arbeiten bereits begonnen. Die Erweiterung des kameralen Rechnungswesens um die Elemente des betrieblichen Rechnungswesens in der Kernverwaltung und die darauf aufbauende Konsolidierung mit den Daten Bremerhavens und der ausgegliederten Einheiten zu einer Konzerndarstellung erfolgt dabei eng **abgestimmt mit den anderen Bundesländern** – insbesondere den in dieser Hinsicht weit fortgeschrittenen Ländern Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen – sowie mit dem **Bund** und dem **Statistischen Bundesamt**. Grundlage bilden hierzu insbesondere die im Rahmen des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes (HGrGMOG) erarbeiteten Standards für die staatliche doppelte Buchführung (Standards staatliche Doppik).

4. Einnahmen

4.1. Steuern, LFA, BEZ

Die Bewältigung des bremischen Konsolidierungskurses zum Abbau des strukturellen Defizits bis 2020 erfordert eine stabile Aufwärtsentwicklung der steuerabhängigen Einnahmen in diesem Zeitraum. Originäre Steuern sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen bildeten im Haushaltsjahr 2009 rd. **82 % der Gesamteinnahmen** des Stadtstaates Bremen und leisten damit – wie in den beiden anderen Stadtstaaten (Hamburg: 82,5 %; Berlin: 79,3 %) – relativ einen deutlich höheren Betrag zur Finanzierung der Haushalte als im Durchschnitt der Flächenländer (einschließlich Gemeinden: 71,4 %).

Umso bewusster sind **Entwicklungen und Einflüsse** zu beachten, die die steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Gebietskörperschaften – auch unabhängig von konjunkturellen Schwankungen, deren Ausgleich im Konsolidierungszeitraum über spezifische Bereinigungen erfolgen soll (vgl. 7.2.) – beeinträchtigen oder gar nachhaltig schwächen:

- Auf Bundesebene beschlossene steuersenkende Maßnahmen vergrößern unmittelbar das strukturelle Defizit der bremischen Haushalte. Allein aufgrund von **Steuerrechtsänderungen**, die mit den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom Mai 2009 (Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung und Wachstumsstärkung“; „Konjunkturpaket II“; Entfernungspauschale; Bürgerentlastungsgesetz etc.) und vom Mai 2010 (vor allem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) zu berücksichtigen waren, hat die Freie Hansestadt Bremen rechnerisch im Zeitraum **2010/2014** pro Jahr zwischen 153 Mio. € und 195 Mio. € und insgesamt rd. **867 Mio. €** ihrer ansonsten zu erwartenden Steuereinnahmen verloren.
- Die hohe **Einwohnerabhängigkeit** der Steuerverteilung und des Finanzausgleichs begründet eine unmittelbare Beeinflussung der steuerabhängigen Einnahmen durch die gemessen am Bundesdurchschnitt zu verzeichnende demografische Entwicklung des Landes. Die bei insgesamt leicht steigender Einwohnerzahl im übrigen Bundesgebiet dramatischen Bevölkerungsverluste beider bremischen Städte in den neunziger Jahren waren ursächlich für eine **13 Jahre währende Stagnation** der steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates (1992/2005). Eine **erneute Entkopplung** der Bevölkerungsentwicklung vom Bundesdurchschnitt im Konsolidierungszeitraum bis 2020 wäre vor dem Hintergrund der zu leistenden Eigenbeiträge (vgl. 7.3.) auf der Ausgabenseite **nicht zu kompensieren**.
- Wie auf der Ausgabenseite sind die bremischen Haushalte auch bei den Steuereinnahmen stark durch die großstädtische Struktur des Landes geprägt. Während im Länderdurchschnitt rd. 25 % des Steueraufkommens durch Gemeindesteuern entstehen, entfallen in Bremen etwa **33 % der vereinnahmten Steuern** auf den **Anteil der Kommunen**. Insbesondere die damit überproportional zu berücksichtigenden Einzelfälle, abweichenden Zahlungsstrukturen oder unterschiedlichen zeit-

lichen Verzögerungen in Auf- und Abschwungphasen bei der Gewerbesteuerentwicklung können daher in einzelnen Jahren **vom Bundesdurchschnitt** deutlich **abweichende Entwicklungen** der steuerabhängigen Einnahmen insgesamt verursachen, die unter dem Aspekt der jährlichen Konsolidierungsfortschritte angemessen zu bewerten sind.

- Die dem Land zufließenden Zahlungen im Rahmen des **Länderfinanzausgleichs** bilden aufgrund der derzeit gültigen Systematik der vorgelagerten Steuerverteilung eine ausgesprochen bedeutsame Einnahmeposition der Freien Hansestadt Bremen und tragen zugleich aufgrund ihrer **Abrechnungsfristen und Fälligkeitstermine** erheblich zur **Verzerrung der Jahresergebnisse** der Haushalte bei. Fortlaufende Anpassungen der unterjährigen Vorabbeträge, mit denen die tatsächliche Entwicklung nur in Ausnahmefällen relativ exakt abgebildet wird, führen zu z. T. beträchtlichen Rück- oder Nachzahlungen, die für vierte Quartale zudem erst im März des Folgejahres kassenwirksam werden. Unter Berücksichtigung dieser Effekte weicht die Ist-Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen in Bremen häufig und deutlich von den Regionalisierungsergebnissen der jeweiligen Steuerschätzungen (Ansprüche) ab. Bei Festlegung des Konsolidierungspfades soll hierauf in Form einer „periodengerechten Bereinigung“ reagiert werden.

Vor allem die beiden letztgenannten Aspekte betreffen auch die Ergebnisse der **Steuerschätzung vom November 2010**, auf deren Grundlage die Ansätze der Steuereinnahmen für den Finanzplan-Zeitraum 2010/2014 und damit für den Einstieg in den Konsolidierungszeitraum gebildet wurden:

Am 04. November 2010 hatte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ seine Prognosen zur Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Haushaltsjahre 2010 bis 2012 vorgelegt. Die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gingen auf Basis entsprechender Annahmen der beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute und der zuständigen Bundesministerien davon aus, dass die **wirtschaftliche Entwicklung** im Bundesgebiet und damit auch die daran geknüpften steuerabhängigen Einnahmen für 2010 und die Folgejahre **deutlich positiver** ausfallen werden als noch im Rahmen der Mittelfrist-Steuerschätzung vom Mai 2010 unterstellt (vgl. 2.4.). Bei relativ geringfügigen Effekten neu zu berücksichtigender steuerrechtlicher Veränderungen ergaben sich auf dieser Grundlage für Bund, Länder und Gemeinden gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2010 Mehreinnahme-Erwartungen von 16,5 Mrd. € (2010), 21,6 Mrd. € (2011) und 23,1 Mrd. € (2012).

Für die **Haushalte des Stadtstaates Bremen** war absehbar, dass diese **Dynamik** des bundesweiten Steuerwachstums **zunächst nicht mit zu vollziehen** sein würde. Ursache hierfür war einerseits die Entwicklung der Gewerbesteuer, deren vorübergehendes Zurückbleiben gegenüber den Schätzungen für das Bundesgebiet insgesamt in beiden bremischen Städten jedoch kein Indiz für eine Entkopplung von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung darstellt, sondern eher einen – in der Vergangenheit auch mit umgekehrten Vorzeichen bereits häufiger feststellbaren – unterschiedlichen zeitlichen Verlauf widerspiegelt, der insbesondere auch durch das (Voraus-) Zahlungsverhalten der Steuerpflichtigen geprägt wird (s. o.).

Das **Hauptproblem** für die steuerabhängigen Einnahmen des Landes Bremen im Jahr **2010** bildeten allerdings die **Zahlungen im Länderfinanzausgleich**: Im März 2010 musste hier zunächst eine **Rückerstattung für 2009** in Höhe von 51 Mio. € geleistet werden. Zudem wirkte sich aus, dass ein relativ hoher Anteil der **Zahlungsansprüche 2010** erst mit Abrechnung des vierten Quartals (**März 2011**) zu vereinnahmen sein wird. Zusammen genommen wurden damit 2010 bremische Ansprüche im Länderfinanzausgleich in einer geschätzten Höhe von rd. 70 Mio. € nicht im entsprechenden Haushaltsjahr kassenwirksam.

Da die originären Steuereinnahmen diese abrechnungsbedingten LFA-Ausfälle nicht kompensieren konnten, **unterschritten** die steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates 2010 die **Ist-Ergebnisse des Vorjahres** um rd. **155 Mio. €**. Die Anschlagwerte (2011) bzw. Plandaten (2012/2014) der **Folgejahre** basieren auf der **Fortschreibung** dieses absehbaren Einnahmenniveaus mit den steuerarten-spezifischen Veränderungs-raten der **Steuerschätzungen vom November 2010 (2011/2012) bzw. Mai 2010 (2013/2014)**. Zu berücksichtigen waren dabei Effekte aus der **Anhebung der Grunderwerbsteuer** in der Stadt Bremen (um 1 %-Punkt auf 4,5 %) ab 01. Januar 2011 (unterstellte Mehreinnahmen 2011: 11 Mio. €).

Konkret ergeben sich damit für die Haushalte des Stadtstaates die in **Tabelle 3** zusammengefassten **Prognosewerte**.

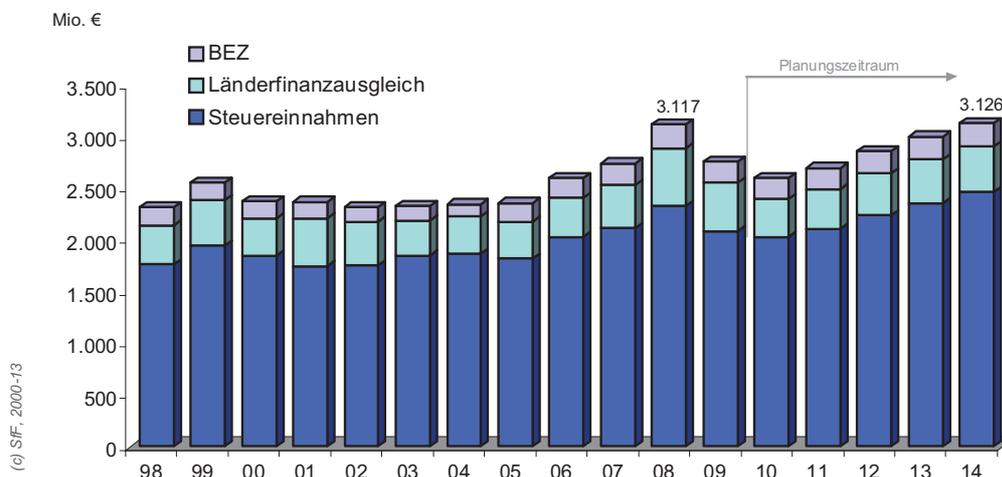
Tab. 3: Steuerabhängige Einnahmen		in Mio. €					
		Ist	Vor. Ist	Anschlag	Planwerte		
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Senatorin für Finanzen; Referat 20	Steuereinnahmen Land	1.400	1.364	1.406	1.487	1.560	1.624
	Steuereinnahmen Stadt Bremen	596	576	611	653	694	730
	Länderfinanzausgleich	467	370	381	405	421	440
	Bundesergänzungszuweisungen	200	203	206	214	220	227
	Steuerabh. Einnahmen L+G	2.662	2.512	2.604	2.759	2.895	3.021
	Steuereinnahmen Bremerhaven	88	85	88	94	100	105
	Steuerabh. Einnahmen Stadtst.	2.752	2.597	2.692	2.853	2.995	3.126
			- 5,6 %	+ 3,7 %	+ 6,0 %	+ 5,0 %	+ 4,4 %

In der grafischen Umsetzung der **Abbildung 6** wird deutlich, dass die massiven Steuereinbrüche der Jahre 2009/2010 den nach zuvor langjähriger Stagnation seit 2006 begonnenen Wiederanstieg der steuerabhängigen Einnahmen in Bremen drastisch beendet haben. Nach den aktuellen Prognosen wird das Steuereinnahmenniveau des Stadtstaates erst im Jahre **2014** den **Stand des Jahres 2008** wieder erreichen können.

Die **innerbremische Steuerverteilung** erfolgt über **Schlüsselzuweisungen**, die nach Bedarfsindikatoren (Schülerzahlen; KdU-Bedarfsgemeinschaften; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) den Städten Bremen und Bremerhaven (aktuelle Einwohnerge-wichtung: 1:1,24) zugeordnet werden. Zum Ausgleich des Steueraufkommens im stadtbremischen Überseehafengebiet (in Bremerhaven) werden dabei zusätzlich 5 Mio. € p. a. aus den Schlüsselzuweisungen der Stadt Bremen an Bremerhaven transferiert.

Weiteres Element des Finanzausgleichs im engeren Sinne sind **Ergänzungszuweisungen**, die beiden Städten ohne Zweckbindung zugewiesen werden.

Abb. 6: Einnahmen des Stadtstaates Bremen aus Steuern, LFA und BEZ *



Ebenfalls zwischenzeitlich dem kommunalen Finanzausgleich zuzurechnen sind Pauschalbeträge, die das Land anteilig aus entstandenen **Entlastungen im Wohngeldbereich** sowie aus den **Kompensationszahlungen** des Bundes für die auf Landesebene entfallene **Kfz-Steuer** an Bremerhaven und die Stadt Bremen weiter leitet. Ohne die darüber hinaus geleisteten Zahlungen des Landes im Rahmen von Kostenerstattungen (vgl. 5.3.) ergeben sich für den Finanzplanzeitraum damit die in **Tabelle 4** ausgewiesenen Ausgleichsbeträge.

Tab. 4: Kommunalen Finanzausgleich

in Mio. €

	Ist	Vor. Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Schlüsselzuweisungen	253,8	230,5	239,6	254,0	266,0	277,4
Ergänzungszuweisungen	27,1	27,1	27,1	27,1	27,1	27,1
Anteil Wohngeldentlastungen		22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Kompensation Kfz-Steuer		7,2	7,2	7,2	7,2	7,2
Zahlungen an Stadt Bremen	280,9	286,8	295,9	310,3	322,3	333,7
Schlüsselzuweisungen	72,0	66,2	68,3	72,0	75,1	78,0
Ergänzungszuweisungen	29,1	29,1	29,1	29,1	29,1	29,1
Anteil Wohngeldentlastungen		6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Kompensation Kfz-Steuer		1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Zahlungen an Bremerhaven	101,1	103,1	105,3	109,0	112,1	115,0

4.2. Sonstige konsumtive Einnahmen

Zu den sonstigen konsumtiven Einnahmen zählen neben den **selbstverantworteten Einnahmen** aus Verwaltung, Betrieb und Finanzen (Gebühren, sonstige Entgelte, Konzessionsabgabe, Gewinne aus Beteiligungen etc.) und den **Geldstrafen / Geldbußen** vor allem Zuweisungen und Zuschüsse **vom Bund** (für Sozialleistungen, Wohngeld, BAföG, Kompensation Kfz-Steuer etc.), **von der EU und Sonstigen** (insbesondere Agentur für Arbeit). Aufgrund ihrer vielfältigen Abhängigkeiten von konkreten Förderungen bzw. Mitfinanzierungen Dritter einerseits und von konjunkturellen und/oder regionalen Rahmenbedingungen andererseits unterliegt das Niveau der sonstigen konsumtiven Einnahmen zwangsläufig erheblichen **jährlichen Schwankungen** (vgl. **Abbildung 7**).

Für die Planwerte der sonstigen konsumtiven Einnahmen im Finanzplan-Zeitraum waren für das Land und die Stadtgemeinde Bremen erhebliche **Anpassungen** in der Basis des Jahres **2010** zu berücksichtigen, die Anfang November 2010 in Form eines Nachtragshaushaltes beschlossen wurden und ihren Niederschlag im (voraussichtlichen) Ist-Ergebnis des Jahres fanden. Zu den wesentlichen Veränderungen, die sich in ihren betragsmäßigen Auswirkungen 2010 annähernd neutralisierten und danach zu Aufstockungen führen, zählten dabei insbesondere deutliche, vor allem konjunkturell bedingte Mindereinnahmen aus **Gewinnausschüttungen** und **Konzessionsabgabe** sowie Mehreinnahmen für **Sozialleistungen** und **Wohngeld**, denen auf der Ausgabenseite entsprechende Mehrbedarfe gegenüber stehen. Die erheblichen sonstigen Veränderungen im vorläufigen Ist des Jahres 2010 resultieren insbesondere aus zusätzlichen **Darlehenstilgungen** und nicht in dieser Höhe veranschlagten **Ausgleichszahlungen der EU** sowie aus **Eigenkapitalverzinsungen** als Folge der Einführung von Echtmieten.

Tab.5: Sonstige konsumtive Einnahmen

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzrahmen 08. März 2010	457,9	480,0	486,2	493,5	499,9	503,4
+ Nachtragshaushalt 2010		-1,4	7,8	7,8	7,8	7,8
+ Sonstige Veränderungen		31,8	1,6	0,8	0,8	0,8
Finanzplan-Werte L+G	457,9	510,4	495,7	502,2	508,5	512,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 11,5 %	- 2,9 %	+ 1,3 %	+ 1,3 %	+ 0,7 %
01 Bürgerschaft	0,2	0,1	0,1			
02 Rechnungshof	0,0	0,0	0,0			
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Anq.	0,8	0,7	0,2			
05 Bundesangelegenheiten	0,4	0,4	0,4			
06 Datenschutz		0,0				
07 Inneres	33,0	34,1	28,3			
08 Gleichberechtigung der Frau	0,1	0,1	0,1			
11 Justiz	34,6	42,8	35,1			
12 Sport	5,4	0,4	0,4			
21 Bildung	14,2	15,0	15,9			
22 Kultur	5,8	3,7	3,1			
24 Hochschulen / Forschung	14,2	16,6	19,3			
31 Arbeit	31,3	29,8	24,1			
41 Jugend / Soziales	106,9	102,4	106,5			
51 Gesundheit	13,8	12,6	12,6			
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	32,9	31,4	38,1			
71 Wirtschaft	2,1	6,5	4,5			
81 Häfen	2,1	3,1	2,1			
91 Finanzen / Personal	11,9	15,9	9,9			
92 Allgemeine Finanzen	103,3	105,2	114,4			
93 Zentrale Finanzen	44,5	88,9	80,6			
96 IT-Ausgaben der FHB	0,6	0,6	0,0			

Senatorin für Finanzen; Referat 20

Für **2011 ff.** sind entsprechend des Senatsbeschlusses vom 8. März 2010 **Einnahmeverbesserungen** (2012: 3 Mio. €; 2013: 5 Mio. €; 2014: 7 Mio. €) in die Planwertbildung einbezogen worden. Andererseits waren nennenswerte Einnahmeausfälle bei **Verkehrsüberwachung, Ordnungsangelegenheiten und Bürgerservice** sowie bei **Grundbuchsachen und Gerichtsgebühren** zu berücksichtigen. Zugleich sind mit entsprechenden Mehrausgaben korrespondierende Mehreinnahmen abzubilden, die Zahlungen für **BAföG** und **Kosten der Unterkunft** (Anpassungsklausel) betreffen bzw. durch die insgesamt saldenneutrale Rückführung des Eigenbetriebes „**GeoInformation**“ in die Ämterstruktur verursacht werden.

Tab.6: Sonstige konsumtive Einnahmen

in Mio. €

	lst	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	457,9	510,4	495,7	502,2	508,5	512,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 11,5 %	- 2,9 %	+ 1,3 %	+ 1,3 %	+ 0,7 %
Finanzplan-Werte Bremerhaven ¹⁾	335,7	340,4	348,1	351,2	356,8	361,4
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,4 %	+ 2,3 %	+ 0,9 %	+ 1,6 %	+ 1,3 %
Einnahmen L+G von Bremerhaven	2,6	3,8	2,8	2,9	2,9	2,9
Einnahmen Bremerhaven von L+G ¹⁾	290,8	292,7	301,1	306,7	312,3	317,2
Finanzplan-Werte Stadtstaat	500,191	554,275	539,819	543,812	550,166	553,346
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 10,8 %	- 2,6 %	+ 0,7 %	+ 1,2 %	+ 0,6 %

Senatorin für Finanzen; Referat 20

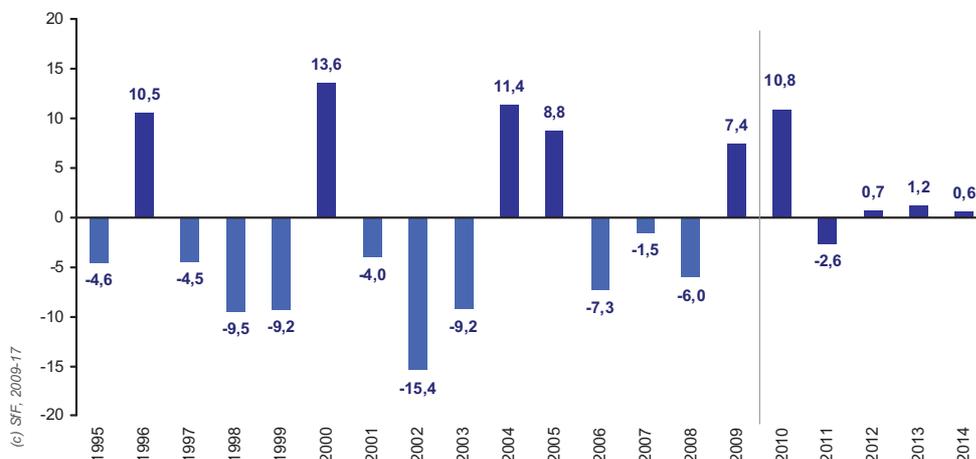
¹⁾ Ab 2011: ohne Anteile an Konsolidierungshilfen

Auf Basis dieser Rahmensetzungen ergeben sich bei den sonstigen konsumtiven Einnahmen des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** die in **Tabelle 5** insgesamt und bis 2011 nach Produktplänen abgebildeten **Planwerte**. In **Tabelle 6** sind diesen Ausgangswerten die Einnahmen der **Stadt Bremerhaven** zugeordnet. Im Durchschnitt etwa **87 %** der sonstigen konsumtiven Einnahmen Bremerhavens basieren auf **Zahlungen des Landes** (Kommunaler Finanzausgleich, Personalkostenerstattungen, Sozialleistungen etc.; ohne Anteile an Konsolidierungshilfen), die auch die Veränderungsdaten im Finanzplan-Zeitraum praktisch ausschließlich bestimmen und in konsolidierter Betrachtung des Stadtstaates zu bereinigen sind.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 7: Entwicklung der sonstigen konsumtiven Einnahmen*
(Stadtstaat Bremen; Zuwachsraten in %)



* ohne Steuern, LFA, BEZ

Die sich daraus ergebende **Entwicklungsreihe** der sonstigen konsumtiven Einnahmen für den **Stadtstaat** insgesamt ist in **Abbildung 7** in Form der bisher zu verzeichnenden und der den Planungen bis 2014 zugrunde gelegten Veränderungsraten abgebildet. Deutlich werden dabei die bisher massiven Schwankungen dieser Einnahmekategorie. In Anbetracht einer u. U. restriktiveren Förder- und Mitfinanzierungspraxis des Bundes und der EU bedarf es **besonderer Anstrengungen**, um die im Finanzplan-Zeitraum unterstellten Einnahmesteigerungen zu realisieren.

4.3. Vermögensveräußerungen / Sonstige investive Einnahmen

Vermögensveräußerungen

Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (soweit in der Vermögensrechnung erfasst) und Kapitalrückzahlungen (Nr. 13 des Gruppierungsplanes der Haushalte) sind in den Eckdaten des Finanzplan-Zeitraumes nicht vorgesehen. Bremen hat bereits wiederholt und in verschiedenen Zusammenhängen - u. a. auch im Rahmen seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht - dargestellt und begründet, dass die **Veräußerungspotenziale** des Landes und seiner Kommunen – mit Ausnahme derjenigen Vermögenswerte, deren Veräußerung längerfristig per Saldo eher nachteilige Wirkungen auf die bremischen Haushalte auslösen würden, - praktisch **ausgeschöpft** sind. Zu beachten ist darüber hinaus, dass Vermögensveräußerungen bei der Berechnung zum zukünftig relevanten „strukturellen Defizit“ (vgl. 7.1.) als „**finanzielle Transaktionen**“ herausgerechnet und nicht als haushaltsverbessernde Einnahmen berücksichtigt werden.

Sonstige investive Einnahmen

Zu den sonstigen investiven Einnahmen (außer Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen) zählen die Einnahme-Positionen der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen).

Tab. 7: Investive Einnahmen		in Mio. €				
	Ist	(vort.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G ¹⁾	111,9	166,4	104,0	90,1	91,0	91,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 48,6 %	- 37,5 %	- 13,4 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %
Senatorin für Finanzen; Referat 20	03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	0,1	0,3	0,0		
	07 Inneres	0,1	0,1	0,0		
	11 Justiz	0,0	0,0	0,0		
	21 Bildung		2,5			
	22 Kultur	0,1	0,2	0,1		
	24 Hochschulen / Forschung	17,1	15,1	15,2		
	41 Jugend / Soziales	3,9	3,8	2,7		
	51 Gesundheit	0,0	0,0	0,0		
	68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	34,1	39,7	34,3		
	71 Wirtschaft	25,9	38,0	26,2		
	81 Häfen	10,7	10,7	10,7		
	91 Finanzen / Personal	0,0	0,0	0,0		
	92 Allgemeine Finanzen	2,0	0,1	0,0		
	93 Zentrale Finanzen	17,8	55,8	14,8		

1) Einschließlich Konjunkturprogramm II (2009: 17,8 Mio. Euro; 2010: 55,8 Mio. Euro; 2011: 14,8 Mio. Euro)

Für diese Einnahmepositionen ist zu berücksichtigen, dass in den Jahren 2009/2011 Einnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes („**Konjunkturprogramm II**“) die Haushalte durchlaufen, die aufgrund ihrer pro Jahr höchst unterschiedlichen Beträge die Veränderungsraten bis einschließlich 2012 erheblich beeinflussen. Im Haushaltsjahr 2010 waren darüber hinaus im vorläufigen Jahresergebnis Mehreinnahmen von der EU sowie für Maßnahmen des Küstenschutzes zu verzeichnen. **Ab 2012** gelten für die investiven Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen unverändert die **Ansätze der** im August 2009 beschlossenen **Finanzplanung 2009/2013**, die für das neue Planjahr 2014 konstant fortgeschrieben werden.

In **Tabelle 7** ist erkennbar, dass sich die Einnahmeerwartungen damit – nach Auslaufen des Konjunkturprogramms – auf einem Niveau von gut 90 Mio. € stabilisieren. Keine erwähnenswerten Sonderentwicklungen sind dabei in der Aufgliederung der Gesamtbeträge **nach Produktplänen** feststellbar: Gut 98 % der nicht dem Konjunkturprogramm zuzuordnenden investiven Einnahmen entfallen aktuell auf die vier investitionsintensivsten Produktpläne des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Tab. 8: Investive Einnahmen

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	111,9	166,4	104,0	90,1	91,0	91,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 48,6 %	- 37,5 %	- 13,4 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %
Finanzplan-Werte Bremerhaven	23,1	30,9	12,6	11,5	12,2	12,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 33,9 %	- 59,3 %	- 8,4 %	+ 5,6 %	- 1,5 %
Einnahmen L+G von Bremerhaven	4,6	4,4	3,7	3,7	3,7	3,7
Einnahmen Bremerhaven von L+G	21,7	29,0	11,9	11,1	11,8	11,5
Finanzplan-Werte Stadtstaat ¹⁾	108,7	163,9	101,0	86,8	87,7	87,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 50,8 %	- 38,4 %	- 14,0 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %

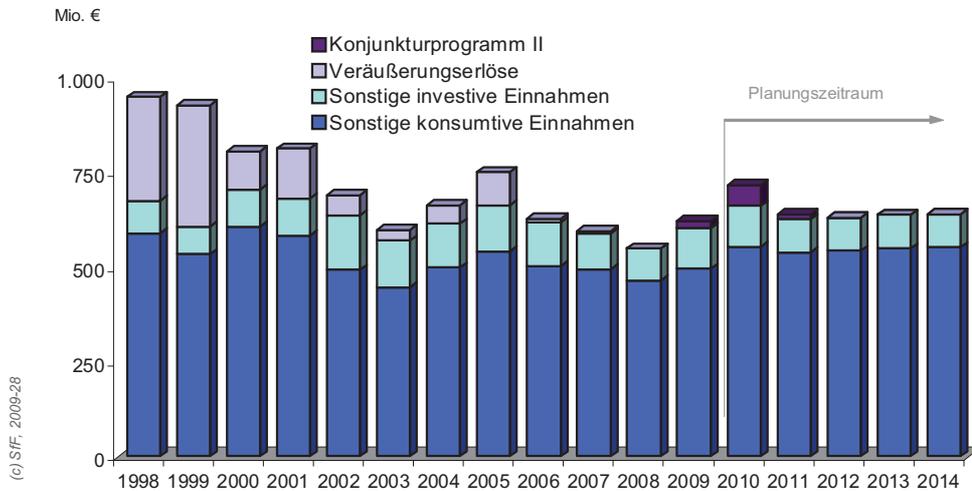
Senatorin für Finanzen; Referat 20

¹⁾ 2009: Einschließlich Konjunkturprogramm (24,4 Mio. Euro)

Durch die Einbeziehung Bremerhavens sinken die investiven **Einnahmeansätze des Stadtstaates** sogar noch unter die Ist- und Planwerte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (vgl. **Tabelle 8**). Entscheidend hierfür ist, dass die bei konsolidierter Betrachtung der Einzelhaushalte vorzunehmenden Bereinigungen in der Summe höher ausfallen als die einzubeziehenden Werte der Stadt Bremerhaven. Die investiven Einnahmen Bremerhavens werden aktuell zu rd. 94 % durch Zahlungen des Landes gebildet, die schwerpunktmäßig – z. T. durchgeleitete – Finanzhilfen nach dem GVFG und für den ÖPNV sowie Mitfinanzierungen von Ganztagschulprogrammen und wirtschaftsfördernden Maßnahmen darstellen.

In **Abbildung 8** sind die sonstigen, **nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen** der bremischen Haushalte auf der Zeitachse dargestellt. Deutlich wird auch hier insbesondere die – in Abhängigkeit von Bundes- und EU-Zahlungen sowie konjunkturellen Einflüssen, aber auch einzelnen Ein- und Ausgliederungseffekten – stark schwankende Entwicklung der sonstigen konsumtiven Einnahmen.

Abb. 8: Nicht-steuerabhängige Einnahmen Bremens *



* Stadtstaat Bremen; bis 2009: IST-Werte; 2010: Vorl. Ist; 2011: Anschlagwerte; ab 2012 Planwerte

4.4. Bereinigte Einnahmen

Die vorstehend beschriebenen Annahmen und Einflussfaktoren führen im Finanzplan-Zeitraum insgesamt zu folgenden **Bereinigten Einnahmen** der Haushalte des **Stadtstaates Bremen**:

Tab. 9: Bereinigte Einnahmen		in Mio. €					
Stadtstaat Bremen		Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Senatorin für Finanzen, Referat 20	Steuereinnahmen	2083	2024	2105	2234	2354	2458
	Länderfinanzausgleich	467	370	381	405	421	440
	Bundesergänzungszuweisungen	200	203	206	214	220	227
	Sonstige konsumtive Einnahmen	500	554	540	544	550	553
	Investive Einnahmen	109	164	101	87	88	88
	Bereinigte Einnahmen	3359	3315	3333	3484	3633	3767
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)			- 1,3 %	+ 0,5 %	+ 4,5 %	+ 4,3 %	+ 3,7 %

5. Ausgaben

5.1. Personalausgaben

Die Grundlage der Planwerte bis 2014 bilden auch bei den Personalausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die **Beschlüsse des Senats vom 08. März 2010**, die hier insbesondere

- eine Verringerung des ursprünglich geplanten Personaleckwertes um rd.10 Mio. €,
- ein Konstanthalten der Personalkosten für das aktive Personal,

- einen durchschnittlichen Personalabbau von jährlich 1,5 % beim kernfinanzierten Personal bis 2014 (Einsparung von rd. 950 Vollzeiteinheiten) und darüber hinaus bis 2020 sowie
- eine Tarifvorsorge in Höhe von jährlich 0,9 % bis einschließlich 2014 vorsahen.

Im weiteren Verfahren war in den Personaleckwerten - neben einer marginalen Aufstockung des Personalbudgets bei der Bremischen Bürgerschaft (0,2 Mio. €; Nachtragshaushalt 2010) – darüber hinaus die **Wiedereingliederung des Eigenbetriebes Geo-Information** in den Kernbereich zu berücksichtigen (Haushaltsaufstellung 2011), die zu einer dauerhaften – aufgrund gleichzeitiger Mehreinnahmen und vor allem konsumtiver Minderausgaben für den Haushalt insgesamt saldenneutrale – Aufstockung der Personalausgaben um rd. 6,9 Mio. € p. a. führt.

Daneben wurden zum Teil erhebliche **Verschiebungen innerhalb des Personalbereichs** durch die **Bereinigung von Zielzahlen** in den Produktplänen Justiz, Kultur, Jugend und Soziales sowie Finanzen vorgenommen. In diesen Produktplänen haben sich die Beschäftigungszielzahlen und der tatsächliche Personalbestand in der Vergangenheit durch Überschreitungen so weit auseinander entwickelt, dass eine Bereinigung für die kommende Sanierungsphase als unerlässlich für eine verbesserte Steuerung und eine gesteigerte Transparenz angesehen wurde. Globale Mehrausgaben werden differenziert für Tarifvorsorge, Ausbildungsmittel sowie für Risiken, die in Höhe und Zeitpunkt noch nicht bekannt sind, vorgesehen.

Über den Planungszeitraum insgesamt ergibt sich demnach gegliedert **nach Ausgabebereichen** folgende Entwicklung:

Tab. 10: Personalausgaben nach Ausgabebereichen

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Dienstbezüge	730,4	732,3	717,2	706,6	696,8
Kernbereich 1)	676,1	684,1	674,1	664,2	654,5
Ausbildung	19,5	19,0	15,5	14,7	14,7
Refinanzierte	34,8	29,2	27,6	27,6	27,6
Versorgungsbezüge	341,1	341,3	351,0	358,1	364,6
Beihilfen / Freie Heilfürsorge	51,1	54,7	57,0	59,3	61,6
Globale Mittel		17,7	33,9	46,7	58,6
Sonstige Personalausgaben	17,3	18,3	17,3	17,3	17,3
Insgesamt	1139,8	1164,3	1176,4	1188,0	1198,9

Senatorin für Finanzen; Referat 32

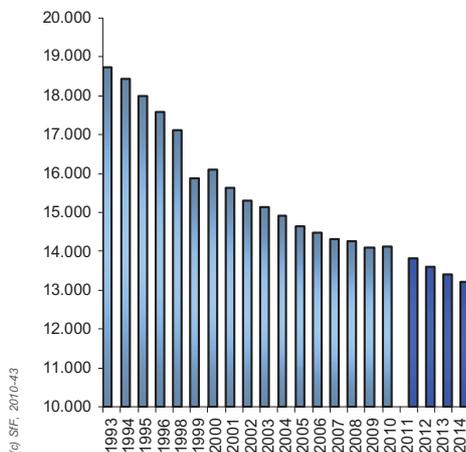
1) Einschließlich Personalverstärkungsmittel

Die wichtigsten **Planungs-Parameter** im Personalbereich werden zwangsläufig durch die **Entwicklung des Personalbestandes** und die zu bewältigenden **Versorgungs-lasten** gebildet (vgl. **Abbildung 9**). Für den mittel- und längerfristigen Planungszeitraum bestehen dabei folgende Rahmenseetzungen:

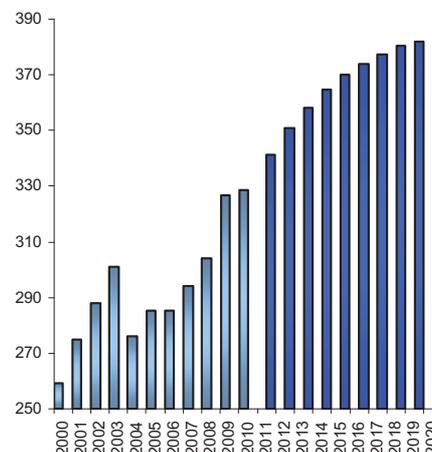
- Beim Beschäftigungsniveau wird der seit Beginn der neunziger Jahre durchgeführte **Personalabbau** – nach Wiedereingliederung des Eigenbetriebes GeoInformation sowie einschließlich der aus Personalverstärkungsmitteln finanzierten Beschäftigung – auch im Finanzplan-Zeitraum **unverändert fortgeführt**, um die Kosten für das aktive Personal trotz Tarif- und Besoldungserhöhungen konstant zu halten. Am Ende des mittelfristigen Planungszeitraumes soll die Beschäftigtenzahl der Kernverwaltung rd. 13.200 (umgerechnete) Vollzeitkräfte betragen (1993: 18.700) und damit den im Senatsbeschluss vom 08. März 2010 vorgesehenen **Rückgang um rd. 950 Vollzeitkräfte** gegenüber dem Basisjahr 2010 aufweisen. Gleichzeitig sollen mit der Stärkung der Funktionsebene der Sachbearbeitung des ehemaligen mittleren Dienstes die strukturellen Steigerungen der Personalausgaben begrenzt werden.
- Bei den **Versorgungsbezügen** werden ab 2011 – ohne Tarifeffekte - deutlich abnehmende Zuwachsraten erwartet, die allein bis 2014 (+ 1,8 %) zu einer Halbierung des jährlichen Ausgabenanstiegs gegenüber 2011 (+ 3,9 %) führen. Mit 382 Mio. € wird der **Spitzenwert** der in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zu finanzierenden Versorgungsausgaben aus aktueller Sicht voraussichtlich **am Ende des Konsolidierungszeitraumes**, d. h. in den Jahren 2019/2020 eintreten. Gegenüber dem Ausgangswert des Jahres 2010 würde damit ein Anstieg dieser Ausgabeposition um rd. 16 % (+ 53 Mio. €) verzeichnet.

Abb. 9:

Beschäftigungsvolumen (in Tausend *)



Versorgungsbezüge (in Mio. €)



*) (umgerechnet) Vollzeitkräfte (einschließlich PVM; ohne Refinanzierte); bis 2010: IST-Werte, ab 2011 Planwerte
Stand: jeweils Jahresende; rückwirkende Bereinigung von Ein- und Ausgliederungen

Tab. 11: Personalausgaben

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzrahmen 08. März 2010	1116,1	1145,5	1157,1	1169,2	1180,7	1191,7
+ Nachtragshaushalt 2010		0,191	0,304	0,243	0,243	0,243
+ Sonstige Veränderungen		-5,9	6,9	6,9	6,9	6,9
Finanzplan-Werte L+G	1116,1	1139,8	1164,3	1176,3	1187,9	1198,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,1 %	+ 2,1 %	+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %
01 Bürgerschaft	10,2	10,0	11,5			
02 Rechnungshof	2,4	2,4	2,8			
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	7,7	7,8	7,7			
05 Bundesangelegenheiten	1,5	1,5	1,4			
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,6	0,7	0,7			
07 Inneres	152,6	155,3	153,8			
08 Gleichberechtigung der Frau	0,7	0,7	0,7			
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0			
11 Justiz	64,4	65,1	64,8			
12 Sport	1,0	1,0	1,0			
21 Bildung	288,1	289,1	297,0			
22 Kultur	6,7	6,5	6,7			
24 Hochschulen / Forschung	2,5	2,4	2,3			
31 Arbeit	6,8	6,6	6,6			
41 Jugend / Soziales	55,2	56,5	54,8			
51 Gesundheit	22,5	23,3	21,1			
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	43,7	43,6	48,4			
71 Wirtschaft	6,5	6,8	5,6			
81 Häfen	7,7	7,6	6,9			
91 Finanzen / Personal	76,0	79,1	71,3			
92 Allgemeine Finanzen	359,2	373,6	399,1			

Senatorin für Finanzen; Referat 20

Aus den beschriebenen Rahmenseetzungen und Beschlusslagen leiten sich die in der vorstehenden **Tabelle 11** zusammengefassten und bis 2011 den jeweiligen Produktplänen zugeordneten **Personalausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen** ab. Unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven ergeben sich für den **Stadtstaat Bremen** die in **Tabelle 12** abgebildeten Ist- und Planwerte.

Tab. 12: Personalausgaben

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	1116,1	1139,8	1164,3	1176,3	1187,9	1198,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,1 %	+ 2,1 %	+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %
Finanzplan-Werte Bremerhaven ¹⁾	226,6	231,6	242,0	243,4	245,2	246,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,2 %	+ 4,5 %	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
Finanzplan-Werte Stadtstaat	1342,7	1371,5	1406,3	1419,7	1433,1	1444,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,1 %	+ 2,5 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %	+ 0,8 %

Senatorin für Finanzen; Referat 20

5.2. Zinsausgaben

Die Zinsausgaben im Finanzplanungszeitraum 2011/2014 berechnen sich aus den bereits eingegangenen vertraglichen Zinsverpflichtungen aus Krediten und Zinssicherungsgeschäften sowie aus den erwarteten Zahlungsverpflichtungen für die noch einzugehenden Kreditaufnahmen aus Neuverschuldung sowie Refinanzierungen / Prolongationen.

Die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt 2009/2010 war geprägt durch die **Finanzmarkt- und Schuldenkrise**. Diese Unsicherheit im Markt spiegelte sich auch in der Entwicklung der Zinssätze und der Investorenneigung zu kurzfristigen Engagements wider. So lag der indicative 10-jährige Refinanzierungszins der Länder 2009 durchschnittlich bei 3,6 % und 2010 bei 3,1 %. Besonders stark ausgeprägt war die Streuung des 10-jährigen Zinses dabei 2010 (zwischen 2,5 % und 3,65 %). Beim Zinsniveau zwischen 2,5 % bis 3 % konnten hingegen nur geringe Abschlüsse im Ländersegment erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund wurden alle Maßnahmen ergriffen, die **Zinsausgaben** weiter zu **verstetigen**, um im Hinblick auf die Vorgaben aus der Föderalismuskommission II hohe Planungssicherheit für die Zinsausgabenanschlüsse bis 2020 zu erreichen. Die **historisch niedrigen Zinsen im Jahr 2010** haben dabei erst haushaltwirksame Auswirkungen im Folgejahr, so dass ab 2011 die Zinsausgabenanschlüssen gegenüber vorherigen Planungen erheblich gesenkt werden konnten. Konkret konnte so erreicht werden, dass der Anschlag der Zinsausgaben für Land und Stadtgemeinde Bremen im Jahr 2011 um rd. 28 Mio. € unter dem Vergleichswert des Vorjahres liegt. Die Senatorin für Finanzen wird auch weiterhin das bestehende niedrige **Zinsniveau** nutzen und die erwarteten Kreditaufnahmen **für die kommenden Jahre absichern**, damit die veranschlagten Zinsausgaben eingehalten werden können.

Die Planwerte berücksichtigen dabei auch die bei entsprechenden Zahlungen eintretenden **zinsmindernden Effekte der Konsolidierungshilfen**, deren Entlastungswirkungen – orientiert an der Relation der abzubauenen Finanzierungsdefizite – entsprechend der Absprachen zwischen Bremen und Bremerhaven zu 89 % dem Land und der Stadtgemeinde Bremen sowie zu 11 % der Stadt Bremerhaven zugerechnet wurden.

Bestandteil der in Land und Stadtgemeinde Bremen aufzuwendenden Zinszahlungen sind Ausgaben, die – im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Abdeckung von Vorfinanzierungen – **den Eckwerten einzelner Produktpläne zugeordnet** sind und deren Beträge im Finanzplan-Zeitraum in **Tabelle 13** zusammengestellt sind.

Tab. 13: Eckwert-relev. Zinsausgaben		in Mio. €				
	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	27,3	29,0	26,0	37,3	32,7	31,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 6,5 %	- 10,5 %	+ 43,6 %	- 12,4 %	- 4,7 %
07 Inneres	0,1	0,0	0,0	0,0		
11 Justiz		0,0	0,0			
24 Hochschulen / Forschung				2,3	0,4	0,3
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	1,4	1,3	1,4	1,4	1,0	1,0
71 Wirtschaft	5,4	1,4	3,2	3,0	2,2	1,9
81 Häfen	16,2	26,3	21,4	30,6	29,0	27,9
92 Allgemeine Finanzen	4,2					

Insgesamt ergeben sich damit für den Finanzplan-Zeitraum die in **Tabelle 14** dargestellten Zinsausgaben des Stadtstaates und seiner Gebietskörperschaften. Die abgebildeten Werte beinhalten dabei den Kapitaldienst für die Schulden der Sondervermögen.

Tab. 14: Zinsausgaben

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	597,3	641,9	622,6	676,9	698,6	690,8
Verzinsung zum Schuldenstand (in %)		4,3 %	3,8 %	3,9 %	3,8 %	3,7 %
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 7,5 %	- 3,0 %	+ 8,7 %	+ 3,2 %	- 1,1 %
Finanzplan-Werte Bremerhaven ¹⁾	44,5	48,6	56,3	56,7	60,0	61,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 9,2 %	+ 15,8 %	+ 0,7 %	+ 5,9 %	+ 2,9 %
Finanzplan-Werte Stadtstaat	641,8	690,5	678,9	733,6	758,6	752,6
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 7,6 %	- 1,7 %	+ 8,1 %	+ 3,4 %	- 0,8 %

Senatorin für Finanzen; Referat 20

5.3. Sonstige konsumtive Ausgaben

Unter dem Begriff „Sonstige konsumtive Ausgaben“ sind die laufenden Aufwendungen zusammengefasst, die nicht den Personal- und Zinsausgaben zugerechnet werden. In den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen entfallen aktuell rd. **47 % der Bereinigten Ausgaben** auf diese Ausgabenkategorie, der vor allem

- Sozialleistungsausgaben,
- Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, Sondervermögen und Unternehmen,
- Zuweisungen und Zuschüsse an Bremerhaven,
- Sächliche Verwaltungsausgaben sowie
- Unterstützungszahlungen (BAföG, Wohngeld etc.) und Leistungen an soziale Einrichtungen zugeordnet sind.

Im März 2010 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen, die **Sozialleistungsausgaben** im Konsolidierungszeitraum auf einen **jährlichen Anstieg um 1,7 %**, d. h. auf ein reales Nullwachstum zu begrenzen und die Summe der aus dem Kernhaushalt geleisteten **Personalkostenerstattungen** und die übrigen, nicht durch gesetzliche oder sonstige Vorgaben verpflichteten konsumtiven Ausgaben **dauerhaft konstant** zu halten. Im weiteren Planungsverfahren erwies es sich dabei als unvermeidbar,

- zunächst erhebliche Mehrbedarfe im Bereich der Sozialleistungen sowie sonstige, im Wesentlichen ebenfalls gesetzlich verpflichtete und z. T. in Bezug zu entsprechenden Mehreinnahmen stehende Mehrausgaben (z. B. Wohngeldzahlungen) in Form eines **Nachtragshaushaltes für 2010** sowie mit den sich daraus ergebenden Fortschreibungsbeträgen im Finanzplan-Zeitraum zu berücksichtigen und
- anschließend Mehrbelastungen, die zum Teil auf vorübergehende (z. B. Finanzierung ZENSUS), zum Teil auf dauerhafte (Kindertagesbetreuung, BAföG, KdU etc.) Bedarfe zurückzuführen sind, in die Bildung der **Anschlag- und Planwerte ab 2011** einzubeziehen.

Die hohe Zuwachsrate der konsumtiven Ausgaben im vorläufigen Ist des Jahres 2010 ist zusätzlich durch die rechnerische Einbeziehung von **Zuführungen an die Versorgungsanstalt** (s. u.) und die Einführung von **Echtmieten** in die bremischen Haushalte

verursacht, die bei insgesamt saldenneutralen Effekten rd. 64 Mio. € des zu verzeichnenden Ausgabenanstiegs gegenüber 2009 begründet.

Tab. 15: Sonstige konsumtive Ausgaben		in Mio. €				
	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzrahmen 08. März 2010	1847,8	1939,7	1957,3	1975,3	1990,9	2005,1
+ Nachtragshaushalt 2010		62,7	65,2	66,2	67,1	68,1
+ Sonstige Veränderungen		21,5	2,3	4,4	3,3	3,8
Finanzplan-Werte L+G	1847,8	2023,9	2024,8	2045,8	2061,3	2077,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 9,5 %	+ 0,0 %	+ 1,0 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %
dav. Sozialeistungsausgaben	612,6	667,5	679,8	691,4	703,1	715,1
Kommunaler Finanzausgleich an Brhv.	101,1	102,4	103,4	107,1	110,2	113,1
Erstattung Aktivenbezüge an Brhv.	83,9	86,9	87,6	87,1	86,6	86,1
Erstattung Versorgung an Brhv.	37,9	38,8	40,1	41,3	42,5	43,7
Sonstige Erstattungen an Brhv. 1)	67,9	64,7	70,0	71,1	72,9	74,3
Sonstige Personalkostenerstattungen		352,2	347,4	348,6	349,8	350,8
Versorgung (Anstalt) 2)	-	38,2	33,1	33,1	33,1	33,1
Sächliche Verwaltungsausgaben	235,8	302,7	305,4	305,4	305,4	305,4
Übrige konsumtive Ausgaben		370,7	358,0	360,7	357,7	355,4
01 Bürgerschaft	7,7	8,0	8,4			
02 Rechnungshof	0,3	0,3	0,4			
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	9,6	6,5	4,7			
05 Bundesangelegenheiten	1,7	1,7	1,7			
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,1	0,1	0,1			
07 Inneres	69,8	72,0	73,4			
08 Gleichberechtigung der Frau	0,2	0,2	0,2			
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0			
11 Justiz	38,7	43,3	43,6			
12 Sport	11,1	11,1	10,8			
21 Bildung	204,3	260,2	255,7			
22 Kultur	67,5	71,0	67,9			
24 Hochschulen / Forschung	279,6	283,7	281,6			
31 Arbeit	31,5	35,3	34,9			
41 Jugend / Soziales	748,8	814,7	831,0			
51 Gesundheit	13,9	14,7	14,7			
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	126,9	125,2	158,5			
71 Wirtschaft	34,0	30,7	29,8			
81 Häfen	3,0	2,8	3,4			
91 Finanzen / Personal	18,6	21,2	16,0			
92 Allgemeine Finanzen	56,5	51,5	55,5			
93 Zentrale Finanzen	101,5	107,9	127,5			
96 IT-Ausgaben der FHB	17,2	22,8	25,9			

Senatorin für Finanzen, Referat 20

1) Ohne Anteil Bremerhavens an Konsolidierungshilfen 2) 2009/2010 noch nicht in Haushaltsanschlägen berücksichtigt

Zusammenfassend ergeben sich für den Mittelfrist-Planungszeitraum damit die in **Tabelle 15** abgebildeten, aus den vorstehend beschriebenen Beschlüssen und Handlungsnotwendigkeiten abgeleiteten **Eckdaten der sonstigen konsumtiven Ausgaben** in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Nachrichtlich ausgewiesen ist die Struktur dieses Ausgabenblocks in Form der wesentlichen **Einzelpositionen** sowie in der Zuordnung auf die einzelnen **Ressortbereiche**.

Zu beachten ist, dass die Ausgangswerte der Jahre 2009/10 dabei aus Gründen der unmittelbaren Vergleichbarkeit rechnerisch um die – tatsächlich noch als besondere Finanzierungsvorgänge gebuchten – **Zuführungen** an die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für **Versorgungsvorsorge** der Freien Hansestadt Bremen“ erhöht wurden (38,2 Mio. €), die nach Vereinbarung mit dem Bundesfinanzministerium im Konsolidierungszeitraum ab 2011 den bereinigten Ausgaben des Kernhaushaltes zugerechnet werden. Die Aufteilung der Ausgaben nach Produktplänen berücksichtigt nicht die **Tilgungsausgaben** des Landes auf Bundes- und Gemeindedarlehen, die nahezu vollständig im Produktplan des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa zugeordnet sind und als Bestandteil der Gruppe 58 bei der Berechnung des strukturellen Defizits als **finanzielle Transaktionen** unberücksichtigt bleiben.

Tab. 16: Sonstige konsumtive Ausgaben		in Mio. €				
	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzplan-Werte L+G	1847,8	2023,9	2024,8	2045,8	2061,3	2077,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 9,5 %	+ 0,0 %	+ 1,0 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %
Finanzplan-Werte Bremerhaven	185,8	238,7	236,5	239,2	241,6	243,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 28,5 %	- 0,9 %	+ 1,1 %	+ 1,0 %	+ 0,6 %
Ausgaben L+G an Bremerhaven	290,8	292,7	301,1	306,7	312,3	317,2
Ausgaben Bremerhaven an L+G	2,6	3,8	2,8	2,9	2,9	2,9
Finanzplan-Werte Stadtstaat	1740,2	1966,2	1957,4	1975,5	1987,8	2000,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 13,0 %	- 0,4 %	+ 0,9 %	+ 0,6 %	+ 0,6 %

Senatorin für Finanzen; Referat 20

In **Tabelle 16** sind die Eckdaten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen mit den entsprechenden Planwerten der Stadt Bremerhaven zum **Stadtstaat-Ergebnis** zusammengefasst. Dabei ist daraufhin zu weisen, dass **in Bremerhaven** allein über **60 %** der sonstigen konsumtiven Ausgaben auf die hohen **Sozialhilfelasen** der Stadt entfallen. Auch hier ist ambitionierte Zielsetzung, den Anstieg der Sozialleistungsausgaben im Konsolidierungszeitraum auf 1,7 % zu begrenzen. Die überproportionale Zunahme der sonstigen konsumtiven Ausgaben in Bremerhaven im Jahr 2010 resultiert im Wesentlichen aus **haushaltstechnischen Korrekturen** (Umbuchung von investiven auf konsumtive Haushaltspositionen).

5.4. Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben der bremischen Haushalte wurden zwischenzeitlich **plangemäß zurückgeführt**, jedoch in den Jahren 2009/2010 durch die im ursprünglichen Sinne des Zukunftsinvestitionsgesetzes zusätzlich verausgabten **Mittel des Konjunkturprogramms II** noch einmal vorübergehend aufgestockt. Hierdurch konnten insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung sowie bei der Sanierung und dem Ausbau von Schulen und Kindertagesstätten eine Vielzahl von Maßnahmen verwirklicht werden, die anderenfalls nicht finanzierbar gewesen wären.

Am 08. März 2010 hatte der Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen, die Investitionsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen entsprechend der bereits im Zusammenhang mit der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigten Entwicklungslinie im Zeitraum **2010/2012** stufenweise um insgesamt **45 Mio. € abzusenken** und für die Folgejahre zunächst eine Konstantsetzung des Ausgabenniveaus vorzusehen. Durch eine maßnahmenbezogene Investitionsplanung und eine gezielte Schwerpunktsetzung, z.B. im Rahmen einer sog. „Positivliste“, sollen die zur Verfügung stehenden Mittel dabei noch zielgerichteter und wirkungsorientierter eingesetzt werden. Durch Einbeziehung der bisher außerhaushaltsmäßig in Sondervermögen finanzierten Vorhaben (s. dazu unten) wird überdies eine Investitionsplanung „aus einem Guss“ gewährleistet.

Mit dem Nachtragshaushalt 2010 und der Vorbereitung der Haushalte 2011 wurden gegenüber dieser Rahmensetzung zunächst nur noch marginale Anpassungen (Wiedereingliederung GeoInformation; investive BAföG-Anteile) vorgenommen.

Erhebliche Veränderungen der Investitionsausgaben im Kernhaushalt sind ab 2011 allerdings aufgrund des absehbaren **Berechnungsverfahrens zum strukturellen Defizit** der Haushalte zu berücksichtigen:

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Konsolidierungsländern zur Umsetzung der Föderalismuskommission II wird eine **Einbeziehung** der Finanzierungsdefizite der **ausgegliederten Einheiten** in die Berechnungen des strukturellen Finanzierungsdefizits und des daraus resultierenden Abbaupfades im weiteren Verlauf des Konsolidierungszeitraums vorsehen. Entsprechend der Zielsetzung des Senats die außerhaushaltsmäßigen Finanzierungen zurückzufahren wird dies zum Anlass genommen, die bisherige **Praxis von Vorfinanzierungen** in ausgelagerten Bereichen mit Beginn des Konsolidierungszeitraumes nunmehr zu **beenden**. Statt Vorfinanzierungen, die nach ihrer Durchführung den Kernhaushalt erst in Höhe ihrer jährlichen Tilgungsbeträge durchlaufen und belasten, sollen die entsprechenden Finanzierungsbedarfe im Jahr ihres Entstehens **unmittelbar aus dem Kernhaushalt** abgedeckt werden.

Einerseits können mit dieser Rückverlagerung außerhaushaltsmäßiger Finanzierungen in den Kernhaushalt Beiträge zu einer **transparenteren, den Zeitpunkt der Realisierung** unmittelbar **abbildenden Darstellung der Investitionstätigkeiten** des Landes und der Stadtgemeinde geleistet werden. Andererseits kann mit einer ausschließlichen Finanzierung aller Investitionen aus dem Kernhaushalt im Rahmen der weiteren Betrachtungen zum bremischen Konsolidierungskurs auf eine differenzierte Ausweisung einzelner Sondervermögen verzichtet, eine äußerst aufwändige Konsolidierung zwischen Kernhaushalt und doppisch buchenden Sondervermögen vermieden und damit wesentlich zur **Vereinfachung des Meldeverfahrens** und der diesbezüglichen Berechnungen beigetragen werden.

Tabelle 17 verdeutlicht die betragsmäßigen Auswirkungen der Umwandlung bisheriger außerhaushaltsmäßiger Vorfinanzierungen in Zuschussbeträge des Kernhaushaltes. Zu beachten ist dabei, dass

- der Liquiditätsbedarf der Sondervermögen **2010** – der unter FöKo-Gesichtspunkten die Berechnungsgrundlage der Folgejahre darstellt – noch in der **bisherigen Finanzierungspraxis** (Zuschuss aus dem Kernhaushalt und Kreditaufnahme der Sondervermögen) abgedeckt wird und noch stark durch betragsmäßig relevante Vorfinanzierungen (insbesondere der Kaiserschleuse und des JadeWeserPorts) geprägt ist,
- die ab 2012 als **Zuschussbedarfe** zum Ausgleich bestehender Deckungslücken geltend gemachten Beträge Anmeldungen der Sondervermögen darstellen, die zunächst unverändert in die Berechnungen des Konsolidierungspfades übernommen wurden, jedoch zwangsläufig noch unter dem **Vorbehalt** der Ergebnisse zukünftiger Haushaltsberatungen – einschließlich der in diesem Rahmen zu beschließenden maßnahmenbezogenen Investitionsplanungen - stehen und
- die für diesen Zeitraum als **bereits im Kernhaushalt berücksichtigt** ausgewiesenen Beträge auf **Fortschreibungen** beruhen, die insbesondere auch die Entwicklung der notwendigen Tilgungen widerspiegeln.

Tab. 17: Integration Zuschussbedarfe Sondervermögen

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Liquiditätsbedarf Sondervermögen	170,8	142,9	129,0	126,0	132,0
bereits als Zuschussbetrag im Kernhaushalt berücksichtigt	74,7	60,8	34,7	33,9	32,4
Im Haushalt berücksichtigter zusätzlicher Liquiditätsbedarf 2)	96,1	82,1	94,2	92,1	99,5

2) 2010: Berücksichtigung in Kreditaufnahme der Sondervermögen; ab 2011: erforderliche Aufstockung der Zuschussbeträge im Kernhaushalt; Berechnungs- und Abstimmungsstand: 21. Oktober 2010

In **Tabelle 18** sind die Investitionsausgaben nach Einbeziehung der bisher außerhaushaltsmäßigen (Vor-)Finanzierungen sowie in der Differenzierung nach wesentlichen Ausgabepositionen und Produktplänen abgebildet. Deutlich wird, dass sich die im Kernhaushalt dementsprechend **einzuplanenden Investitionsausgaben** nach planmäßigem Rückgang der Bedarfe für bisher außerhaushaltsmäßige Vorfinanzierungen im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2014 zunächst auf einem **durchschnittlichen Niveau** von rd. **460 Mio. €** bewegen.

Tab. 18: Investitionsausgaben

in Mio. €

	Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzrahmen 08. März 2010	433,9	404,5	378,5	359,5	359,5	359,5
+ Nachtragshaushalt 2010		-0,1				
+ zus. Finanzierung Sondervermögen		96,1	82,1	94,2	92,1	99,5
+ Sonstige Veränderungen	19,9	88,8	16,2	3,4	3,4	3,4
Finanzplan-Werte L+G	453,8	589,3	476,8	457,1	455,0	462,4
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 29,9 %	- 19,1 %	- 4,1 %	- 0,5 %	+ 1,6 %
dav. Tilgungsausgaben	120,0	70,7	63,5	87,5	74,2	68,2
Sonst. Zuf. an Sondervermögen 1)		170,8	142,9	129,0	126,0	132,0
Erstattungen an Bremerhaven 2)	15,1	12,4	11,9	11,1	11,8	11,5
Konjunkturprogramm II	19,9	62,1	12,7			
Sonstige Investitionsausgaben	298,9	273,3	245,8	229,5	243,0	250,7
01 Bürgerschaft	0,4	0,2	0,4			
02 Rechnungshof	0,0	0,0	0,0			
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	2,7	2,9	2,8			
05 Bundesangelegenheiten	0,0	0,1	0,1			
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,0	0,0	0,0			
07 Inneres	9,6	7,4	5,2			
08 Gleichberechtigung der Frau	0,0	0,0	0,0			
11 Justiz	5,3	10,9	4,6			
12 Sport	4,1	3,7	2,7			
21 Bildung	23,6	28,1	21,1			
22 Kultur	7,9	13,1	7,9			
24 Hochschulen / Forschung	48,3	44,7	44,4			
31 Arbeit	0,8	1,0	0,9			
41 Jugend / Soziales	7,0	6,7	6,0			
51 Gesundheit	30,2	34,9	27,1			
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	87,2	100,8	109,9			
71 Wirtschaft	122,1	75,9	100,6			
81 Häfen	30,1	57,3	97,5			
91 Finanzen / Personal	0,7	2,0	0,5			
92 Allgemeine Finanzen	39,1	15,7	27,1			
93 Zentrale Finanzen	29,0	79,8	15,5			
96 IT-Ausgaben der FHB	5,8	8,0	2,4			

Senatorin für Finanzen; Referat 20

1) 2010: einschließlich Nettokreditaufnahme der Sondervermögen (96,1 Mio. Euro) 2) Ohne Konjunkturprogramm II

Einschließlich Bremerhaven und nach Herausrechnung der innerbremischen Verrechnungen und Erstattungen weisen die **Investitionsausgaben des Stadtstaates** im Planungszeitraum **ab 2011** zunächst ein relativ **konstantes Niveau** von knapp **500 Mio. €**

p. a. auf (vgl. **Tabelle 19**). In der tabellarischen Darstellung zu beachten ist darüber hinaus, dass die **Veränderungsraten des Basisjahres 2010** erheblich **verzerrt** ausfallen, weil der deutliche Rückgang gegenüber 2009 in Bremerhaven insbesondere auf haushaltstechnische Korrekturen (Umbuchung von investiven auf konsumtive Haushaltspositionen; vgl. 5.3.) zurückzuführen ist und der starke Anstieg in Land und Stadtgemeinde Bremen neben den bereits beschriebenen **Effekten des Konjunkturprogramms II** vor allem darauf beruht, dass die 2010 zur – unter Konsolidierungsgesichtspunkten erforderlichen – Vergleichbarkeit mit den Folgejahren rechnerisch berücksichtigten **Nettokreditaufnahmen der Sondervermögen** (96 Mio. €) für 2009 nicht den Ist-Werten des Kernhaushaltes hinzugerechnet wurden.

Tab. 19: Investitionsausgaben		in Mio. €					
		Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Senatorin für Finanzen, Referat 20	Finanzplan-Werte L+G	453,8	589,3	476,8	457,1	455,0	462,4
	Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 29,9 %	- 19,1 %	- 4,1 %	- 0,5 %	+ 1,6 %
	Finanzplan-Werte Bremerhaven	72,8	84,9	42,4	49,6	55,8	49,2
	Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 16,6 %	- 50,1 %	+ 17,2 %	+ 12,5 %	- 11,9 %
	Ausgaben L+G an Bremerhaven	21,7	29,1	11,9	11,1	11,8	11,5
	Ausgaben Bremerhaven an L+G	4,6	4,4	3,7	3,7	3,7	3,7
Finanzplan-Werte Stadtstaat	500,3	640,8	503,5	491,9	495,3	496,4	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 28,1 %	- 21,4 %	- 2,3 %	+ 0,7 %	+ 0,2 %	

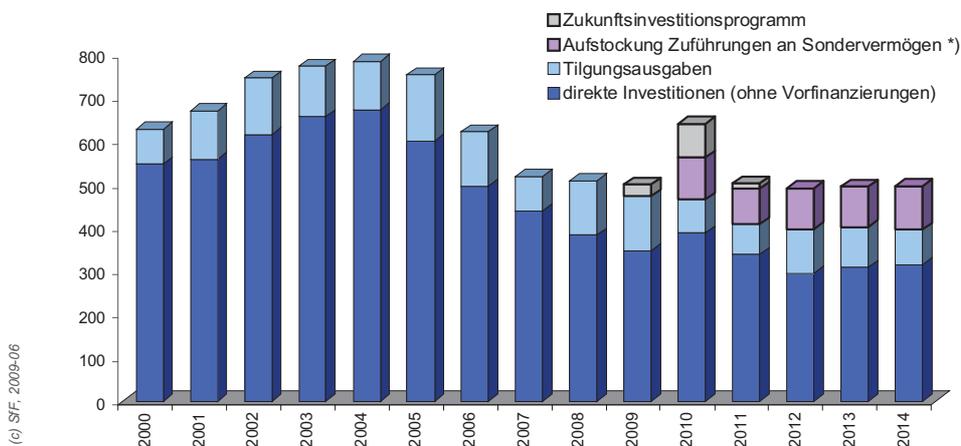
Abbildung 10 stellt die bremischen Investitionsausgaben im **längerfristigen Zeitverlauf** dar. Erkennbar ist,

- die planmäßige Rückführung des Ausgabenlevels ab 2004,
- der aufstockende Charakter des Konjunkturprogramms II,
- die Integration der zuvor über Sondervermögen finanzierten Ausgaben ab 2011 (mit Ausweisung der Nettokreditaufnahme der Sondervermögen 2010) sowie
- die vorgesehene Stabilisierung der Investitionsausgaben des Stadtstaates im weiteren mittelfristigen Planungszeitraum.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 10: Investitionsausgaben des Stadtstaates Bremen in Mio. €



* Bis 2010: Finanzierung über NKA der Sondervermögen (2010: Ausweis für Vergleich mit Folgejahren)

Eine **maßnahmen-bezogene Abbildung der bremischen Investitionsplanungen** ist der Finanzplanung in den **Anlagen 1** (Land und Stadtgemeinde Bremen für die laufende Legislaturperiode) **und 2** (Stadt Bremerhaven bis 2014) beigefügt.

5.5. Bereinigte Ausgaben

Insgesamt ist für die Ausgaben der Haushalte des Stadtstaates Bremen vor dem Hintergrund der beschriebenen Annahmen und Vorgaben im Finanzplan-Zeitraum folgende Entwicklungsreihe vorgesehen:

Tab. 20: Bereinigte Ausgaben		in Mio. €					
Stadtstaat Bremen		Ist	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Senatorin für Finanzen, Referat 2C	Personalausgaben	1343	1371	1406	1420	1433	1445
	Zinsausgaben	642	691	679	734	759	753
	Sonstige konsumtive Ausgaben	1740	1966	1957	1975	1988	2000
	Investitionsausgaben	500	641	504	492	495	496
	Bereinigte Ausgaben	4225	4669	4546	4621	4675	4694
	Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 10,5 %	- 2,6 %	+ 1,6 %	+ 1,2 %	+ 0,4 %

Zu beachten ist, dass die deutliche Zunahme des Ausgabenniveaus **2010** (+ 444 Mio. €) in starkem Maße durch **Sondereffekte** und **haushaltstechnische Veränderungen** geprägt ist. Allein die zur Vergleichbarkeit mit den Folgejahren rechnerisch einbezogenen **Nettokreditaufnahmen der Sondervermögen** (+ 96 Mio. €) und **Zuführungen an die Versorgungsanstalt** (+ 38 Mio. €), Mehrausgaben im Rahmen des **Konjunkturprogramms II** (+ 52 Mio. €) und die insgesamt saldenneutrale Einführung von **Echtmieten** (+ 64 Mio. €) erklären rd. 56 % dieses Anstiegs. Von den übrigen Mehrausgaben (194 Mio. €) entfallen 28 Mio. € auf Personalausgaben, 49 Mio. € auf Zinsausgaben und rd. 56 Mio. € auf die erhöhten Sozialleistungen.

6. Gesamtrahmen

6.1. Land und Stadtgemeinde Bremen

Für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ergeben die vorstehend abgeleiteten und begründeten Einzelentwicklungen auf Einnahme- und Ausgabe- und Ausgabeseite die in der nachfolgenden Tabelle dokumentierten **Gesamtergebnisse**.

Tab. 21: Finanzrahmen 2010/2014

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vori.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Steuerabhängige Einnahmen	2512	2604	2759	2895	3021
Sonstige konsumtive Einnahmen	510	496	502	509	512
Investive Einnahmen	166	104	90	91	91
Bereinigte Einnahmen	3189	3204	3352	3495	3624
Personalausgaben	1140	1164	1176	1188	1199
Zinsausgaben	642	623	677	699	691
Sozialleistungsausgaben	666	680	691	703	715
Sonst. konsumtive Ausgaben	1358	1345	1354	1358	1362
Investitionsausgaben	589	477	457	455	462
Bereinigte Ausgaben	4395	4289	4356	4403	4429
Zuwachsrate in %		-2,4	1,6	1,1	0,6
Finanzierungssaldo	-1206	-1085	-1005	-908	-805
Primärsaldo	-564	-462	-328	-209	-114
Primärausgaben	3753	3666	3679	3704	3738
Zuwachsrate in %		-2,3	0,4	0,7	0,9
Zins-Steuer-Quote (in %)	25,6	23,9	24,5	24,1	22,9
Zinslastquote (in %)	14,6	14,5	15,5	15,9	15,6
Investitionsquote (in %)	13,4	11,1	10,5	10,3	10,4
Defizitquote (in %)	27,4	25,3	23,1	20,6	18,2
Schuldenstand 1)	16679	17586	18323	18964	19503

1) Stand Jahresende; einschließlich Konsolidierungshilfen

Erkennbar ist, dass

- der **Finanzierungssaldo** der Haushalte im Zeitraum 2010/2014 um **401 Mio. €** zurückgeführt werden soll,
- bei den **Primärausgaben** dauerhaft Zuwachsraten **unter 1,0 %**, d. h. kontinuierliche **reale Leistungsminderungen** zu verzeichnen sein werden,
- damit die Reduzierung des **Primärsaldos** sogar rd. **450 Mio. €** betragen und im Endjahr der Mittelfristplanung zu einer Lücke von nur noch 114 Mio. € führen soll und
- der **Schuldenstand** der Haushalte bis 2014 dennoch um rd. **2,8 Mrd. €** zunehmen wird, ohne Leistungen nach dem Konsolidierungshilfengesetz wären es rund 4 Mrd. €.

6.2. Bremerhaven

In die unter 6.3. dargestellten Stadtstaaten-Werte sind die nachfolgenden Finanzplan-Ansätze der Stadtgemeinde Bremerhaven eingegangen. Die Planwerte der Seestadt bilden den Beschluss der **Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2010** ab. Auch für die Haushalte der Stadt Bremerhaven gilt, dass insbesondere die Planwerte ab 2012 unter dem Vorbehalt der noch zu konkretisierenden Konsolidierungsanforderungen betrachtet werden müssen und insofern im weiteren Verfahren noch der Anpassung bedürfen. So weisen die Planungen der Stadt Bremerhaven für die Jahre 2012 (15 Mio. €), 2013 (24 Mio. €) und 2014 (30 Mio. €) **noch von Bremerhaven im Zuge der nachfolgenden Haushaltsaufstellungen aufzulösende globale Minderausgaben** aus, die in der nachfolgenden Zusammenfassung der Finanzplanung im Sinne einer vergleichbaren Darstellung nicht berücksichtigt wurden, um auf Ebene des Stadtstaates die im Mittelfrist-Zeitraum bis 2014 insgesamt noch bestehenden Handlungsbedarfe ausweisen zu können (vgl. 7.2.).

Tab. 22: Finanzrahmen 2010/2014

Stadtgemeinde Bremerhaven; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Steuereinnahmen	84,7	88,0	94,0	99,8	104,8
Sonstige konsumtive Einnahmen	340,4	348,1	351,2	356,8	361,4
Investive Einnahmen	30,9	12,6	11,5	12,2	12,0
Bereinigte Einnahmen	456,0	448,7	456,7	468,8	478,2
Personalausgaben	231,6	242,0	243,4	245,2	246,1
Zinsausgaben	48,6	56,3	56,7	60,0	61,8
Sozialleistungsausgaben	138,9	144,7	147,1	149,6	152,1
Sonst. konsumtive Ausgaben	99,8	91,8	92,1	92,0	90,9
Investitionsausgaben	84,9	42,4	49,6	55,8	49,2
Bereinigte Ausgaben	603,9	577,2	588,9	602,6	600,1
Zuwachsrate in %		-4,4	2,0	2,3	-0,4
Finanzierungssaldo	-148	-128	-132	-134	-122
Globale Minderausgaben			15	24	30
Finanzierungssaldo nach Auflösung Gl. Minderausgaben	-148	-128	-117	-110	-92
Primärsaldo	-99	-72	-75	-74	-60
Primärausgaben	555	521	532	543	538
Zuwachsrate in %		-6,2	2,2	1,9	-0,8
Zinslastquote (in %)	8,0	9,8	9,6	10,0	10,3
Investitionsquote (in %)	14,1	7,3	8,4	9,3	8,2
Defizitquote (in %)	24,5	22,3	22,4	22,2	20,3
Schuldenstand 1)	1203	1309	1409	1509	1598

1) Stand Jahresende; einschließlich Konsolidierungshilfen

Die vorliegenden Planungen sind im Hinblick auf die für den Stadtstaat insgesamt einzuhaltenden Auflagen – unter Berücksichtigung der maßgeblichen Strukturen und Bin-

dungen – grundsätzlich **nach gleichen Maßstäben und Vorgaben** (z. B. hinsichtlich der Entwicklung der Personal- und Sozialleistungsausgaben) wie für das Land und die Stadtgemeinde Bremen erfolgt.

6.3. Stadtstaat Bremen

Die Konsequenzen der vorstehend beschriebenen Rahmenseetzungen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen und des aktuellen Beschlussstandes der Stadt Bremerhaven für den konsolidierten Finanzrahmen des **Stadtstaates Bremen** sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Die Eckdaten des Stadtstaates bilden die **maßgebliche Betrachtungsebene** zur Beurteilung der bremischen Haushalte und des Erfolges der zu ihrer Konsolidierung unternommenen Eigenanstrengungen bzw. geleiteten Sanierungshilfen. Veränderungen, die im Hinblick auf den Konsolidierungskurs bis 2020 gegebenenfalls in den Haushalten ab 2012 noch vorzunehmen sind, müssen sich im Finanzierungssaldo dieses Gesamthaushaltes widerspiegeln.

Tab. 23: Finanzrahmen 2010/2014

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

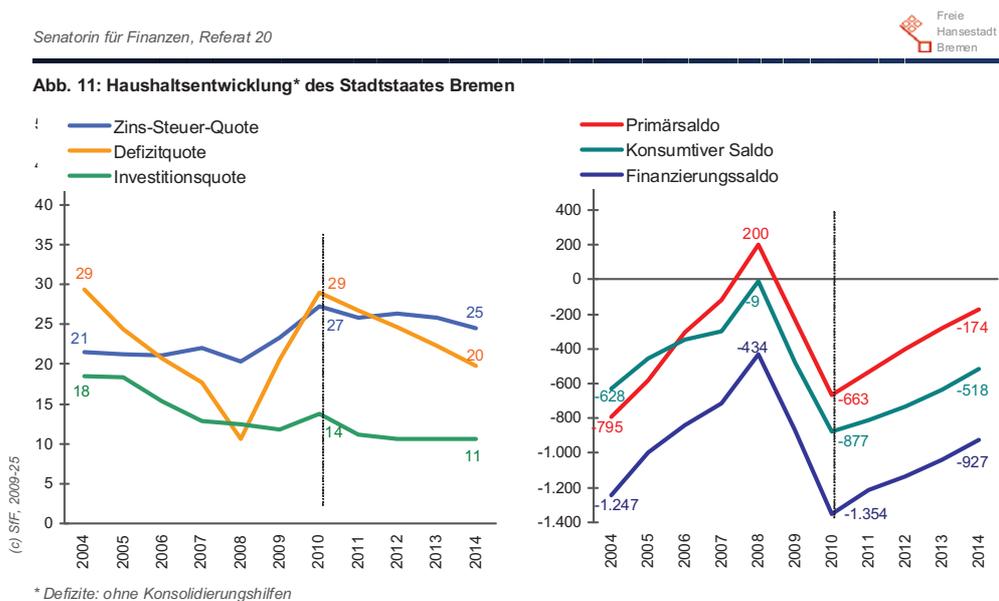
Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vorl.) Ist 1)	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Steuerabhängige Einnahmen	2597	2692	2853	2995	3126
Sonstige konsumtive Einnahmen	554	540	544	550	553
Investive Einnahmen	164	101	87	88	88
Bereinigte Einnahmen	3315	3333	3484	3633	3767
Personalausgaben	1371	1406	1420	1433	1445
Zinsausgaben	691	679	734	759	753
Sozialleistungsausgaben	748	764	777	790	803
Sonst. konsumtive Ausgaben	1218	1194	1199	1198	1197
Investitionsausgaben	641	504	492	495	496
Bereinigte Ausgaben	4669	4546	4621	4675	4694
Zuwachsrate in %		-2,6	1,6	1,2	0,4
Finanzierungssaldo	-1354	-1213	-1137	-1042	-927
Primärsaldo	-663	-534	-403	-283	-174
Primärausgaben	3979	3867	3887	3916	3941
Zuwachsrate in %		-2,8	0,5	0,7	0,6
Zins-Steuer-Quote (in %)	27,2	25,8	26,3	25,9	24,6
Zinslastquote (in %)	14,8	14,9	15,9	16,2	16,0
Investitionsquote (in %)	13,7	11,1	10,6	10,6	10,6
Defizitquote (in %)	29,0	26,7	24,6	22,3	19,7
Schuldenstand 2)	17880	18893	19730	20472	21099

1) Einschließlich Nettokreditaufnahme der Sondervermögen und Zuführungen an die Versorgungsanstalt

2) Stand Jahresende; einschließlich Konsolidierungshilfen

Die **wesentlichen Aspekte** der Haushaltsentwicklung des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum lassen sich – in den Endjahren noch ohne ggf. notwendige weitere Anpassungen an Konsolidierungsanforderungen – wie folgt zusammenfassen:

- o Die Bereinigten **Einnahmen** der bremischen Haushalte werden – nach zwischenzeitlichem Einbruch um mehr als 350 Mio. € bis 2010 – erst im Endjahr des Planungszeitraumes wieder den Wert des Jahres 2008 (3,667 Mrd. €) übertreffen.
- o Nach Auslaufen des Konjunkturprogramms weisen die Bereinigten **Ausgaben** des Stadtstaates im Zeitraum 2011/2014 wieder steigende Tendenz auf. Der Ausgabenanstieg in dieser Phase (+ 148 Mio. €) resultiert zu jeweils gleichen Teilen aus einer Zunahme der **Zinsausgaben** und einem moderaten Anstieg der **Primärausgaben**.
- o Der **Finanzierungssaldo** der Haushalte beträgt 2010 – unter Einbeziehung der Nettokreditaufnahme der Sondervermögen und der Zuführungen an die Versorgungsanstalt – rd. 1,35 Mrd. €. Über den Gesamtzeitraum der Finanzplan-Periode wird der Finanzierungssaldo nach dem derzeitigen Planungsstand bereits um 427 Mio. € abgebaut. Weitere im Finanzplanungszeitraum bestehende Handlungsbedarfe, die sich aus den detaillierten **Berechnungen zum strukturellen Defizit** der Haushalte (vgl. 7.) ergeben, sind im Zuge der Fortschreibung der Finanzplanung bzw. im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2012 bis 2014 aufzulösen.



- o **Abbildung 11** verdeutlicht, dass die Kennzahlen sich bis 2014 zwar verbessern, aber dennoch deutlich im negativen Bereich verbleiben werden.
- o Der **Schuldenstand** der bremischen Haushalte steigt bis 2014 – trotz gegen gerechneter Konsolidierungshilfen gegenüber 2010 um rd. 3,2 Mrd. € (+ 18,0 %). Die **Zins-Steuer-Quote** des Stadtstaates erreicht 2014 mit 24,6 % einen Wert, der aufgrund der wieder positiveren Steuereinnahme-Erwartungen und der durch Kapitalmarktlage und Konsolidierungshilfen entlasteten Zinsausgaben um 2,6 %-Punkte unter dem Basiswert 2010 liegt.

6.4. Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben

(Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)

FINANZPLANSTATISTIK bis 2014 gem. Schema des Finanzplanungsrates

Bereich: BREMEN STADTSTAAT, in Mio. €

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	IST 2009	IST 2010	Anschlag 2011	2012	Planung 2013	2014
I.) AUSGABEN BREMEN STADTSTAAT									
1		Ausgaben der lfd. Rechnung (Ziff. 11 - 15)		3.719,3	4.023,0	4.031,4	4.123,8	4.174,4	4.192,4
11	510	Personalausgaben	4	1.342,7	1.371,5	1.406,3	1.419,7	1.433,1	1.444,9
12		Laufender Sachaufwand		613,3	711,0	717,6	726,6	731,1	735,6
121	521	Sächliche Verwaltungsausgaben	51 bis 54	265,5	334,9	333,1	337,2	339,3	341,4
			51	88,7	153,8	149,1	150,9	151,9	152,8
			52	20,7	21,4	26,7	27,0	27,2	27,4
			53	156,1	159,7	157,3	159,3	160,3	161,2
			54	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
122	522	Militär, Beschaff., Anlagen usw.	55	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
123	523	Erstattungen an andere Bereiche	67	247,6	270,5	276,1	279,5	281,3	283,0
124	524	Sonst. Zuschüsse für lfd. Zwecke	686	100,3	105,6	108,5	109,8	110,5	111,2
13		Zinsausgaben		641,8	690,5	678,9	733,7	758,7	752,6
131		an öffentlichen Bereich		30,0	32,4	29,1	31,4	32,5	32,2
1311	531	an Bund	561	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1
1312	532	an Sondervermögen	564	29,0	31,5	28,1	30,3	31,4	31,1
1313	533	an sonstigen öffentlichen Bereich	562, 563, 567	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			562	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			563	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			567	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
132		an andere Bereiche		611,8	658,2	649,9	702,3	726,2	720,4
1321	535	für Ausgleichsforderungen	573	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1322	536	für Kreditmarktmittel	571, 575, 576	611,8	658,2	649,9	702,3	726,2	720,4
			571	73,7	77,8	68,4	73,9	76,4	75,8
			575	516,6	570,7	568,7	614,6	635,5	630,4
			576	21,5	9,7	12,8	13,9	14,3	14,2
1323	537	an Sozialversicherungsträger	572	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14		Lfd. Zuweis.+ Zuschüsse -ohne Schuldendiensthilfen-		1.118,6	1.245,9	1.224,4	1.239,6	1.247,4	1.255,0
141		an öffentlichen Bereich		89,5	133,0	124,5	126,1	126,9	127,7
1411	541	an Bund	611, 631	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5
			611	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			631	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5
1412	542	Länderfinanzausgleich	612	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1413	543	sonstige an Länder	632	6,2	6,5	5,3	5,3	5,4	5,4
1414	544	Allg. Finanzzuweis. an Gemeinden/Gv.	613	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1415	545	sonstige an Gemeinden/Gv.	633	2,9	4,1	3,6	3,6	3,6	3,7
1416	546	an Sondervermögen	614, 634	63,5	101,3	97,1	98,3	98,9	99,5
			614	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			634	63,5	101,3	97,1	98,3	98,9	99,5
1417	547	an Zweckverbände	617, 637	0,6	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
			617	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			637	0,6	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
1418	548	an Sozialversicherungsträger	616, 636	15,0	19,2	16,8	17,0	17,1	17,2
			616	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			636	15,0	19,2	16,8	17,0	17,1	17,2
142		an andere Bereiche		1.029,1	1.112,9	1.099,9	1.113,6	1.120,5	1.127,4
1422	552	sonst. an Unternehmen + öff. Einricht.	682, 683, 685	397,2	444,3	418,0	423,2	425,8	428,4
			682	107,4	149,0	137,2	138,9	139,8	140,7
			683	15,7	12,0	12,4	12,5	12,6	12,7
			685	274,2	283,3	268,4	271,7	273,4	275,1
1423	553	Renten, Unterstützungen u.ä.	681	480,5	508,7	528,1	534,7	538,0	541,3
1424	554	an soziale u. ähnliche Einrichtungen	684	151,3	159,9	153,8	155,7	156,6	157,6
1425	555	an Ausland	687, 688	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			687	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			688	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15		Schuldendiensthilfen		2,9	4,2	4,1	4,2	4,2	4,2
151		an öffentlichen Bereich		1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
1511	561	an Länder	622	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1512	562	an Gemeinden/Gv.	623	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1513	563	an sonstigen öffentlichen Bereich	621, 624, 626, 627	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
			621	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			624	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
			626	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			627	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
152		an andere Bereiche		1,8	3,1	3,1	3,2	3,2	3,2
1521	564	an Unternehmen u. sonst. öff. Einricht.	661, 662, 664	1,3	2,9	2,9	3,0	3,0	3,0
			661	0,9	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
			662	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
			664	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
1522	565	an Sonstige im Inland	663	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
1523	566	an Ausland	666	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	IST 2009	IST 2010	Anschlag 2011	2012	Planung 2013	2014
2		Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)		505,7	549,9	504,6	497,0	500,4	501,5
21		Sachinvestitionen		84,1	100,8	57,9	56,5	56,9	57,0
211	611	Baumaßnahmen	7	53,1	60,7	40,3	39,3	39,6	39,7
212	612	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	0,5	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5
213	613	Erwerb von beweglichen Sachen	81	30,4	39,3	17,1	16,7	16,8	16,9
22		Vermögensübertragungen		374,4	441,8	440,4	430,2	433,2	434,1
221		Zuweisungen für Investitionen an öff. Bereich		102,7	147,8	211,0	206,1	207,5	208,0
2211	621	an Länder	882	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
2212	622	an Gemeinden/Gv.	883	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
2213	623	an Zweckverbände	887	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2214	624	an sonstigen öffentlichen Bereich	881, 884, 886, 888	102,1	147,1	210,3	205,4	206,8	207,3
				881	4,7	2,3	1,3	1,3	1,3
				884	96,8	144,8	191,5	187,1	188,3
				886	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				888	0,5	0,0	17,5	17,0	17,2
222		Zuweis. für Investitionen an andere Bereiche	89	271,6	293,9	229,3	224,0	225,5	226,0
223		Sonstige Vermögensübertragungen		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
2231	626	an Länder	692	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2232	627	an Gemeinden/Gv.	693	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2233	628	an Bund	691	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2234	629	an andere Bereiche	697, 698, 699	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
				697	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				698	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
				699	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23		Darlehen		0,5	2,2	5,4	5,3	5,3	5,3
231		an öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2311	631	an Länder	852	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2312	632	an Gemeinden/Gv.	853	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2313	633	an Zweckverbände	857	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2314	634	an sonstigen öffentlichen Bereich	851, 854, 856	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				851	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				854	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				856	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
232		an andere Bereiche		0,5	2,2	5,4	5,3	5,3	5,3
2321	635	an Sonstige im Inland	861 - 863, 87	0,5	2,2	5,4	5,3	5,3	5,3
				861	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				862	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				863	0,1	0,0	4,5	4,4	4,4
				87	0,4	2,2	0,9	0,9	0,9
2322	636	an Ausland	866	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
24		Erwerb von Beteiligungen u.ä.	83	41,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25		Schuldentilgung an öffentlichen Bereich		5,2	5,0	0,9	5,0	5,0	5,0
251	651	an Bund	581	5,2	5,0	0,9	5,0	5,0	5,0
252	652	an Sondervermögen	584	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
253	653	an sonstigen öffentlichen Bereich	582, 583, 587	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				582	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				583	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				587	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3		Globale Mehr- und Minderausgaben	97	0,0	0,0	10,2	-15,4	-24,1	-30,3
700		nicht ressortbezogen	971, 972	0,0	0,0	0,0	-15,4	-24,1	-30,3
				971	0,0	0,0	0,0	-15,4	-24,1
				972	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
700		ressortbezogen	973, 974	0,0	0,0	10,2	0,0	0,0	0,0
				973	0,0	0,0	11,7	0,0	0,0
				974	0,0	0,0	-1,5	0,0	0,0
4		Bereinigte Ausgaben (Ziff. 1 bis 3, ohne besondere Finanzierungsvorgänge)		4.225,0	4.572,9	4.546,2	4.605,4	4.650,7	4.663,5
5		Besondere Finanzierungsvorgänge		5.117,0	5.027,0	3.501,1	3.718,8	3.851,5	3.964,3
51		Tilgungsausgaben an Kreditmarkt		4.898,1	5.005,5	3.484,6	3.702,1	3.834,7	3.947,3
511	811	für Kreditmarktmittel	595	4.639,9	4.736,9	3.216,3			
512	812	für Ausgleichsforderungen	593	0,0	0,0	0,0			
513	813	an Sozialversicherungsträger	592	0,0	0,0	0,0			
514	814	an Sonstige	591, 596	258,3	268,7	268,3			
				591	78,3	268,7			
				596	180,0	0,0			
52		Zuführungen an Rücklagen	91	218,8	21,5	16,5	16,7	16,9	17,0
53		Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6		Zu- und Absetzungen		1.102,7	946,3	1.118,2	1.129,4	1.140,7	1.152,1
61		J. Schätzungen für Leertitel		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
62		J. Sonderhaushalte		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63		J. Bruttostellungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
64		Verrechnungen u.ä. Summe ohne 985/987	98	1.102,7	946,3	1.118,2	1.129,4	1.140,7	1.152,1
				980	124,9	70,8			
				981	0,0	1,9			
				982	0,0	0,0			
				984	891,5	779,3			
				986	86,2	96,2			
				988	0,0	0,0			
				989	0,0	0,0			
7		Gesamtausgaben - brutto (=Abschlußsumme der Haushalte)		10.444,6	10.546,1	9.165,5	9.453,6	9.642,9	9.779,9

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	IST 2009	IST 2010	Anschlag 2011	2012	Planung 2013	2014
II.) EINNAHMEN BREMEN STADTSTAAT 1)									
1	Einnahmen der lfd. Rechnung			3.248,8	3.139,0	3.231,0	3.396,1	3.544,1	3.678,0
11	Steuern und EU-Eigenmittel 2)		011 - 089	2.083,4	2.024,2	2.105,0	2.234,1	2.354,1	2.458,3
			01	1.254,6	1.256,4	1.245,1	1.321,5	1.392,4	1.454,1
			02	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			03	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			04	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			05	121,9	86,4	95,6	101,4	106,9	111,6
			06	23,1	21,0	65,5	69,5	73,3	76,5
			07	677,5	652,7	689,5	731,8	771,1	805,3
			08	6,3	7,8	9,3	9,8	10,4	10,8
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinn.)		09 (ohne 092)	5,0	3,4	5,3	5,3	5,4	5,4
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		12	107,3	65,8	79,6	80,2	81,3	81,8
14	Zinseinnahmen			11,9	47,6	46,7	47,1	47,7	48,0
141	vom öffentlichen Bereich			2,1	2,1	2,5	2,5	2,5	2,6
1411	041	von Ländern	152	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1412	042	von Gemeinden/Gv.	153	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1413	043	von Zweckverbänden	157	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1414	044	vom sonstigen öffentlichen Bereich	151, 154, 156	2,1	2,1	2,5	2,5	2,5	2,6
			151	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			154	2,1	2,1	2,5	2,5	2,5	2,6
			156	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
142	von anderen Bereichen		16	9,8	45,4	44,2	44,6	45,2	45,5
15	Lfd. Zuweis. u. Zuschüsse -ohne Schuldendiensthilfen-			939,0	893,8	890,5	924,5	949,5	977,6
151	vom öffentlichen Bereich			846,2	785,1	806,8	840,2	864,0	891,6
1511	051	vom Bund (BEZ, KFZ-St.-Ausgleich und Konso.-hilfe)	211	229,7	258,3	261,8	269,8	275,3	282,8
1511	051	vom Bund	231	106,5	108,3	119,3	120,3	121,8	122,6
1512	052	Länderfinanzausgleich	212	466,8	370,0	381,0	405,0	421,2	440,2
1513	053	sonstige von Ländern	232	6,1	6,8	6,4	6,4	6,5	6,5
1514	054	von Gemeinden/Gv.	213, 233	6,1	9,8	7,8	7,8	7,9	8,0
			213	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			233	6,1	9,8	7,8	7,8	7,9	8,0
1515	055	von Zweckverbänden	217, 237	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
			217	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			237	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
1516	056	von Sozialversicherungsträgern	216, 235, 236	27,5	28,2	27,7	27,9	28,3	28,5
			216	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			235	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
			236	27,4	28,1	27,6	27,9	28,2	28,4
1517	057	vom sonstigen öffentlichen Bereich	214, 234	2,8	3,3	2,7	2,7	2,7	2,8
			214	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			234	2,8	3,3	2,7	2,7	2,7	2,8
152	058	von anderen Bereichen	112, 27, 28	92,8	108,8	83,7	84,4	85,5	86,0
			112	39,7	47,7	38,8	39,1	39,6	39,8
			27	24,4	26,2	17,8	18,0	18,2	18,3
			28	28,7	34,9	27,1	27,3	27,7	27,8
16	Schuldendiensthilfen u. Erstatt. von Verw.ausgaben			15,6	14,2	15,2	15,3	15,5	15,6
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1611	061	vom Bund	221	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1612	062	von Ländern	222	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1613	063	vom sonstigen öffentlichen Bereich	223 bis 227	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			223	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			224	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			225	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			226	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			227	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
162	Schuldendiensth.+ Erstatt. v. Verw.ausg. v. and. Ber.		26	15,6	14,2	15,2	15,3	15,5	15,6
17	Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung			86,5	90,0	88,8	89,5	90,7	91,2
171	071	Gebühren, sonstige Entgelte	111	69,1	74,3	75,1	75,7	76,7	77,2
172	072	Sonstige Einnahmen	119	17,4	15,7	13,7	13,8	14,0	14,1
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)			110,7	176,1	102,1	87,9	88,8	88,8
21	Veräußerung von Sachvermögen		131, 132	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
			131	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			132	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	IST 2009	IST 2010	Anschlag 2011	2012	Planung 2013	2014
22		Vermögensübertragungen		106,7	164,1	101,2	87,0	87,9	87,9
221		Zuweisungen für Investitionen vom öffentl. Bereich		87,9	130,4	80,6	69,3	70,0	70,0
2211	120	vom Bund	331	84,4	124,2	77,8	66,8	67,5	67,5
2212	121	von Ländern	332	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
2213	122	von Gemeinden/Gv.	333	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2214	123	von Sozialversicherungsträgern	336	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2215	124	vom sonstigen öffentl. Bereich	334, 337	3,4	6,0	2,7	2,3	2,4	2,4
			334	3,4	6,0	2,7	2,3	2,4	2,4
			337	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
222		Zuschüsse für Invest. von anderen Bereichen	34	18,6	33,3	20,4	17,5	17,7	17,7
223		Sonstige Vermögensübertragungen		0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
2231	126	vom Bund	291	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2232	127	von Ländern	292	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2233	128	von Gemeinden/Gv.	293	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2234	129	von anderen Bereichen	297 bis 299	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
			297	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			298	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
			299	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23		Darlehensrückflüsse		1,8	11,8	0,9	0,9	0,9	0,9
231		vom öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2311	131	von Ländern	172	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2312	132	von Gemeinden/Gv.	173	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2313	133	von Zweckverbänden	177	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2314	134	vom sonstigen öffentlichen Bereich	171, 174, 176	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			171	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			174	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			176	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
232		von anderen Bereichen		1,8	11,8	0,9	0,9	0,9	0,9
2321	135	von Sonstigen im Inland	141, 181, 182	1,8	11,8	0,9	0,9	0,9	0,9
			141	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			181	0,4	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0
			182	1,3	1,1	0,8	0,8	0,9	0,9
2322	136	vom Ausland	146, 186	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			146	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			186	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
24		Veräußerung von Beteiligungen u. dgl.	133, 134	2,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
			133	2,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
			134	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25		Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
251	151	vom Bund	311	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
252	152	von Ländern	312	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
253	153	von Gemeinden/Gv.	313	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
254	154	vom sonstigen öffentlichen Bereich	314, 317	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			314	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			317	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3		Globale Mehr- u. Mindereinnahmen	37	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
200		nicht ressortbezogen	371, 372	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			371	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			372	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
200		ressortbezogen	373, 374	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			373	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			374	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4		Bereinigte Einnahmen (Ziff. 1 bis 3, ohne besondere Finanzierungsvorgänge)		3.359,5	3.315,1	3.333,1	3.484,0	3.632,9	3.766,9
5		Besondere Finanzierungsvorgänge		5.983,9	6.285,2	4.514,1	4.540,2	4.569,3	4.561,0
51		Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	5.912,2	6.082,0	4.501,2	4.527,3	4.556,7	4.548,2
52		Entnahme aus Rücklagen	35	71,7	203,3	12,9	12,9	12,7	12,8
53		Überschüsse aus Vorjahren	36	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
54		Münzeinnahmen	092	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6		Zu- und Absetzungen		1.101,3	945,8	1.118,2	1.129,4	1.140,7	1.152,1
61		./. Schätzung für Leertitel		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
62		./. Sonderhaushalte		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63		./. Bruttostellungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
64		Verrechnungen u.ä. Summe ohne 385/387	38	1.101,3	945,8	1.118,2	1.129,4	1.140,7	1.152,1
			380	124,3	70,3	1,9			
			381	0,0	0,0	0,0			
			382	0,0	0,0	0,0			
			384	890,8	779,3	1.020,7			
			386	86,2	96,2	95,6			
			388	0,0	0,0	0,0			
			389	0,0	0,0	0,0			
7		Gesamteinnahmen - brutto - (=Abschlußsumme der Haushalte)		10.444,6	10.546,1	8.965,5	9.153,6	9.342,9	9.479,9
		Konsolidierungshilfe		0,0	0,0	200,0	300,0	300,0	300,0

7. Konsolidierungszeitraum 2010/2020

Mit der Finanzplanung 2010/2014 setzt die Freie Hansestadt Bremen ihren Konsolidierungskurs fort und markiert zugleich den **Einstieg in den Konsolidierungskurs 2010/2020** zum schrittweisen Abbau der Nettokreditaufnahme im Sinne der sog. Schuldenbremse. Maßstab für die zu leistenden Abbauschritte der Neuverschuldung ist allerdings nicht das Finanzierungsdefizit des Kernhaushaltes, sondern ein auf dieser Basis zu ermittelndes **strukturelles Defizit**. Bei dieser Betrachtung sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- a) Zur Berechnung des strukturellen Defizits sind einerseits aus den Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushaltes die ausschließlich auf die Veränderung von Vermögenswerten abzielenden **finanziellen Transaktionen** heraus zu rechnen. Andererseits sind **Bereiche des Sektors „Staat“ außerhalb des Kernhaushaltes** in konsolidierter Form in die Berechnungen einzubeziehen, sofern diese weniger als 50 % ihrer Produktionskosten aus eigenen Umsätzen decken und über eine eigene Kreditermächtigung verfügen. Durch die Rückverlagerung der Schuldenaufnahme der Sondervermögen in den Kernhaushalt sind dabei für die Freie Hansestadt Bremen nur noch Beträge des „Bremer Kapitaldienstfonds“ (BKF) zu berücksichtigen, in dem insbesondere die tatsächliche Tilgung der aus dem Kernhaushalt und aus den Sondervermögen hierfür geleisteten Ausgaben erfolgt.
- b) Sowohl der Ausgangswert des Haushaltsjahres 2010, auf dessen Grundlage die nachfolgend zu realisierenden Reduzierungen der Neuverschuldung berechnet werden, als auch die jeweiligen Abbauschritte selbst werden **konjunkturbereinigt** ausgewiesen, d. h. rechnerisch um Beträge korrigiert, in deren Höhe die tatsächlichen bzw. prognostizierten steuerabhängigen Einnahmen von einem bei konjunktureller Normallage zu erwartenden Einnahmenniveau abweichen. Zugleich werden die für die Berechnungen der notwendigen Abbauschritte maßgeblichen steuerabhängigen Einnahmen durch eine **unmittelbare Übernahme der jeweiligen Prognose-Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“** verbindlich festgelegt. Deren Abbildung der jährlichen Ansprüche im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs stellt eine Vorwegnahme der voraussichtlich erforderlichen periodengerechten Abgrenzung dar.
- c) Obwohl letzte Detailklärungen erst mit Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des Konsolidierungskurses mit dem Bund zu erwarten sind, können auf Basis der vorstehend beschriebenen Definitionen und Abgrenzungen **erste Modellrechnungen zum notwendigen Verlauf der bremischen Haushaltskonsolidierung bis 2020** durchgeführt werden. Mit der Berechnung des strukturellen Defizits im Ausgangsjahr 2010 kann die Höhe der in den Folgejahren maximal noch zulässigen Neuverschuldung rechnerisch ermittelt werden. Konjunkturelle Einflüsse, deren Größenordnungen aufgrund ihrer zeitlich nur sehr begrenzten Prognostizierbarkeit im weiteren Verlauf des Konsolidierungsprozesses noch erheblichen Anpassungen unterliegen werden, können zunächst auf der Grundlage der derzeit vorliegenden Prognosen berücksichtigt werden.
- d) Aus heutiger Sicht ist es dabei **wenig sinnvoll und erfolgversprechend**, die rechnerisch in den einzelnen Planjahren erforderlichen **Verringerungen der Neuverschuldung** bereits **komplett und im Detail** mit konkreten **Setzungen und Vorgaben** für die

Entwicklung der zu gestaltenden Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte zu hinterlegen. So sind – nicht zuletzt aufgrund konjunktureller Einflüsse und aktuellerer Erwartungen zu Niveau und Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen – im weiteren Verlauf der Konsolidierung nennenswerte **Änderungen der Rahmenbedingungen** nicht auszuschließen, die sich unmittelbar auch auf die erforderlichen jährlichen Abbauschritte der Haushaltsdefizite auswirken könnten. Im Weiteren wird diese Ausgangslage durch folgendes **Verfahren** berücksichtigt:

- Auf Grundlage der vorläufigen Ist-Ergebnisse 2010 und unter Berücksichtigung des aktuellen Informations- und Beratungsstandes zu den konkret erforderlichen Anpassungen und Bereinigungen wird zunächst ein (vorläufiges) **strukturelles Defizit** des Basisjahres **2010** sowie ausgehend von diesem Wert die **Höhe der** anschließend pro Jahr zu leistenden **Defizit-Abbauschritte** errechnet (vgl. **7.1.**).
- Nach Umrechnung der aktuellen Finanzplan-Ansätze 2010/2014 des Stadtstaates Bremen in die Abgrenzungssystematik des strukturellen Defizits werden anschließend die **bis 2014** aus heutiger Sicht und orientiert an aktuellen Annahmen und Planungen noch bestehenden **Handlungsbedarfe** zur Erreichung der notwendigen Abbauschritte ermittelt (vgl. **7.2.**).
- Mit Annahmen zur längerfristigen Entwicklung der Einnahmen des Kernhaushaltes und Fortschreibung der Korrekturposten zwischen strukturellem Defizit und Kernhaushalt sind konkretere Hinweise auf die notwendige **Gestaltung der** (Primär-) **Ausgaben** der bremischen Haushalte im Gesamtzeitraum der Konsolidierung **bis 2020** ableitbar (vgl. **7.3.**).

7.1. Ableitung des strukturellen Defizits

Zur Ermittlung des unter Konsolidierungs-Gesichtspunkten relevanten strukturellen Defizits ist es erforderlich, aufsetzend auf der Finanzierungslücke des Kernhaushaltes **gesetzlich festgelegte Anpassungen bzw. Bereinigungen** vorzunehmen.

Finanzielle Transaktionen

Gemäß § 1 (2) eines ersten Entwurfs einer Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen werden die Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushaltes bei der Ermittlung des strukturellen Defizits um „finanzielle Transaktionen“ bereinigt. Zu den finanziellen Transaktionen zählen dabei **Ausgaben** für

- den Erwerb von Beteiligungen,
 - Tilgungen an den öffentlichen Bereich und
 - Darlehensvergaben
- sowie **Einnahmen** aus
- Veräußerungen von Beteiligungen,
 - Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich und
 - Darlehensrückflüssen.

Mit der Herausnahme dieser Positionen reduziert sich die Abbildung des Kernhaushaltes in einem ersten Schritt auf die Einnahmen-Ausgaben-Relationen der **unmittelbaren öffentlichen Aufgabenwahrnehmung**, während ansonsten im Defizit des Gesamthaushaltes berücksichtigte Elemente ihrer Finanzierung (auch durch Veränderungen des Vermögensstandes) aus den Betrachtungen ausgeklammert werden. U. a. bedeutet dies, dass auch der Erwerb von Beteiligungen sowie eventuelle Vermögensveräußerungen – mit Ausnahme möglicher Zinseffekte – keinen unmittelbaren Einfluss auf das strukturelle Defizit der Haushalte nehmen.

Tab. 24: Finanzielle Transaktionen

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzielle Transaktionen	-4,7	5,5	9,2	9,2	9,2
- Einnahmen	11,895	0,884	0,893	0,902	0,904
- Veräußerung von Beteiligungen (Gr. 133, 134)	0,069	0,000	0,000	0,000	0,000
- Schuldenaufnahme öffentlicher Bereich (Gr. 31)	0,032	0,015	0,015	0,015	0,015
- Darlehensrückflüsse (Gr. 14, 17, 18)	11,794	0,869	0,878	0,887	0,889
- Ausgaben	7,224	6,345	10,137	10,137	10,137
- Erwerb von Beteiligungen (Gr. 83)	0,013	0,000	0,000	0,000	0,000
- Tilgungen an öffentlichen Bereich (Gr. 58)	5,229	0,937	5,000	5,000	5,000
- Darlehen (Gr. 85 - 87)	1,982	5,408	5,137	5,137	5,137

In **Tabelle 24** sind die für den Finanzplan-Zeitraum geplanten bzw. für den weiteren Konsolidierungszeitraum fortgeschriebenen Beträge der finanziellen Transaktionen der Haushalte des Stadtstaates Bremen abgebildet.

Neutralisierung der Tilgungsausgaben

Aufgrund der integrierten Betrachtung des Kernhaushaltes und ausgegliederter Einheiten in der Abgrenzung des Staatssektors werden zukünftig einerseits die Finanzierungsbedarfe der Sondervermögen (Land und Stadtgemeinde Bremen) bzw. Wirtschaftsbetriebe (Bremerhaven) zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit berücksichtigt und statt über eigene Kreditermächtigungen über entsprechende Zuschussbeträge aus dem Kernhaushalt abgedeckt (vgl. 5.4.). Andererseits werden allerdings auch die bisher über den Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) bzw. andere Sondervermögen realisierten **Tilgungen für Vorfinanzierungen** der Vergangenheit ab 2011 **in die Gesamtbetrachtungen einbezogen**. Da alle übrigen Sondervermögen nach Streichung ihrer Kreditermächtigungen aus dem für den Konsolidierungskurs maßgeblichen Berichtskreis ausscheiden, erfolgen diese Tilgungen im Weiteren ausschließlich über die Konten des BKF.

Tab. 25: Tilgungseinnahmen im BKF

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Tilgungen durch Sondervermögen	40,5	32,4	50,2	48,2	46,3
- SV Hafen (Stadt)	20,195	19,997	31,213	28,106	28,528
- SV Immobilien und Technik (Stadt)	11,546	11,655	10,608	10,729	10,671
- SV Immobilien und Technik (Land)	0,417	0,417	0,006	0,006	0,006
- SV Gewerbeflächen (Stadt)	0,345	0,345	0,345	0,345	0,345
- SV Überseestadt (Stadt)	8,030	0,000	8,000	9,000	6,742
Tilgungen der Ressorts beim BKF 1)	12,1	21,2	33,0	23,4	17,6
Tilgungen aus Bremerhaven	12,3	11,4	13,4	19,9	15,2
- Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien	1,779	1,909	1,977	2,053	2,127
- Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz	0,290	0,301	0,313	0,326	0,340
- BEAN	10,203	9,164	11,104	17,471	12,715
Insgesamt	64,9	65,0	96,6	91,4	79,1

1) 2010: Nettotilgung

Für die Berechnungen zum strukturellen Defizit bedeutet dies, dass Tilgungsausgaben für bereits realisierte bzw. noch in der Realisierungsphase befindliche Investitionsvorhaben zwar wie bisher in den jeweiligen Produktplan-Eckwerten berücksichtigt, durch ihre gleichzeitige Vereinnahmung im BKF, in dem die tatsächlichen Tilgungen als besondere Finanzierungsvorgänge erfolgen, jedoch **betragsmäßig neutralisiert** werden. **Tabelle 25** weist die voraussichtliche Entwicklung der aufgrund vorgesehener Tilgungsausgaben zu erwartenden BKF-Einnahmen aus. Im Vorjahresvergleich steigende Einnahmewerte entsprechen dabei einer Minderung des erforderlichen Abbauschlusses beim strukturellen Defizit, sinkende Beträge zusätzliche Belastungen.

Konjunkturbereinigung

Gemäß Art. 109 (3) GG können Bund und Länder für die Berechnungen ihrer Konsolidierungspfade Regelungen treffen, die in Auf- und Abschwungphasen eine symmetrische Berücksichtigung der **Auswirkungen einer von einer Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung** vorsehen. In entsprechenden Verhandlungen mit dem BMF wurde zwischenzeitlich entschieden, dass die hierfür zu berücksichtigenden Konjunkturkomponenten unmittelbar aus gesamtwirtschaftlichen **Produktionslücken** (Differenz von Produktionspotenzial und tatsächlicher bzw. erwarteter BIP-Entwicklung) abgeleitet werden. Im oberen Teil der **Tabelle 26** ist dieses Modell abgebildet und mit den aktuell verfügbaren Datengrundlagen und Quoten für die Haushalte des Stadtstaates Bremen berechnet. Erkennbar ist, dass

- für das Haushaltsjahr 2010 eine **gesamtwirtschaftliche Produktionslücke** von rd. 29 Mrd. € erwartet wurde, die in den Folgejahren aufgrund des unterstellten konjunkturellen Aufholprozesses deutlich rückläufige Tendenz aufweisen und 2014 nach aktueller Einschätzung sogar in einen Überschuss übergehen wird,
- über angenommene **Sensitivitäten für Länder- und Gemeindesteuern** hieraus rechnerische Auswirkungen auf das bundesweite Steueraufkommen ermittelt und

- diese wiederum über **Anteilsätze** den Haushalten des Stadtstaates Bremen zugeordnet werden.

Tab. 26: Konjunkturbereinigungen

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
Konjunkturbereinigung					
- Bruttoinlandsprodukt (nominal; in Mrd. €)	2495,5	2570,0	2642,8	2717,7	2794,6
- Produktionspotenzial (nominal; in Mrd. €)	2524,5	2585,5	2652,3	2721,5	2793,3
=> Produktionslücke (in Mrd. €) 1)	-29,0	-15,5	-9,4	-3,8	1,3
Steuer-Sensitivität ggü. Produktionslücke					
- Ländersteuern (12,60 %)	3,7	1,9	1,2	0,5	-0,2
- Gemeindesteuern (4,10 %)	1,2	0,6	0,4	0,2	-0,1
Zusammen (in Mrd. €)	4,8	2,6	1,6	0,6	-0,2
darunter: Anteil Stadtstaat Bremen					
- Ländersteuern (1,064 %)	38,8	20,7	12,7	5,0	-1,7
- Gemeindesteuern (1,056 %)	12,5	6,7	4,1	1,6	-0,5
Zusammen (in Mio. €)	51,4	27,4	16,8	6,7	-2,3
= Konjunkturkomponente	51,4	27,4	16,8	6,7	-2,3
Konjunkturausgleichskomponente					
- periodengerecht bereinigte steuerabhängige Einnahmen (Ansprüche) 2)	2726,6	2802,9	2964,1	3087,0	3190,7
=> Veränderung gegenüber Vorjahr (a)		76,3	161,2	122,9	103,7
- im Kernhaushalt berücksichtigte steuerabhängige Einnahmen (Ist- und Planwerte)	2597,0	2692,3	2853,4	2995,1	3125,8
=> Veränderung gegenüber Vorjahr (b)		95,3	161,1	141,7	130,7
=> Anpassung an periodengerechte Bereinigung ((a) ./ (b))	129,6	110,6	110,7	91,9	64,9

1) Quelle: Bundesministerium für Finanzen (Stand: November 2010)

2) Quelle: Finanzministerium Baden-Württemberg, Regionalisierung der Steuerschätzung (November 2010)

Die sich daraus ergebende Konjunkturkomponente, d. h. die Summe der Steuereinnahmen, die bei einer konjunkturellen Normallage rein rechnerisch zusätzlich in die bremischen Kassen fließen würde, beträgt für **2010** gut **51 Mio. €** und weist in den Folgejahren die aus dem Verlauf der Produktionslücken abgeleiteten Entwicklungen auf.

Für die Interpretation und weitere Verwendung dieser Berechnungsgrundlagen sind dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Der Abbau der Konjunkturkomponente im Jahr 2011 (27,4 Mio. €) gegenüber 2010 (51,7 Mio. €) bedeutet – bei sonst unveränderten Zahlen – eine rechnerische **Vergrößerung des strukturellen Defizits** in Höhe des Differenzbetrages (rd. **24 Mio. €**).
- Zu beachten ist, dass die berechneten Auswirkungen des Konjunkturbereinigungsverfahrens einen aktuellen Kenntnisstand widerspiegeln. Im weiteren Abstim-

mungsverfahren mit dem Bund sind **Veränderungen der Berechnungsmethode und der getroffenen Annahmen** (z. B. hinsichtlich des konkreten Berechnungsstandes für die Ermittlung der Produktionslücken), die sich unmittelbar auf die Höhe des strukturellen Defizits und des ab 2011 zu leistenden Defizitabbaus auswirken, nicht ausgeschlossen.

- Die über 2011 hinausgehenden Produktionslücken stellen bis einschließlich 2015 Fortschreibungen auf der Basis aktueller Vorgaben des Bundesfinanzministeriums dar. Ab 2016 wurde eine Fortschreibung des nominalen Bruttoinlandsproduktes mit den in der Steuerschätzung vom November 2010 für den Mittelfrist-Zeitraum prognostizierten Zuwachsraten (+ 2,8 % p. a.) und eine Produktionslücke bzw. Konjunkturkomponente von Null unterstellt. Schon im Jahr **2011** werden **Neuberechnungen zum Produktionspotenzial** und angepasste Erwartungen zur **Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes** mit hoher Wahrscheinlichkeit zu **veränderten Relationen** mit entsprechenden Auswirkungen auf die Konjunkturkomponente führen.

Im zweiten Teil der **Tabelle 26** sind die Effekte ablesbar, die sich für den Konsolidierungspfad ergeben, wenn die **in der Finanzplanung** des Kernhaushaltes **berücksichtigten Werte** der steuerabhängigen Einnahmen **durch Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzungen ersetzt** werden, die statt der zu erwartenden kassenwirksamen Beträge den rechnerischen „Anspruch“ der einzelnen Planjahre – mit „periodengerechter Bereinigung“ der abweichend von Haushaltsjahren geleisteten Zahlungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich – abbilden.

Die systematische Übernahme der Regionalisierungsergebnisse der **November-Steuerschätzung 2010** führt dabei zu einer beträchtlichen **Niveauehebung** im Basisjahr 2010, die in den ebenfalls mit Regionalisierungsergebnissen abbildbaren Folgejahren allmählich abnehmende, d. h. den Konsolidierungskurs aus aktueller Sicht dann rechnerisch erschwerende Tendenz aufweist. Für die Restjahre des Konsolidierungszeitraumes (2016/2020), für die unmittelbar aus der Steuerschätzung ableitbare Prognosewerte noch nicht vorliegen, wird gemäß Mittelfristprognose zum BIP-Wachstum (real: 1,5 %; Deflator: 1,3 %) eine jährliche Zunahme der periodengerecht bereinigten steuerabhängigen Einnahmen um 2,8 % sowie eine gleichmäßige Annäherung der tatsächlichen jährlichen Einnahmebeträge an diese Planwerte unterstellt.

Zu beachten ist, dass auch die Effekte des Übergangs auf die Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzungen – wie die Konjunkturbereinigung im engeren Sinne – **rechnerische Größen** darstellen, die in den Kernhaushalten des Stadtstaates zwar nicht abgebildet werden, jedoch im Hinblick auf die **einzuhaltende Defizitentwicklung von entscheidender Bedeutung** sind. Insofern ist zu berücksichtigen, dass Konjunkturbereinigung und Regionalisierungsergebnisse im weiteren Verlauf der Haushaltskonsolidierung **fortlaufenden Veränderungen** unterliegen werden, die nicht für den Abbaupfad insgesamt, jedoch für die einzelnen **Jahrestranchen des Defizitabbaus** voraussichtlich wiederholt zu **Anpassungsbedarfen** führen werden.

Tab. 27: Ableitung des strukturellen Defizits

Stadtstaat Bremen, in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
=> Finanzierungssaldo Kernhaushalt	-1354	-1213	-1137	-1042	-927
- Finanzielle Transaktionen	-5	5	9	9	9
+ Konjunkturbereinigung	51	27	17	7	-2
+ Konjunkturausgleichskomponente	130	111	111	92	65
- Einnahmen für Tilgungen im BKF	65	65	97	91	79
Strukturelles Defizit	-1113	-1005	-904	-843	-776

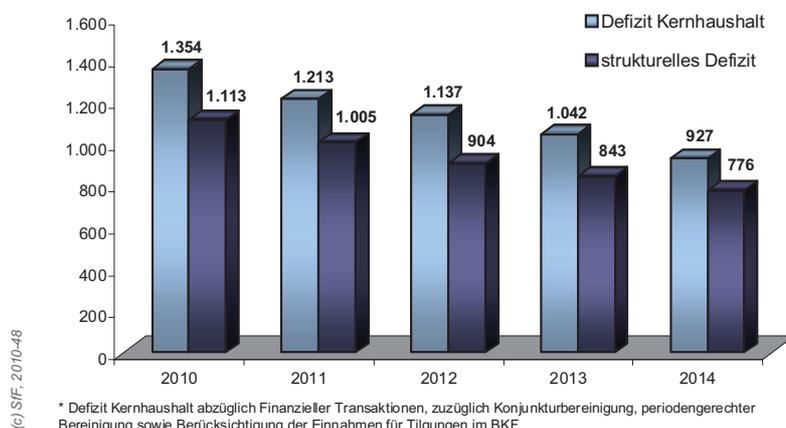
In **Tabelle 27** sind die vorstehend beschriebenen Korrektur- und Bereinigungs-schritte auf dem Weg **vom Finanzierungsdefizit des Kernhaushaltes zum strukturellen Defizit** nach Abgrenzungskriterien der Föderalismuskommission und deren bisherigen Konkretisierung im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zusammen gefasst. In **Abbildung 12** sind diese Differenzen zwischen Kernhaushalt und strukturellem Defizit für den Finanzplan-Zeitraum grafisch aufbereitet. Ablesbar ist, dass

- die Herausrechnung der finanziellen Transaktionen, die Berücksichtigung von Konjunkturreffekten, die unmittelbare Übernahme der Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzung vom November 2010 und die Gegenrechnung der Einnahmen für Tilgungen im Bremer Kapitaldienstfonds insgesamt 2010 zu einer **rechnerischen Verringerung des Finanzierungsdefizits** des Kernhaushaltes (1,354 Mrd. €) um **rd. 241 Mio. €** führt,
- dementsprechend das **strukturelle Defizit** des Stadtstaates **2010**, d. h. im Basisjahr des Konsolidierungszeitraumes **1,113 Mrd. €** beträgt und
- die sich hieraus ergebenden **jährlichen Abbauraten** des Ausgangswertes eine Größenordnung von **111 Mio. €** aufweisen.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 12: Defizit des Kernhaushaltes und strukturelles Defizit*
Stadtstaat Bremen; in Mio. €



* Defizit Kernhaushalt abzüglich Finanzieller Transaktionen, zuzüglich Konjunkturbereinigung, periodengerechter Bereinigung sowie Berücksichtigung der Einnahmen für Tilgungen im BKF

7.2. Abbaupfad bis 2014

Die aus der Finanzplanung des Kernhaushaltes und der mittelfristigen Entwicklung der Korrektur- und Bereinigungs-faktoren resultierenden Planwerte des strukturellen Defizits sind zunächst den maximal zulässigen Beträgen des strukturellen Defizits gegenüber zu stellen. Dabei

- ergeben sich die nach aktuellem Kenntnis- und Beschlussstand zugrunde zu liegenden **Planwerte** aus den unter 7.1. dargestellten und begründeten Herleitungen,
- werden die Vergleichswerte der jeweils **zulässigen Finanzierungssalden** der einzelnen Planjahre durch Reduzierung des Ausgangswertes 2010 (1,113 Mrd. €) um jährlich ein Zehntel dieses Ausgangswertes gebildet, wobei zur Abfederung von Vollzugsproblemen eine **Risikovorsorge** von jeweils 3 Mio. € p. a. vorgesehen wird, und
- sind hieraus die in **Tabelle 28** abgebildeten **Handlungsbedarfe** abzuleiten, die aufzeigen, in welcher Höhe im Mittelfristzeitraum bis 2014, insbesondere im Rahmen der Haushaltsaustellungen 2012-2014, noch weitere Anpassungen in den Haushalten herbeizuführen sind (vgl. auch **Abbildung 13**).

Tab. 28: Ableitung des strukturellen Defizits

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag		Planwerte	
	2010	2011	2012	2013	2014
Strukturelles Defizit	-1113	-1005	-904	-843	-776
zulässiges strukturelles Defizit	-1113	-998	-884	-770	-656
- gleichmäßiger Abbau	-1113	-1001	-890	-779	-668
- Risikovorsorge		3	6	9	12
=> Anpassungsbedarf (kumuliert)			-6	-19	-73
	p. a.		-6	-13	-48

Die für die einzelnen Haushaltsjahre und kumuliert ausgewiesenen Handlungsbedarfe stellen dabei **vorläufige Werte** dar, bei denen sich bis zur endgültigen Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund noch **Veränderungen** ergeben können. Dabei wird – entsprechend der bisherigen Linie – ein konservativer, eher vorsichtiger Ansatz zugrundegelegt.

So berücksichtigt der ausgewiesene Wert bereits die zwischenzeitliche Umstellung der Annahmen für die steuerabhängigen Einnahmen im Basisjahr 2010 von eigenen Schätzungen auf die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2010. Eine nach den letzten politischen Gesprächen mit dem Bund vorgesehene Umbasierung der Einnahmewerte des Haushaltsjahres 2010 auf die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2010 würde hier zu deutlich verringerten Ausgangswerten mit den Konsequenzen eines erhöhten strukturellen Defizits 2010 und in den Anfangsjahren des Finanzplan-

Zeitraumes - bei unveränderten Planwerten – dann erleichterten Abbauschritten führen.

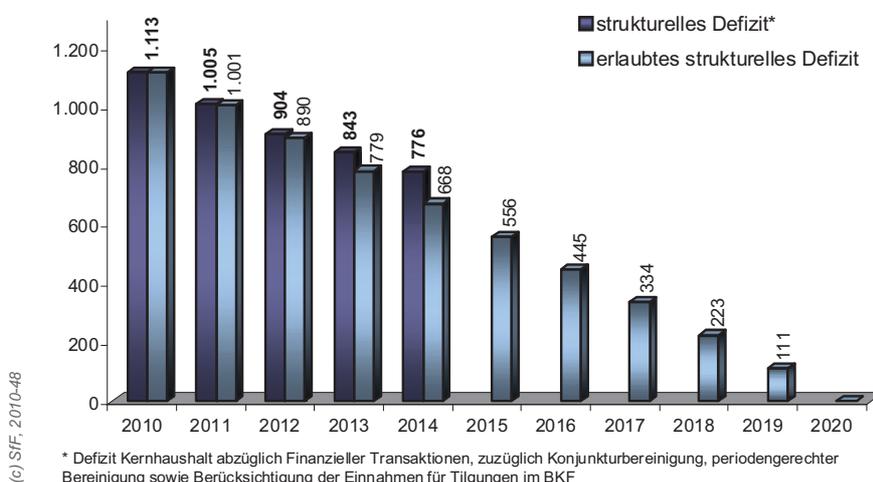
Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist vor diesem Hintergrund zu unterstellen, dass die endgültigen Festlegungen zur Berechnung des strukturellen Defizits 2010 und der sich daraus ergebenden Abbauschritte bis 2020 **für das Haushaltsjahr 2011 weitere Eingriffe** in die beschlossenen Haushalte **nicht erfordern** werden und zumindest für **2012** aus aktueller Sicht gute Aussichten bestehen, auf Basis der derzeitigen Plandaten für die Kernhaushalte den **notwendigen Abbau des strukturellen Defizits** in hinreichender Größenordnung zu **gewährleisten**.

Sollten die endgültigen Regelungen zum Konsolidierungspfad im Haushaltsjahr 2011 gegenüber den beschlossenen Haushalten des Landes zu zusätzlichen **rechnerischen Gestaltungsspielräumen** führen, dürfen diese jedoch nicht für Mehrausgaben genutzt werden. Denn eventuelle einmalige rechnerische Entlastungen in Einzeljahren des Konsolidierungszeitraumes führen aufgrund des insgesamt festgeschriebenen Abbaupfades des strukturellen Defizits automatisch zu **höheren Belastungen** in Form von Handlungsbedarfen **in den Folgejahren**. Vorübergehende Spielräume auf dem Konsolidierungspfad sind daher **nicht auszuschöpfen**, sondern müssen zur Kompensation der bisher noch ausgewiesenen Handlungsbedarfe im Finanzplanungszeitraum eingesetzt werden.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 13: Defizit des Stadtstaates Bremen
in Mio. €



7.3. Konsolidierungsanforderungen bis 2020

Mit dem Ausgangswert des bis 2020 abzubauenen strukturellen Defizits, mit den auf dieser Grundlage bestimmaren gleichmäßigen Schritten, in denen die Neuverschuldung im Konsolidierungszeitraum jährlich zu verringern ist und mit den aus heutiger Sicht möglichen Annahmen zur Entwicklung der nicht unmittelbar den Kernhaushalt

betreffenden Einflussfaktoren, besteht die Möglichkeit, eine erste **generelle, wenn auch mit erheblichen Planungsunsicherheiten behaftete Linie** für die konsolidierungskonforme Gestaltung der bremischen Haushalte ansatzweise auch schon **für den gesamten Zeitraum** des notwendigen Defizitabbaus festzulegen.

Für diese Herleitung der von der Freien Hansestadt Bremen zu leistenden Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung sind dabei folgende **Ausgangswerte** zu berücksichtigen bzw. wurden folgende **Annahmen** getroffen:

- a) Das **strukturelle Defizit** der bremischen Haushalte **2010** beträgt **1,113 Mrd. €** und ist bis 2020 in zehn gleichmäßigen Schritten von je 111 Mio. € abzubauen.
- b) Die **Konjunkturkomponente** wird bis 2015 mit den derzeit aktuellen Einschätzungen zur Entwicklung der bundesweiten Produktionslücke (Steuerschätzung November 2010) sowie in den Folgejahren – und damit insbesondere auch **im Endjahr der Projektion** – mit **Null** fortgeschrieben.

Tab. 29: Konsolidierungspfad 2010/2020

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Positionen	(vorl.) Ist	Anschlag	Planwerte			Projektion					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Strukturelles Defizit 2010	-1.113										
=>											
zulässige struktur. Defizite 1)	-1.113	-1.001	-890	-779	-668	-556	-445	-334	-223	-111	0
abzüglich											
Konjunkturbereinigung	-51	-27	-17	-7	2	8	0	0	0	0	0
Konjunkturausgleichskomponente	-130	-111	-111	-92	-65	-81	-65	-49	-32	-16	0
Finanzielle Transaktionen	5	-5	-9	-9	-9	-9	-9	-9	-9	-9	-9
Einn. für Tilgungen im BKF	-65	-65	-97	-91	-79	-66	-60	-57	-57	-56	-51
=>											
zulässiger Finanzierungssaldo des Kernhaushaltes	-1.354	-1.210	-1.123	-978	-819	-704	-579	-449	-321	-193	-60
Variante 1 (Steuern, LFA und allg. BEZ ab 2015: + 2,8 % p. a.)											
Steuerabhängige Einnahmen	2.597	2.692	2.853	2.995	3.126	3.212	3.300	3.391	3.484	3.580	3.678
Sonstige Einnahmen 2)	718	641	631	638	641	643	644	646	648	649	651
Ber. Konjunkturprogramm	-79										
=> zulässige Ber. Ausgaben	4.590	4.543	4.607	4.611	4.585	4.559	4.524	4.485	4.453	4.422	4.390
abzgl. Zinsausgaben 3)	-691	-679	-734	-759	-753	-773	-790	-801	-807	-808	-803
=> zulässige Primärausgaben	3.900	3.864	3.874	3.852	3.833	3.785	3.734	3.685	3.646	3.614	3.586
Variante 2 (Steuern, LFA und BEZ ab 2015: + 3,5 % p. a.)											
Steuerabhängige Einnahmen	2.597	2.692	2.853	2.995	3.126	3.235	3.348	3.466	3.587	3.712	3.842
Sonstige Einnahmen 2)	718	641	631	638	641	643	644	646	648	649	651
Ber. Konjunkturprogramm	-79										
=> zulässige Ber. Ausgaben	4.590	4.543	4.607	4.611	4.585	4.582	4.572	4.561	4.556	4.554	4.554
abzgl. Zinsausgaben 3)	-691	-679	-734	-759	-753	-773	-790	-801	-807	-808	-803
=> zulässige Primärausgaben	3.900	3.864	3.874	3.852	3.833	3.809	3.783	3.760	3.749	3.747	3.751

1) Ohne Risikovorsorge

2) Bis 2014: Finanzplanung; ab 2015: sonstige konsumtive Einnahmen: + 0,3 % p. a.; investive Einnahmen: + 0,0 % p. a.

3) Bis 2014: Finanzplanung; ab 2015: + 4,0 % auf zulässige Neuverschuldung des Vorjahres (abzüglich Konsolidierungshilfen)

- c) Für die **steuerabhängigen Einnahmen** der bremischen Haushalte werden bis 2015 die Regionalisierungsergebnisse der November-Steuerschätzung 2010 übernommen. Für die Restjahre des Konsolidierungszeitraumes wird in der Variante 1 entsprechend der längerfristigen Prognose der Steuerschätzung eine jährliche Zuwachsrate von **2,8 %** unterstellt. In der Variante 2 wurde mit einer jährlichen Zuwachsrate von **3,5 %** gerechnet, die sich damit innerhalb des Rahmens der vom Bund in den Beratungen der Föderalismuskommission II angestellten Prognosen bewegt.
- d) Für die betragsmäßig eher unbedeutenden **finanziellen Transaktionen** wird von längerfristig auf der Basis des Jahres 2012 **konstanten Werten** ausgegangen. Die mit Ausgaben des Kernhaushaltes korrespondierenden und insofern in der Gesamtrechnung ohnehin weitgehend neutralisierten **Einnahmen für Tilgungen im Bremer Kapitaldienstfonds** werden mit den **aktuellen Planwerten** (vgl. Tabelle 26 unter 7.1.) übernommen.

Unter diesen Rahmenseetzungen lassen sich erste, allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftete Tendenzen darstellen, wie die **Ausgaben der bremischen Haushalte bis 2020** zu gestalten sind, um einen den Vorgaben der Föderalismuskommission entsprechenden Verlauf der Schuldenbremse im hierfür vorgesehenen Zeitraum zu gewährleisten (vgl. **Tabelle 29**). Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass sich die über den Gesamtzeitraum der Konsolidierung zu leistende Ausgabenreduzierung noch in dem Umfang verändern kann, in dem bei der Berechnung des strukturellen Defizits Veränderungen des Ausgangswertes (2010) und/oder des Zielwertes (2020) vorgenommen werden (s.o). Ferner wird aus den unterschiedlichen berechneten Varianten deutlich, dass Veränderungen der Planungsprämissen im Gesamtzeitraum zu erheblichen Auswirkungen auf die zu erbringenden Konsolidierungsleistungen führen können und somit Schlussfolgerungen für den Zeitraum bis 2020 nur unter erheblichen Vorbehalten gezogen werden können:

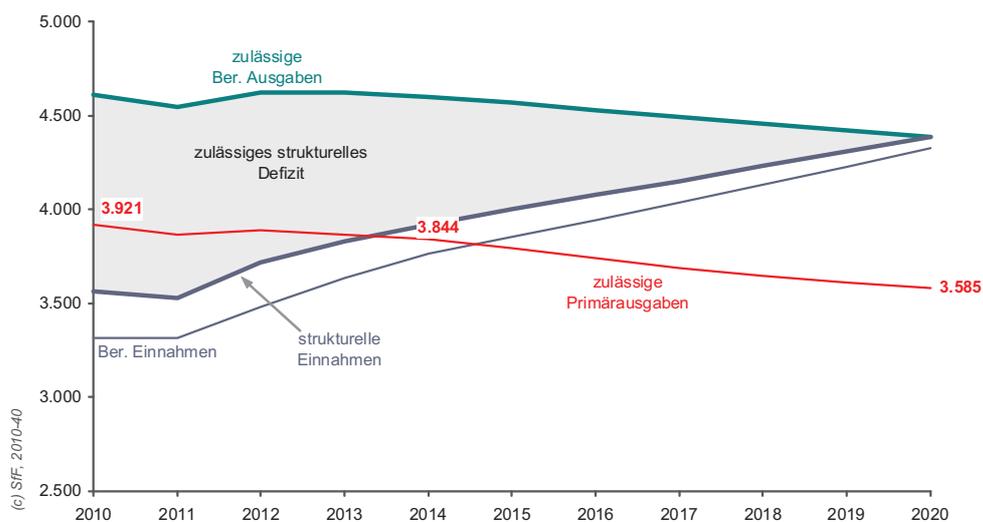
- Konkret ist aus den vorliegenden Projektionen abzulesen, dass in der Variante 1 die **Bereinigten Ausgaben** der bremischen Haushalte im Zeitraum **2010/2020 pro Jahr** im Durchschnitt um **20 Mio. € (- 0,4 %)** abzubauen wären. In der Variante 2 müssten die Bereinigten Ausgaben noch um **4 Mio. € (- 0,1 %)** p. a. abgebaut werden und wären insofern nahezu konstant zu halten (vgl. **Abbildung 15** und **16**).
- Auch die in den **einzelnen Jahren** des Konsolidierungszeitraumes jeweils zu leistenden Eigenbeiträge des Landes werden – insbesondere in Abhängigkeit von aktualisierenden Neuberechnungen zur Konjunktur- und Steuerentwicklung – noch zu Veränderungen und damit zu **Schwankungen um** den vorläufig skizzierten **Abbaupfad** führen.
- Zu berücksichtigen ist, dass die **Zinsausgaben** in den bremischen Haushalten aufgrund des anhaltenden Schuldenanstiegs und der längerfristig zu erwartenden Zinskonditionen (Annahme ab 2015: 4,0 %) im Projektionszeitraum trotz zinsmindernder Konsolidierungshilfen deutlich **steigende Tendenz** aufweisen werden. Der **eigentliche Eigenbeitrag** Bremens zur Einhaltung der Schuldenbremse muss da-

her in der **Begrenzung der Primärausgaben** (Bereinigte Ausgaben ohne Zinsausgaben) bestehen. Hier wäre im Gesamtzeitraum **2010/2020** in der Variante 1 ein Abbau um **313 Mio. €** bzw. **8,0 %**, d. h. um **jahresdurchschnittlich 31 Mio. €** (**- 0,8 %**) erforderlich. In der Variante 2 wären hingegen insgesamt **- 149 Mio. €**, jahresdurchschnittlich somit **- 0,4 % bzw. - 15 Mio. €** abzubauen. Auch insofern ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich im Hinblick auf den jahresdurchschnittlichen Entwicklungspfad noch erhebliche Veränderungen ergeben können (s. o.).

- **Insgesamt** wird deutlich, dass sich die **Ausgangslage** und damit der vorzunehmende **Konsolidierungskurs** seit den **Vereinbarungen in der Föderalismuskommission II durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch aufgrund der vom Bund vorgenommenen Steuerensenkungen erheblich verschärft** hat. So wurde zum Zeitpunkt der entscheidenden Verhandlungen im Februar 2009 auf Basis der Steuerschätzung von Mai 2008 noch ein um rd. **400 Mio. € höherer Betrag** steuerabhängiger Einnahmen für Bremen im Jahr 2010 prognostiziert als nunmehr in der aktuellen Novembersteuerschätzung ermittelt (Wert der Steuerschätzung Mai 2008 für Bremen: **3.128 Mio. €** [regionalisiert, periodengerechte Abgrenzung]; Wert der Steuerschätzung November 2010 für 2010: **2.727 Mio. €** [regionalisiert, periodengerechte Abgrenzung]).
- Zur „**Geschäftsgrundlage**“ für die Vereinbarungen der Kommission gehört ferner der **Länderfinanzausgleich in seiner bestehenden Form** und die entsprechend der bestehenden Vereinbarungen hiernach zu zahlenden Leistungen. Eine Aufkündigung dieser Geschäftsgrundlage ist daher nicht möglich, ohne die Regelungen zur Einführung der Schuldenbremse insgesamt in Frage zu stellen.

Abb. 15: Haushaltsentwicklung*

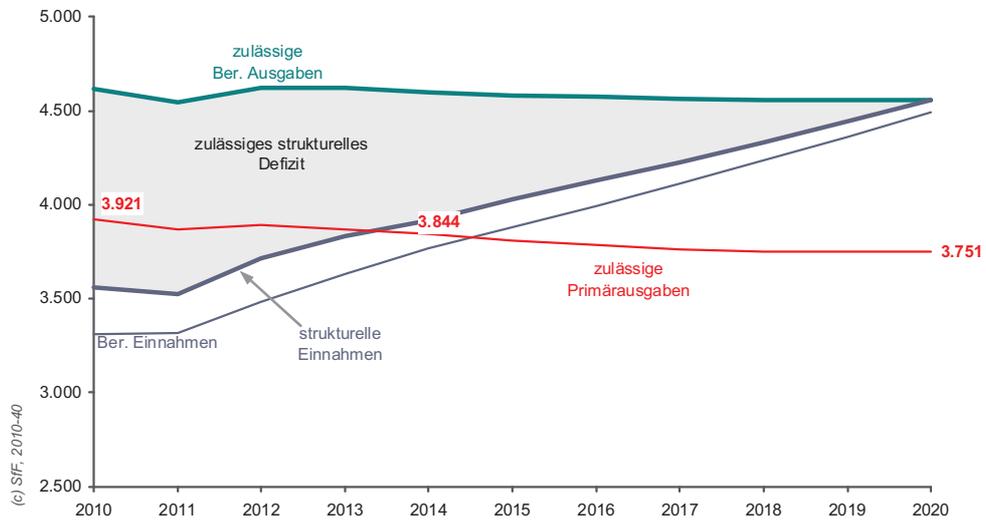
Variante 1: Steuerentwicklung ab 2015: + 2,8 % p. a.
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



* ohne Konjunkturprogramm II

Abb. 16: Haushaltentwicklung*

Variante 2: Steuerentwicklung ab 2015: + 3,5 % p. a.
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



* ohne Konjunkturprogramm II

Anlagen: Investitionen

Anlage 1: Investitionen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
in der Gliederung nach **Produktplänen**
einschl. Zusammenfassung nach **Schwerpunktbereichen:**

- **Sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffungen, PC, Fahrzeuge o.ä.)**
- **Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz**
- **Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen**
- **Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierungen**
- **Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtungen**

Anlage 2: Investitionen der Stadtgemeinde Bremerhaven
in der Gliederung nach **Ausschussbereichen**
einschl. Zusammenfassung nach **Schwerpunktbereichen:**

- **Eigengesellschaften u. Wirtschaftsbetriebe**
- **Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierungen**
- **Vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtungen**
- **Kapitaldienstfinanzierungen**
- **Sonstige Investitionen**

Investitionsprogramm				Senatorin für Finanzen		
Gesamtdarstellung nach Produktplänen		Stand: 21.01.2011		Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11
BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	27.502	17.568	15.866			
Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	20.375	18.105	13.851			
Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	102.642	70.178	56.122	93.399	80.444	71.114
Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	192.529	182.192	258.504			
Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	110.765	116.603	119.739			
SUMME Ausgaben	453.812	404.646	464.081			
sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	2.149	0	0			
Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	503	1.200	1.200			
Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0			
Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	75.741	54.011	54.969			
Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	33.547	32.613	33.021			
SUMME Einnahmen	111.941	87.824	89.190			
sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	25.352	17.568	15.866			
Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	19.872	16.905	12.651			
Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	102.642	70.178	56.122	93.399	80.444	71.114
Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	116.788	128.181	203.535			
Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	77.218	83.989	86.718			
SUMME Netto-Investitionen	341.871	316.822	374.891			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 01 Bürgerschaft							Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittittel	Bremerhaven	Sonderermitteln	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z					L	0010.81201-1	Erwerb von Büromaschinen		3	3			
Z					L	0010.81202-0	Erwerb von Inventar	50	5	5			
Z					L	0010.81203-8	Erwerb von Reinigungsmaschinen	4	3	3			
Z					L	0010.81205-4	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	29	70	70			
Z					L	0010.81210-0	Erwerb von Maschinen und Geräten		4	4			
Z					L	0010.81211-9	EDV-gestütztes Parlamentsinformations- und Kommunikationssystem	15	35	35			
Z					L	0010.81221-6	Erwerb von Tonaufnahme- und Tonübertragungsanlagen	15	12	12			
Z					L	0010.81233-0	Erwerb von Softwarelizenzen	1	5	5			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	115	136	136			
E					L	0010.70001-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	24	20	20			
E					L	0010.71901-1	Herstellung von Fernmeldeanlagen	0	2	2			
E					L	0010.71910-0	Sicherungsmaßnahmen in Verwaltungsgebäuden		2	2			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	24	24	24			
K					L	0010.89310-0	Zuschüsse für die Sanierung des Hauses der Bürgerschaft (Tilgung Projekt 0207 S SVIT, Investitionen über Mieten refinanziert)	212	196	196	196	196	
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	212	196	196	196	196	0
nachrichtlich: gemäß Schuldschein zu Projekt 0207 S SVIT zusätzlich für Tilgung erforderlich								47	55	64	74	83	74
SUMME Ausgaben								351	355	355			
Keine investiven Einnahmen													
SUMME Einnahmen								0	0	0			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	115	136	136			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	24	24	24			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	212	196	196	196	196	0
SUMME Netto-Investitionen								351	355	355			
Anteil Bremerhaven (absolut)								0	0	0			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen					
PPL 02 Rechnungshof							Stand: 28.12.2010		Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11	
Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE						IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z	5	L	0011.81202-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				13	13			
Z	05	L	0011.81205-8	Erwerb von ADV-geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)			23					
Z		L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)			23	13	13			
E		L	Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz			0	0	0			
SUMME Ausgaben							23	13	13			
<i>Keine investiven Einnahmen!</i>												
SUMME Einnahmen							0	0	0			
Z		L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)			23	13	13			
E		L	Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz			0	0	0			
SUMME Netto-Investitionen							23	13	13			
Anteil Bremerhaven (absolut)							1	1	1			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 03 Senat und Senatskanzlei							Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittmitel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
01	Z				L	0020.81205-2	Erwerb von ADV-Anlagen (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	36					
	Z				L	0020.81220-6	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-government"				22		
01	Z				L	0020.81233-8	Erwerb von Softwarelizenzen	3					
	Z				L	0257.81200-6	Erwerb von Geräten, sonstigen beweglichen Sachen		3	5			
01	Z				L	0257.81205-7	Erwerb von ADV-Geräten		2	2			
01	Z				S	3025.81202-5	Erwerb von Inventar	1	5	15			
01	Z				S	3041.81212-4	Erwerb von Ausstattungsgegenständen (stadtteilbezogene Maßnahmen)	12					
01	Z				S	3041.81200-0	Erwerb von Geräten, sonstigen beweglichen Sachen	33	44	45			
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	86	53	88			
01	E				L	0020.71901-0	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	E				S	3020.73601-0	Neuanlage eines Jüdischen Friedhofes in Bremen-Schwachhausen		140				
	E				S	3020.73602-9	Bau einer Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof		385	185			
03	E				S	3025.70010-3	Instandsetzung der repräsentativen Räume im Rathaus	74	3	4			
01	E	2			S	3025.79010-2	Restaurierungs-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmenmaßnahmen im Rathaus	72	56	60			
	E	2			S	3025.79018-8	Projekte aus Fördermitteln der Stiftung Wohnliche Stadt	1					
	E				S	3025.790 19-6	Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung der UNESCO-Weltkulturerbe	77					
01	E				S	3041.70000-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	6	7	7			
01	E				S	3041.71900-0	Bau von Fernmeldeanlagen		1	2			
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	229	593	258			
	G					Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	0	0			
	K					Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0			
01	F				S	3041.79999-3	Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen		1.019	1.019			
	F	100			L	0020.98515-1	An Hst. 6782/385 15, Impulsgelder für lebenswerte Städte	750	375	375			
	F				L	0257.89316-2	Investive Maßnahmen für das Projekt Gedenkstätte U-Boot Bunker 'Valentin'		25	50			
	F				S	3020.893 02-7	Investitionszuschuss zur Errichtung einer Gedenk-/Begegnungsstätte	50					
	F				S	3041.89311-6	Investitionszuschüsse an Vereine, Verbände u. dgl. (stadtteilbezogene Maßnahmen)	629					
	F				S	3041.89312-4	Zuschüsse zur Dorferneuerung in den Ortsamtsbereichen	0					
01	F				S	3041.89390-6	Impulsgelder für lebenswerte Städte	969	859	1.055			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	2.398	2.278	2.499			
							SUMME Ausgaben	2.714	2.924	2.845			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
	E	2			S	3025.331 01-9	Zuwendung des Bundes zur Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbe	139					
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	139	0	0			
							SUMME Einnahmen	139	0	0			
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	86	53	88			
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	90	593	258			
	G					Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	0	0			
	K					Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	2.398	2.278	2.499			
							SUMME Netto-Investitionen	2.575	2.924	2.845			
							Anteil Bremerhaven (absolut)	750	375	375			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen							
PPL 05 Bundesangelegenheiten						Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11				
Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z					L	0028.81215-9	Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen	39	62	60			
Z					L	0028.81233-7	Erwerb von Softwarelizenzen		1	1			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	39	63	61			
E					L	0028.70005-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	6					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	6	0	0			
SUMME Ausgaben								45	63	61			
<i>Keine investiven Einnahmen!</i>													
SUMME Einnahmen								0	0	0			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	39	63	61			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	6	0	0			
SUMME Netto-Investitionen								45	63	61			
Anteil Bremerhaven (absolut)													

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 06 Datenschutz						Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Projekt	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
---------	-----------	-------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z					L	0029.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	12	12			
Z					L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	1	12	12			

F					L	0029.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		2	2			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	2	2			

F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
---	--	--	--	--	--	--------------	---	----------	----------	----------	--	--	--

SUMME Ausgaben							1	14	14				
-----------------------	--	--	--	--	--	--	----------	-----------	-----------	--	--	--	--

<i>Keine investiven Einnahmen!</i>													
SUMME Einnahmen							0	0	0				

Z					L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	1	12	12			
---	--	--	--	--	---	--------------	---	----------	-----------	-----------	--	--	--

E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	2	2			
---	--	--	--	--	--	--------------	---	----------	----------	----------	--	--	--

F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
---	--	--	--	--	--	--------------	---	----------	----------	----------	--	--	--

SUMME Netto-Investitionen							1	14	14				
----------------------------------	--	--	--	--	--	--	----------	-----------	-----------	--	--	--	--

Anteil Bremerhaven (absolut)													
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 07 Inneres							Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittanteil	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Staat	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				S		3051.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen	11					
Z				L		0034.81110-5	Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	461	1.870	1.756			
Z				S		3054.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	759	164	210			
Z				S		3054.81112-7	Erwerb von Rettungsdienstfahrzeugen	735					
Z				L		0030.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	28	2	2			
Z		20		L		0032.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	84	58	63			
Z				L		0034.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.410	33	153			
Z		20		L		0036.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	69	5	5			
Z		20		L		0038.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	62	15	15			
Z				S		3032.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5	3	3			
Z				S		3050.81200-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	176	26			
Z				S		3051.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	420	180	30			
Z				S		3054.81209-3	Erwerb von Ausstattungen für nicht zum Pool gehörende Rettungsfahrzeuge	323					
Z				S		3051.81210-6	Erwerb von Maschinen und Geräten	183					
Z				S		3054.81217-4	Erwerb von Maschinen, Geräten und Ausstattungsgegenständen aus Ortsamtsmitteln	9					
Z				L		0031.81222-4	Erwerb von Ausstattungsgegenständen für das Havariekommando	2	3	3			
Z				L		0034.81222-5	Einführung INPOL-Neu	233					
Z				L		0030.81233-6	Erwerb von Softwarelizenzen	3					
Z				L		0034.81233-0	Erwerb von Softwarelizenzen	60					
Z				S		3051.81233-5	Erwerb von Softwarelizenzen	66					
Z				S		3054.81240-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (Brandschutz)	120	204	158			
Z				S		3054.81241-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (Zentrale Angelegenheiten)	87	139	88			
Z				S		3054.81273-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen im Rettungsdienst	29					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	5.168	2.851	2.511			
E				L		0030.70000-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	77	30	30			
E				L		0034.70001-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	104	75	75			
E				S		3052.70001-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	19	26	26			
E				S		3054.70001-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	71	140	60			
E		20		L		0038.70007-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch das Hochbauamt Bremerhaven		10	10			
E				L		0031.70010-8	Bauliche Unterhaltung von Einrichtungen der Luftrettung	130					
E				L		0034.71901-2	Herstellung von Fernmeldeanlagen		15	15			
E				S		3054.71901-8	Herstellung von Fernmeldeanlagen	19	20	20			
E				S		3054.79031-6	Herstellung von Feuerlöschbrunnen	1	4	4			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	421	320	240			
K				S		3032.88410-4	Ankauf der Katastrophenschutz-Liegenschaft Seesenthom (Tilgung) Projekt 0004-S	8					
K				S		3054.89110-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0202 S SVIT Feuerwehr -	771	863	673	799	836	875
K				L		0034.88411-0	An beauftragte Dritte für die Logistiksäule (Tilgung) Projekt 9927-L	150	155	161	42		
K				L		0034.88412-9	An Dritte für Umzugs- und sonstige Kosten, technische Ausstattung PP Vahr (Tilgung) Projekt 9701-L	1.235					
K		10		L		0034.89113-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0203 S SVIT Polizei -	1.185	1.300	1.050	821	860	901
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.349	2.318	1.884	1.662	1.696	1.776
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
G				L		0034.86301-6	Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	12	15	15			
G		100		L		0031.98522-6	An Hst. 6110/38501, Kostenerstattung für investive Ausgaben der Polizei	616	569	584			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	628	584	599			
SUMME Ausgaben								9.565	6.073	5.234			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen							
PPL 07 Inneres						Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11				
Prüfart	Kategorie	Drittanteil	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				L		0034.13200-3	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3					
Z				L		0038.13200-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	26					
Z				S		3051.13200-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0					
Z				S		3054.13202-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4					
Z				S		3054.13203-3	Erlös aus dem Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen	64					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	97	0	0			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
SUMME Einnahmen								97	0	0			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	5.071	2.851	2.511			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	421	320	240			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.349	2.318	1.884	1.662	1.696	1.776
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	628	584	599			
SUMME Netto-Investitionen								9.468	6.073	5.234			
Anteil Bremerhaven (absolut)								778	717	708			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen				
PPL 08 Gleichberechtigung der Frau (ZGF)							Stand: 28.12.2010		Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11
Priorität Kategorie Drittmittel Bremerhaven Sondervermögen Land / Stadt	Finanzposition		BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014		
Z		L	0045.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	3	4				
Z		L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	4	3	4				
SUMME Ausgaben				4	3	4					
<i>Keine investiven Einnahmen!</i>											
SUMME Einnahmen				0	0	0					
Z		L	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	4	3	4				
SUMME Netto-Investitionen				4	3	4					
Anteil Bremerhaven (absolut)											

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 11 Justiz							Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Staat	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z					L	0102.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen			1			
Z					L	0110.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2	3	3			
Z					L	0131.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	5	4			
Z					L	0134.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10	10	10			
Z					L	0160.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5	1	1			
Z					L	0181.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8	2	2			
Z					L	0100.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1		5			
Z					L	0150.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5	5	3			
Z					L	0171.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10					
Z					L	0111.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	20	18	17			
Z					L	0132.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	51	73	52			
Z					L	0130.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	15	4	5			
Z		100			L	0151.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	13	8	10			
Z		100			L	0133.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	14	26	28			
Z					L	0180.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8	1	1			
Z					L	0120.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	48	314	335			
Z					L	0141.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2	1				
Z					L	0120.81212-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für die Arbeitsbetriebe	214					
Z					L	0101.81224-3	Investive Ausgaben für ADV-Fachverfahren der Justiz	263					
Z					L	0101.81226-0	Mobiliarausstattung des Justizentrums II	40					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	736	470	477			
E					L	0111.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	12	13	8			
E					L	0171.70000-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	5					
E					L	0130.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen			5			
E					L	0180.70000-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	2					
E					L	0131.70000-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	101	13	6			
E					L	0134.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	22	10	10			
E					L	0160.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	2					
E					L	0181.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	12					
E		100			L	0133.70001-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	6	32	8			
E					L	0132.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	388	159	121			
E					L	0120.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	148	10	4			
E		100			L	0133.79014-4	Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremerhaven	84					
E					L	0131.79015-5	Restaurierung historischen Mobiliars im Gerichtshaus Domsheide 16	32					
E					L	0120.79042-0	Behebung einer Grundwasserverunreinigung auf dem Gelände der JVA Oslebshausen	56					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	869	236	161			
F		25			L	0120.89111-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung der Anstaltsgebäude einschl. Sicherungsmaßnahmen	3.504	4.214	3.960			
F					L	0131.89111-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Landgerichts	51					
F					L	0132.88403-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite		15	15			
F					L	0120.89112-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Nachsicherung der Terminerstation	169					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	3.724	4.229	3.975			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	0	0			
SUMME Ausgaben								5.329	4.935	4.612			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 11 Justiz						Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11
<small> Priorität Kategorie Drittmittel Bremerhaven Sondervermögen Land / Stadt </small>	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	
Z	L 0120.13210-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	13						
Z	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	13	0	0				
E	Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0				
SUMME Einnahmen			13	0	0				
Z	Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	724	470	477				
E	Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	869	236	161				
F	Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	3.724	4.229	3.975				
G	Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	0	0				
SUMME Netto-Investitionen			5.317	4.935	4.612				
Anteil Bremerhaven (absolut)			993	1.119	1.035				

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 12 Sport						Stand: 28.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
-----------	-----------	-------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z				S		3192.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		4	4			
Z				S		3192.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	19	4	4			
Z				S		3192.81210-0	Erwerb von Inventar einschl. Sportausrüstungen	3	3	3			
Z				S		3192.81233-9	Erwerb von Softwarelizenzen	1	1	1			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	23	12	13			
E				S		3192.70016-6	Kleinere Um- und Neugestaltung von Außenanlagen durch das Stadtgrün Bremen		3	3			
E				S		3191.71101-6	Beiträge für Kanal- und Straßenanlagen		8	2			
E				S		3191.73912-3	Sanierung von städtischen Sportstätten	1.434					
E				S		3191.739 21-2	Ausbau der Sportanlage Obervieland zu einr Wettkampfanlage	300					
E				S		3192.73925-9	Sanierung von verpachteten Sportanlagen	60					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	1.795	11	5			
K				S		3191.88403-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -Projekte 0207 S und 0208 S SVIT-	52	57	60	59	61	91
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	52	57	60	59	61	91
F				S		3191.86365-7	Darlehen an Sportvereine aus der Lotterie Super 6	14					
F				S		3191.89110-3	Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH für Investitionen	1.104	1.028	888			
F				S		3191.89210-0	Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH zur Darlehenstilgung	390	163	163			
F				S		3191.89220-7	Zuschuss zur Infrastruktur für Sporthäfen/Badeseen	262	170	170			
F				S		3191.89313-0	Zuschüsse an Vereine für die Sanierung von städtischen Sportanlagen	14	910	1.389			
F				S		3191.89316-5	Zuschuss für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus	15	15	15			
F				S		3191.89315-7	Zuschüsse an Sportvereine aus dem Abgabeanteil aus Wetten usw.	387					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	2.184	2.286	2.624			
G				S		3191.73915-8	Kosten für baufachtechnische Prüfungen	0	3	3			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	3	3			
SUMME Ausgaben								4.054	2.369	2.705			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
SUMME Einnahmen								0	0	0			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	23	12	13			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	1.795	11	5			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	52	57	60	59	61	91
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	2.184	2.286	2.624			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	3	3			
SUMME Netto-Investitionen								4.054	2.369	2.705			

Anteil Bremerhaven (absolut)													
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 21 Bildung							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittstaat	Brennstoff	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				L		0200.81202-6	Erwerb von Inventar	20	10	10			
Z				L		0200.81203-4	Erwerb von Reinigungsmaschinen		1	1			
Z				L		0200.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	98					
Z				L		0201.81211-9	eGovernment-Aufgaben	84					
Z				L		0230.81202-0	Erwerb von Inventar	5	6	6			
Z				L		0230.81205-5	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	48	12	12			
Z				L		0230.81210-1	Erwerb von Maschinen und Geräten	3	3	3			
Z				L		0230.81211-0	Verwendung von Bundeszuschüssen für Modellversuche (Investive Sachausgaben)	1					
Z				S		3210.81202-3	Erwerb von Inventar		37	37			
Z				S		3210.81203-1	Erwerb von Reinigungsmaschinen	9					
Z				S		3210.81205-8	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	45	45	45			
Z				S		3210.81209-0	Erwerb von Lernbüchern		197	197			
Z				S		3210.81211-2	Erwerb von Lehrmitteln		5	5			
Z				S		3210.81223-6	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	20	10	10			
Z				S		3210.81255-4	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	591					
Z				S		3211.81202-7	Erwerb von Inventar		5	5			
Z				S		3211.81205-1	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	16	22	22			
Z				S		3211.81209-4	Erwerb von Lernbüchern		23	23			
Z				S		3211.81211-6	Erwerb von Lehrmitteln		3	3			
Z				S		3211.81223-0	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	4	5	5			
Z				S		3211.81255-8	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	105					
Z				S		3214.81202-8	Erwerb von Inventar		18	18			
Z				S		3214.81203-6	Erwerb von Reinigungsmaschinen	1					
Z				S		3214.81205-2	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	20	20	20			
Z				S		3214.81209-5	Erwerb von Lernbüchern		138	138			
Z				S		3214.81211-7	Erwerb von Lehrmitteln		11	11			
Z				S		3214.81223-0	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	10	10	10			
Z				S		3214.81255-9	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	317					
Z				S		3215.81202-1	Erwerb von Inventar		21	21			
Z				S		3215.81205-6	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	29	30	30			
Z				S		3215.81209-9	Erwerb von Lernbüchern		174	174			
Z				S		3215.81211-0	Erwerb von Lehrmitteln		14	14			
Z				S		3215.81213-7	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	8	10	10			
Z				S		3215.81255-2	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	523					
Z				S		3216.81202-5	Erwerb von Inventar		7	7			
Z				S		3216.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	23	25	25			
Z				S		3216.81209-2	Erwerb von Lernbüchern		577	577			
Z				S		3216.81211-4	Erwerb von Lehrmitteln	50	299	299			
Z				S		3216.81226-2	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	12	10	10			
Z				S		3216.81240-8	Investive Ausgaben für das ESF-Projekt IQ-BEL 'Innovative Qualifizierung für Berufsschullehrer'	1					
Z				S		3216.81255-6	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	1.351					
Z				S		3217.81202-9	Erwerb von Inventar		14	14			
Z				S		3217.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)		8	8			
Z				S		3217.81209-6	Erwerb von Lernbüchern		120	120			
Z				S		3217.81211-8	Erwerb von Lehrmitteln		6	6			
Z				S		3217.81223-1	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	11	5	5			
Z				S		3217.81255-0	Investive Ausgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Autonomie	354					
Z				S		3230.81211-9	Erwerb von Lehrmitteln, AV-Medien	3	2	2			
Z				S		3230.81215-1	Investive Lehrmittel aus den Erstattungen von Dritten	4					
Z				S		3239.81211-1	Erwerb von Lehrmitteln	8					
Z				S		3239.81219-7	Sonderprogramm 'Neue Medien'	2.162	2.000	2.000			
Z				S		3239.81221-9	Verwendung von Zuschüssen von 'Jugend trainiert für Olympia' (Investitionen)	1					
Z				S		3239.81225-1	Erwerb einer Schulverwaltungssoftware		58	58			
Z				S		3239.81235-9	PISA-Programm: Lehr- und Lernmittel	45					
Z				S		3239.81240-5	Programm 'Schöne Schule'		800	800			
Z				S		3239.81241-3	Schließ- und Sicherheitsmaßnahmen im Schulbereich	213	164	164			
Z				S		3239.81242-1	Für Einzelmaßnahmen zur Umstrukturierung im Schulwesen	3.920	453	1.982			
Z				S		3239.81243-0	Programm 'Mobile Schulausstattung'	1.691	2.000	2.000			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 21 Bildung							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittligkeit	Brennstoff	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
	Z				S	3239.81245-6	Verwendung von Versicherungsleistungen für Ersatzbeschaffungen	24					
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	11.830	7.376	8.906			
	m				L	0200.70013-9	Renovierungsmaßnahmen	40	40	40			
	m				L	0200.70036-8	Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung von ADV-Arbeitsplätzen	11					
	m				L	0200.71901-8	Herstellung von Fernmeldeanlagen		7	7			
	m				L	0230.70036-2	Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung von ADV-Arbeitsplätzen	6					
	m				L	0230.71901-2	Herstellung von Fernmeldeanlagen		0	0			
	m				S	3210.70012-8	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	803	350	283			
	m				S	3210.70013-6	Renovierungsmaßnahmen	77	250	202			
	m				S	3210.70018-7	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	254	70	70			
	m				S	3210.71901-5	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	m				S	3210.72200-8	Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagschulen im Grundschulbereich	2.000	3.000	2.000			
	m				S	3210.72221-0	Erweiterung der Grundschule Borgfeld	0					
	m				S	3210.72223-7	Einrichtung eines Quartiersbildungszentrums am Standort Grundschule Robinsbalje		362				
	m				S	3210.72224-5	Gesamtsanierung der Grundschule An der Gete	82					
	m				S	3210.72233-4	Umbaumaßnahme Grundschule Oberneuland		700	300			
	m				S	3211.70012-1	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	75	215	174			
	m				S	3211.70013-0	Renovierungsmaßnahmen	7	225	182			
	m				S	3211.70018-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	31	10	10			
	m				S	3211.71901-9	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	m				S	3214.70012-2	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	209	250	202			
	m				S	3214.70013-0	Renovierungsmaßnahmen	7	250	202			
	m				S	3214.70018-1	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	43	80	80			
	m				S	3214.71901-0	Herstellung von Fernmeldeanlagen	0	1	1			
	m				S	3214.72233-9	Umbaumaßnahme IS Leibnizplatz		884				
	m				S	3215.70012-6	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	289	300	242			
	m				S	3215.70013-4	Renovierungsmaßnahmen	5	195	162			
	m				S	3215.70018-5	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	214	15	15			
	m				S	3215.71901-3	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	m				S	3215.72200-6	Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagschulen in der Sekundarstufe I	1.000		1.000			
	m				S	3216.70012-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	583	400	323			
	m				S	3216.70013-8	Renovierungsmaßnahmen	99	200	162			
	m				S	3216.70018-9	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	80	10	10			
	m				S	3216.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	m				S	3216.72232-8	Umbaumaßnahme Schulzentrum Sek II Neustadt		450				
	m				S	3216.72371-5	Neuordnung weiterer Ausbildungsberufe		150	150			
	m				S	3217.70012-3	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	172	220	178			
	m				S	3217.70013-1	Renovierungsmaßnahmen	7	175	141			
	m				S	3217.70018-2	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	89	5	5			
	m				S	3217.71901-0	Herstellung von Fernmeldeanlagen		1	1			
	m				S	3239.70015-1	Gestaltung der Pausenhöfe durch das Stadtgrün Bremen		10	10			
	m				S	3239.70030-5	Instandsetzung von naturwissenschaftlichen Räumen	47	250	250			
	m				S	3239.70031-3	Neugestaltung von Außenanlagen	527	300	350			
	m				S	3239.70057-7	Bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung	69	100	100			
	m					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	6.828	9.477	6.854			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 21 Bildung							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittstaat	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
	K			S		3239.89350-2	An das Sondervermögen investive Miete (mobile Schulausstattung) -Tilgung für Projekt 0201 S SVIT-	1.182	1.400	1.338	1.179	906	
	K			S		3239.88403-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -anteilige Tilgung Projekt 0208 S SVIT-	1.426	1.672	1.730	1.905	1.973	
	K			S		3239.88409-0	Investive Mieten an Sondervermögen Immobilien und Technik -anteilige Tilgung Projekt 0207 S SVIT-	739	739	739	657	684	
	K					Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.347	3.810	3.807	3.741	3.564	0
nachrichtlich: gemäß Schuldschein zu Projekt 0208 S SVIT zusätzlich für Tilgung erforderlich								-157	-133	-108	0	0	657
nachrichtlich: gemäß Schuldschein zu Projekt 0207 S SVIT zusätzlich für Tilgung erforderlich								289	104	109	0	0	1.905
nachrichtlich: gemäß Schuldschein zu Projekt 0201 S SVIT zusätzlich für Tilgung erforderlich								355	-74	-200	0	0	1.179
	F			S		3239.89310-3	Investitionszuschüsse an Schullandheimvereine	51	50	50			
	F			S		3215.82315-5	Mietkaufraten für Neubau und Sanierung SZ Rockwinkel im PPP-Verfahren (Tilgung)	503	503	503			
	F	100		L		0201.98514-5	An Hst. 6205/385 04 für das Ganztagschulprogramm	1.000	1.000	1.000			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	1.554	1.553	1.553			
SUMME Ausgaben								23.558	22.215	21.118			
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
SUMME Einnahmen								0	0	0			
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	11.830	7.376	8.906			
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	6.828	9.477	6.854			
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	1.554	1.553	1.553			
	K					Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.347	3.810	3.807	3.741	3.564	0
SUMME Netto-Investitionen								23.558	22.215	21.118			
Anteil Bremerhaven (absolut)								1.000	1.000	1.000			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 22 Kultur							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittmitgl.	Bremshafen	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				L		0250.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	3	1			
Z				L		0258.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	10	10			
Z				L		0258.81202-6	Erwerb von Inventar	4					
Z				L		0256.81202-9	Erwerb von Inventar	1					
Z				L		0258.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschließlich Arbeitsplatzausstattungen)	4					
Z				L		0259.81205-4	Erwerb von ADV-Geräten (einschließlich Arbeitsplatzausstattungen)	1					
Z				L		0259.81210-0	Erwerb von Dienstfahrzeugen	21					
Z				S		3270.81210-3	Erwerb von Sammlungsgegenständen	25					
Z				S		3270.81211-1	Erwerb von Sammlungsgegenständen aus Drittmitteln	25					
Z				S		3288.81211-9	Kunst im öffentlichen Raum (Beschaffungen)	1					
Z				S		3288.81212-7	Beschaffungen für die Städtische Galerie	3					
Z				L		0259.81216-0	Geräte und Ausstattungsgegenstände des Landesarchäologen	16					
Z				L		0250.81233-7	Erwerb von Softwarelizenzen	1					
Z				L		0258.81233-6	Erwerb von Softwarelizenzen	2					
Z				L		0256.81233-9	Erwerb von Softwarelizenzen	1					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	112	13	11			
E				L		0258.70001-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	27					
E				L		0256.70010-7	Kleinere Instandsetzungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern		8	8			
E				L		0256.70011-5	Verwendung von Spenden für investive denkmalpflegerische Maßnahmen	5					
E				S		3288.70020-5	Restaurierung von Kunstwerken	29	30	30			
E				S		3289.72512-0	Sanierung des Focke-Museums	5					
E				S		3288.79010-7	Kunst im öffentlichen Raum (Baumaßnahmen)		30	30			
E				S		3288.79012-3	Kunst im öffentlichen Raum (Maßnahmen aus der Spielbankabgabe)	32					
E				S		3288.79040-9	Bauliche Maßnahmen in Bürgerhäusern und Bürger- und Gemeinschaftszentren		200	200			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	98	268	268			
F				S		3289.88403-2	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredit (Übersee-Museum)	77	80	83	85	89	
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	77	80	83	85	89	0
F				L		0256.88810-6	Zuwendungen an die Bremer Evangelische Kirche	50					
F				S		3271.89115-5	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co. KG für Investitionen/Bauunterhalt	1.070	900	753			
F				S		3289.89110-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung/Modernisierung Übersee-Museum	1.347	1.100	1.210			
F	100			L		0261.89313-4	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für Planungskosten Werkstattgebäude		523	156			
F				S		3270.89315-4	Zuschuss an die Gerhard-Marcks-Stiftung für Investitionen	180					
F				L		0256.89316-9	Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung "Wohnliche Stadt"	22					
F				S		3270.89320-0	Zuschuss an den Kunstverein für den Erweiterungsbau	1.200	5.000	2.500			
F				S		3288.89320-8	Zuschuss an die Einrichtungen der freien Kulturarbeit für Investitionen	66	150	150			
F				S		3288.89322-4	Zuschuss an das Kunst- und Künstlerhaus Schwankhalle e.V. für Investitionen	48					
F				S		3288.89326-7	Zuschüsse an Bürgerhäuser für Investitionen	5					
F	100			L		0261.89312-6	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für den Erweiterungsbau (ISP)	1.145	127	249			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	5.133	7.800	5.018			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 22 Kultur							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittstaat	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
	G				S	3271.89110-4	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Investitionen	260	360	360			
	G				S	3271.89114-7	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Instandhaltungsinvestitionen	85	85	85			
	G		100		L	0261.89311-8	Verwendung der Zuschüsse des Bundes und der Länder für Investitionen	81	81	81			
	G				S	3289.89370-8	Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Investitionen	833	833	833			
	G				S	3289.89371-6	Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Investitionen	425	381	381			
	G				S	3289.89372-4	Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für Investitionen	172	172	172			
	G				S	3289.89373-2	Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Investitionen	498	498	498			
	G				S	3289.89374-0	Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Investitionen	73	49	49			
	G		100		L	0261.89380-0	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für Investitionen	79	79	79			
	G					Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	2.506	2.538	2.538			
SUMME Ausgaben								7.926	10.698	7.918			
	E				S	3270.34211-5	Von Dritten für den Erwerb von Sammlungsgegenständen	25					
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	25	0	0			
	F				L	0256.34210-3	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' aus dem Spielbankabgabeanteil	10					
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	10	0	0			
	G		100		L	0261.33111-0	Bundeszuschuss nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (Investitionen)	65	65	65			
	G		100		L	0261.33211-6	Länderzuschüsse nach der Zusatzvereinbarung Forschungsförderung (Investitionen)	16	16	16			
	G					Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	81	81	81			
	Z				L	0259.13210-0	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	1					
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	1	0	0			
SUMME Einnahmen								117	81	81			
	Z					Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	111	13	11			
	E					Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	73	268	268			
	K					Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	77	80	83	85	89	0
	F					Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	5.123	7.800	5.018			
	G					Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	2.425	2.456	2.456			
SUMME Netto-Investitionen								7.809	10.616	7.837			
Anteil Bremerhaven (absolut)								1.224	729	484			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 24 Hochschulen und Forschung							Stand: 30.12.2010						
							Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11				
Prüfung	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
F					L	0270.79012-7	Projektentwicklung und Steuerung globaler Baunebenkosten	538	1.274	856			
F						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	538	1.274	856			
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Mietkaufprojekt SFG 9601 L01 -Tilgung-	427	427	427	427	427	427
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Mietkaufprojekt IW3 9601 L02 -Tilgung-	427	427	427	427	427	427
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Mietkaufprojekt Chemie 9601 L03 -Tilgung-	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131
K	100				L	0274.89453-9	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremerhaven Anteil Mietkaufprojekt HS Bhv Haus M und N -Tilgung-	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Energetische Gesamtoptimierung SuUB 0213 L -Tilgung-	370	370	370	370	370	370
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Kapselkatalpult 0303 L -Tilgung-	66	69	72	74	77	80
K					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität Anteil Marum / ODP 0402 L -Tilgung-	418	433	448	464	481	497
K					L		Tilgung für Projekt 0604-L Exzellenzinitiative				2.500	2.500	2.500
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.881	3.899	3.917	6.435	6.455	6.474
F					L	0273.86311-7	Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich)	-6					
F					L	0273.86312-5	Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich) -Neufälle-	0					
F					L	0273.86313-3	Ausgleich Sonderhaushalt 'BaföG-Darlehen' (Kapitel 2524)			4.472			
F					L	0273.87111-0	Inanspruchnahme aus der Ausfallhaftung für uneinbringbare Bankdarlehen nach dem BaföG	9					
F					L	0270.88210-2	Finanzierungsanteil am norddeutschen Hochleistungs-	155					
F					L	0290.89305-4	Investitionszuschüsse zur Sicherung der Drittmiteleinahmen der Bremer Forschungsinstitute		80	80			
F					L	0290.89309-7	Investitionszuschuss an 'BIAS Forschungs- und Entwicklungslabor für angewandte Strahltechnik GmbH'	100	100	100			
F					L	0290.89310-0	Investitionszuschuss an die Stiftung 'Institut für Werkstofftechnik (IWT)'	180					
F					L	0290.89312-7	Investitionszuschuss an das Institut für angewandte Systemtechnik (ATB)	8	11	11			
F					L	0290.89313-5	Investitionszuschuss an das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)	14	14	14			
F					L	0290.89321-6	Investitionszuschuss an das Hanse-Wissenschaftskolleg	225	225	225			
F					L	0290.89326-7	Investitionszuschuss an das Zentrum für Neurowissenschaften Bremen (ZeN)	1					
F					L	0290.89327-5	Investitionszuschuss an das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz GmbH	520					
F					L	0290.89329-1	Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) investiv	572	600	604			
F					L	0290.89334-8	Investitionszuschuss an das Bremer Energie-Institut (BEI)	8	7	9			
F					L	0290.89340-2	Investitionszuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich	1.068	2.027	2.526			
F					L	0290.89345-3	Investitionszuschuss an das Archiv für Populäre Musik	4	2	1			
F					L	0292.89360-4	Investitionszuschuss an das DLR-Institut EFRE-Programm Bremen 2007-2013	2.545	2.457	1.893			
F					L	0292.89361-2	Investitionszuschuss an das Imare EFRE-Programm Bremen 2007-2013	273	339	324			
F					L	0290.89361-5	Investitionszuschuss an das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)	1	10	10			
F					L	0292.89365-5	Investitionszuschuss an MeVis EFRE-Programm Bremen 2007-2013	144	311	185			
F					L	0292.89367-1	Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007-2013	200	100	22			
F					L	0292.89368-0	Investitionszuschuss Windenergiecluster Baumaßnahme Prüfstand Antriebsstrang EFRE-Programm Bremen 2007-2013		100	741			
F					L	0290.89383-6	Investitionszuschuss an den Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der FHB e.V.	105	5	5			
F					L	0290.89387-9	Investitionszuschuss an die BIBA (Bremer Institut für Produktion und Logistik) GmbH	15	21	21			
F					L	0290.89388-7	Zuschuss für Neubau IFAM, 3. BA		400	600			
F					L	0273.89410-1	Zuschuss zu den Investitionen des Studentenwerkes Bremen	300	200	200			
F					L	0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität ohne Tilgung	8.193	8.105	8.112			
F					L	0274.89423-7	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremen	2.218	2.000	2.000			
F					L	0274.89433-4	Zuschuss zu den Investitionen der Staats- und Universitätsbibliothek	200	200	200			
F					L	0274.89443-1	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule für Künste	529	500	500			
F	25				L	0270.89450-0	An die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek für Großgeräte	1.473	2.580	2.400			
F	100				L	0274.89453-9	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremerhaven -ohne Tilgung-	2.058	2.068	2.078			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 24 Hochschulen und Forschung							Stand: 30.12.2010			Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11	
Priorität	Kategorie	Drittland	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
F					L	0270.89458-5	An die Universität für den Neubau der Kindertagesstätte	179					
F					L	0270.89464-0	An die Universität für das ingenieurwissenschaftliche Forschungsverfügungsbäude Photec	5.000	2.433	4.000			
F					L	0270.89465-8	An die Universität für die Ersteinrichtung Neubau der Kindertagesstätte	120					
F					L	0270.89467-4	An die Universität für die Ersteinrichtung ingenieurwissenschaftliches Forschungsverfügungsbäude (Bund)	1.000	1.410				
F					L	0270.89471-2	An die Universität für Ersteinrichtung NW 1 Umnutzung und Sanierung (WAP)	150					
F					L	0270.89473-9	An die Universität Ersteinrichtung Erweiterung des Mehrzweckhochhauses (MZH) (WAP)	40					
F					L	0270.89474-7	An die Universität für Energiezentrale Ersatz Diesellagregat Nr. 4 / Sicherheitstechnische Anpassung E-Technik	1.700	505	25			
F					L	0270.89475-5	An die Universität für Technisches Zentrum Sanierung und Ergänzung	2.028	200	57			
F					L	0270.89479-8	An die Universität für den Neubau der Kühlhalle und Gerätehalle für IODP	134					
F					L	0270.89482-8	An die Universität für Technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrasse Ost	1.200	200	40			
F					L	0270.89483-6	An die Universität für die technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrasse West	1.450	520	35			
F					L	0270.89489-5	An die Hochschule Bremen für energietechnische Sanierung des AB-Traktes WAP	325	710	800			
F		100			L	0270.89496-8	An die Hochschule Bremerhaven für den weiteren Ausbau 2. BA (WAP)	1.256	1.234	805			
F		100			L	0270.89497-6	An die Hochschule Bremerhaven für Ersteinrichtung weiterer Ausbau 2. BA (WAP)			600			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	35.691	29.674	33.695			
G					L	0290.89308-9	Investitionszuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	1.507	1.468	1.509			
G		100			L	0291.89311-2	Zuschuss an die Stiftung "Alfred-Wegener-Institut" für Investitionen (ohne Bauten)	1.495	1.461	1.515			
G					L	0273.89311-3	An Sonderhaushalt "Bafög-Darlehen" (Kapitel 2524), Ausgleich der Unterdeckung	3.199	3.292	0			
G					L	0290.89314-3	Investitionszuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft	1.501	1.935	1.993			
G					L	0290.89319-4	Investitionszuschuss an die Forschungsstelle Osteuropa	1	1	1			
G					L	0290.89320-8	Investitionszuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	140	164	227			
G					L	0290.89323-2	Investitionszuschuss an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)	306	667	667			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	8.150	8.987	5.912			
SUMME Ausgaben								48.261	43.834	44.381			
F					L	0270.33180-7	Zuweisungen des Bundes nach Art. 143c GG für Hochschulbaumaßnahmen	12.843	12.843	12.843			
F					L	0270.33181-5	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Forschungsbauten	3.925	1.922	2.000			
F					L	0290.33101-3	Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	286	300	302			
F					L	0290.33201-0	Länderzuschüsse für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	71	75	76			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	17.125	15.140	15.221			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
SUMME Einnahmen								17.125	15.140	15.221			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	538	1.274	856			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	3.881	3.899	3.917	6.435	6.455	6.474
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	18.567	14.535	18.475			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	8.150	8.987	5.912			
SUMME Netto-Investitionen								31.136	28.695	29.160			
Anteil Bremerhaven (absolut)								6.219	6.450	6.640			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 31 Arbeit						Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Prüfart	Kategorie	Drittanteil	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
---------	-----------	-------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z					L	0331.81200-5	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	41	15	15			
Z					L	0331.81233-1	Erwerb von Softwarelizenzen	38					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	79	15	15			

E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
---	--	--	--	--	--	--------------	---	----------	----------	----------	--	--	--

K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0
---	--	--	--	--	--	--------------	--	----------	----------	----------	----------	----------	----------

F	25				L	0305.89211-4	Zuschüsse für örtliche Beschäftigungsinitiativen	420	97	38			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	420	97	38			

G	20				L	0304.86314-5	Darlehen zur Gründung und Erhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit	0					
G					L	0304.86318-8	Darlehen zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen	18					
G	20				L	0304.89310-9	Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen	100	150	150			
G	20				L	0304.89312-5	Hilfen zur Beschaffung von technischen Arbeitshilfen	51	75	75			
G	20				L	0304.89313-3	Hilfen zum Erreichen der Arbeitsplätze	43	30	30			
G	20				L	0304.89315-0	Hilfen zur Beschaffung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung	-1	5	5			
G	20				L	0304.89318-4	Hilfen zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen	112	450	450			
G	20				L	0304.89320-6	Zuwendungen an Einrichtungen zur Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter		100	100			
G	20				L	0304.89322-2	Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten		50	50			
G					L	0307.86326-0	Darlehen: Hilfe zur Pflege an sonstige Berechtigte im Inland	5					
G					L	0307.86391-0	Darlehen (Sachleistungen) an Berechtigte nach dem OEG	5					
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	333	860	860			

SUMME Ausgaben								833	972	912			
-----------------------	--	--	--	--	--	--	--	------------	------------	------------	--	--	--

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
SUMME Einnahmen								0	0	0			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	79	15	15			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	420	97	38			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	333	860	860			
SUMME Netto-Investitionen								833	972	912			

Anteil Bremerhaven (absolut)								170	196	181			
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	-----	-----	-----	--	--	--

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 41 Jugend und Soziales						Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
-----------	-----------	-------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z					L	0400.81201-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	104	86	189			
Z					S	3490.81201-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	36	20	48			
Z					S	3490.81205-8	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	79	30	29			
Z					S	3431.81212-5	Erwerb von Inventar im Rahmen stadtteilbezogener Maßnahmen	4					
Z					S	3490.81233-3	Erwerb von Softwarelizenzen	81					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	304	136	265			

E					L	0400.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	115	101	231			
E					S	3490.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	18	41	58			
E					L	0400.71999-3	Bau von Fernmelde- und ADV-Anlagen	10					
E					S	3490.79001-1	Sanierung des Dienstgebäudes 'Am Sedanplatz 7'	130	150	95			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	272	292	385			

F					S	3411.89310-2	Zuschüsse für Investitionen in Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten	79	74	70			
F					S	3432.89311-0	Zuschüsse an freie Träger für die Schaffung von Zusatzangeboten	40					
F					S	3431.89312-5	Zuschüsse aus Mitteln der Stiftung "Wohnliche Stadt" für Spielplätze	5					
F					S	3431.89313-3	Zuschüsse für Investitionen für das Mehrgenerationenhaus	402					
F					S	3431.89320-6	An freie Träger für die Herrichtung von Jugendclubs und Jugendräumen	77	75	71			
F					S	3432.89343-9	An Träger zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013	2.742	2.272	2.227			
F	100				L	0402.98543-7	An FiPos 6470/385 02 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 investiv	656	499	489			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	4.001	2.920	2.857			

G					L	0401.89310-5	Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	1.597	1.880	1.838			
G					L	0401.89320-2	Investive Zuschüsse aus dem Fonds für Innovation und Strukturverbesserung in der Altenhilfe	396	400	428			
G					S	3431.89323-0	Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung	321	203	193			
G					S	3431.89395-8	Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Jugendfreizeitheimen für investive Ausgaben	127	32	30			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	2.440	2.515	2.490			

SUMME Ausgaben								7.018	5.863	5.997			
-----------------------	--	--	--	--	--	--	--	--------------	--------------	--------------	--	--	--

E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
F					S	3431.33113-5	Zuweisungen für Investitionen für das Mehrgenerationenhaus Neue Vahr Nord	432					
F					L	0402.33443-6	Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsbaus für Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 (KiföG)	3.405	2.771	2.716			
F					S	3431.34110-6	Ablösungsbeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen	77					
F					S	3431.34111-4	Ablösebeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen (Bremer-Nord)	6					
F					S	3431.34211-0	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Bürgerinitiativen auf Spielplätzen	0					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	3.921	2.771	2.716			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			

SUMME Einnahmen								3.921	2.771	2.716			
------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--------------	--------------	--------------	--	--	--

E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	272	292	385			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	80	149	141			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	304	136	265			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	2.440	2.515	2.490			
SUMME Netto-Investitionen								3.097	3.092	3.281			

Anteil Bremerhaven (absolut)								656	499	489			
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	-----	-----	-----	--	--	--

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 51 Gesundheit							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Direktziel	Bereitstellung	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				L		0518.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen		20	20			
Z				S		3510.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen	13					
Z				L		0320.81100-7	Erwerb von Fahrzeugen	33					
Z				L		0310.81100-9	Erwerb von Fahrzeugen	9					
Z				L		0510.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		12	12			
Z				L		0310.81200-5	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16					
Z				L		0517.81200-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		6	6			
Z				S		3512.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	2	2			
Z				L		0350.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	17					
Z				L		0515.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	120	23	23			
Z				L		0518.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		23	22			
Z				S		3510.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	53	27	30			
Z				L		0320.81201-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	31					
Z				S		3510.81215-7	Investitionen der Zentralen Stelle (Mamma-Screening)		11				
Z				L		0501.81220-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3					
Z				L		0310.81233-1	Erwerb von Softwarelizenzen	15					
Z				L		0515.81233-4	Erwerb von Softwarelizenzen	8					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	321	123	114			
E				L		0320.70000-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	1					
E				L		0518.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		1	1			
E				S		3510.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	40	96	93			
E				L		0510.70000-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		3	2			
E				L		0515.71900-8	Bau von Fernmeldeanlagen		4	4			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	41	104	100			
K				S		3520.88420-2	Kapitaldienstfinanzierung: regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) -Tilgung für Projekt 0002-S-	132	132	132	132	132	132
K				L		0520.89125-0	Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im ZKH St.-Jürgen-Straße -Tilgung für Projekt 9801-L-	1.344	2.423				
K				S		3520.89125-0	Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im ZKH St.-Jürgen-Straße -Tilgung für Projekt 9801-S-	1.202	1.212				
K				L		0520.88420-3	Kapitaldienstfinanzierung: regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) -Tilgung für Projekt 0011-L-	265	265	265	265	265	265
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	2.944	4.032	397	397	397	397
F				L		0520.89135-8	Einrichtung einer Frührehabilitation im Klinikum Bremen-Mitte (Tilgung)		175				
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	175	0			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 51 Gesundheit							Stand: 30.12.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Offiziel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
G					L	0501.81210-2	Beschaffung von antiviralen Medikamenten (Influenza-Pandemie)	917					
G					L	0520.88210-3	An Hamburg für das Behandlungszentrum für hochkontagiöse Infektionen Uni-Klinik Eppendorf		76				
G					L	0501.89110-0	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für Investitionen	405	400	400			
G					S	3510.89111-1	An die Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord für die Investitionen des SpsD	40	20	20			
G					S	3520.89130-6	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	3.149	3.160	3.160			
G					L	0520.89130-7	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	6.298	6.320	6.320			
G					S	3520.89131-4	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	839	1.281	301			
G					L	0520.89131-5	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	1.678	2.561	601			
G		100			L	0520.89133-1	Kurzfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	1.421	1.422	1.422			
G		100			L	0520.89134-0	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	6.000	1.700	1.700			
G					S	3520.89231-0	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	1.355	1.361	1.361			
G					L	0520.89231-1	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	2.709	2.723	2.723			
G					L	0520.89232-0	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	694	599	2.736			
G					S	3520.89232-9	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	347	299	1.368			
G					L	0520.89233-8	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	923	949	949			
G		100			L	0520.89234-6	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser in Bremerhaven	46	577	3.415			
G					S	3510.89320-3	Zuschüsse für investive Maßnahmen in der Drogenhilfe	40	50	50			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	26.861	23.498	26.525			
SUMME Ausgaben								30.168	27.932	27.136			
Z					L	0320.13200-2	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	10	0	0			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
G					S	3510.33610-0	Von Dritten für Investitionen der Zentralen Stelle (Mamma-Screening)		11				
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	0	11	0			
SUMME Einnahmen								10	11	0			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	311	123	114			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	41	104	100			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	2.944	4.032	397	397	397	397
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	175	0			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	26.861	23.487	26.525			
SUMME Netto-Investitionen								30.158	27.921	27.136			
Anteil Bremerhaven (absolut)								8.390	4.648	7.486			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen			
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa							Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11

Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremshafen	Sondervermögen	Land / Staat	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				S		3687.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen		150	148			
Z				L		0680.81201-2	Erwerb von Maschinen und Geräten	23	13	22			
Z				S		3687.81201-7	Erwerb von Büromaschinen		10	20			
Z				L		0680.81202-0	Erwerb von Inventar	67	30	30			
Z				L		0682.81202-8	Erwerb von Inventar			5			
Z				S		3691.81202-1	Erwerb von Inventar	2	4	4			
Z				S		3687.81202-5	Erwerb von Inventar	21	37	40			
Z				L		0682.81203-6	Erwerb von Geräten und Instrumenten			40			
Z				L		0682.81204-4	Erwerb von Inventar, Geräten und DV-Anlagen für Projekte			46			
Z				S		3687.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	203					
Z				L		0680.81205-5	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	243					
Z				S		3691.81205-6	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	28					
Z				L		0629.81210-5	Investive Sachausgaben für die Durchführung des BremWEGG	10	1	1			
Z				S		3687.81210-6	Erwerb von Maschinen und Geräten	18	50	62			
Z				S		3627.81210-7	Erwerb von Spezialfahrzeugen, Geräten und Maschinen	4	6	6			
Z				L		0627.81210-8	Erwerb von ADV-Geräten für die Hochwasservorhersage einschl. Anschlusskosten		4	4			
Z				L		0627.81213-2	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der Luftmesseinrichtung	97					
Z				L		0628.81213-4	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der Luftmesseinrichtung		110	110			
Z				L		0628.81213-6	Investive Ausgaben für die Durchführung des BrAbwAG gem. § 11 Abs. 1	18	2	2			
Z				L		0628.81214-4	Investive Ausgaben für den Gesetz-Vollzug des BrAbwAG gem. § 11 Abs. 2	15					
Z				L		0680.81233-0	Erwerb von Softwarelizenzen	128					
Z				L		0650.81240-9	Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen (EU)		1	1			
Z				L		0650.81250-6	Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen (EZ)		1	1			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	876	419	542			
E				L		0680.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	18	55	60			
E				L		0687.73017-8	Weiterbau der B 74 (alt AIP)	110	175				
E				L		0687.73040-2	Neubau der Stadtbahnlinie 4/Concordia Tunnel (alt AIP)	810					
E				L		0687.73050-0	Sanierung B 75					500	
E				L		0687.73051-8	Wechselwegweisung BAB-Ring Bremen		300				
E				L		0687.73052-6	Lärmschutz und Ausfahrt A1, Anschlussstelle Uphusen		500	350			
E				L		0687.73070-4	Verkehrsmanagementzentrale, Weiterentwicklung und Betrieb (alt AIP)	300					
E				L		0687.73084-4	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)		1.710	1.039			
E				L		0628.75010-6	Entschlammung / Renaturierung von Gewässern	305	25	25			
E				L		0628.75011-4	Anlage von Gewässerrandstreifen und naturnaher Gewässer-aufbau	228	20	20			
E				L		0628.79015-9	Sanierung kontaminierter Standorte	612	35	35			
E				S		3691.70005-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	1	5	5			
E				S		3687.70006-5	Kleine Umbauten und Instandsetzungen	52	50	70			
E				S		3691.71901-3	Herstellung von Fernmeldeanlagen		0	0			
E				S		3687.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen		3	3			
E				S		3682.72520-5	Durchführung des Projekts 'Grüner Ring / Region Bremen'	13					
E				S		3687.73018-5	Einrichtung Umweltzone	79	100	100			
E				S		3601.73050-1	Lärmschutzmassnahmen Pfalzburger Straße		150				
E				S		3687.73088-6	Aufbau einer Verkehrsmanagementzentrale	57					
E				S		3627.79013-8	Kosten für ökologische Spätfolgen / Sonderabfälle, Sanierungsmaßnahmen	59					
E				S		3687.79021-8	Maßnahmen im Rahmen des Programms für Innenstadt und Stadtteilzentren	-2					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	2.641	3.129	2.208			
K				L		0687.73016-0	A 281 (alt AIP) -Tilgung Projekt 0015-L				10.000		2.000
K				L		0697.88410-6	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung -Tilgung Projekt 9702-L	896			721	753	785
K				S		3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung -tilgung Projekt 9703-S		300	300	383	400	418
K				S		3687.88411-5	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BgA) -Tilgung Projekt 7301-S		1.669	300	648		
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	896	1.969	600	11.752	1.153	3.203

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa						Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11

Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremenhafen	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
	F				L	0628.88120-0	Investive Kosten zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im See- und Küstenbereich	50	75	75			
	F				L	0628.88210-0	An Niedersachsen für die Gütemeißstelle Arge-Weser	105	75	75			
	F				L	0681.88810-1	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung	313					
	F				L	0681.89116-1	Investitionszuschüsse für die Durchführung des EU-Projektes VIKING	215					
	F				L	0687.89190-2	Innenstadt/Stadtteilzentren (alt AIP)	1.045					
	F				L	0687.89130-9	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Vegesack		84	84			
	F				L	0687.89131-7	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof St. Magnus		400	500			
	F				L	0687.89132-5	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Mahndorf			560			
	F				L	0629.89220-6	Förderung der Trinkwassereinsparung	33	10	10			
	F				L	0629.89222-2	Maßnahmen zur Sicherung von Energieressourcen	431	10	10			
	F				L	0629.89224-9	Förderung der Technologieentwicklung zum Ressourcenschutz		5	5			
	F				L	0628.89310-1	Zuschüsse für Entsiegelung/Dachbegrünung/RWA	131	30	30			
	F				L	0601.89320-7	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	1.376	1.200	1.200			
	F				L	0627.89340-0	Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen		200	170			
	F				L	0627.89350-7	Zuschüsse zur Durchführung des EU-Programms EFRE	228	456	362			
	F				L	0629.89350-4	Investive Zuschüsse EU-Programm EFRE -Projekt Lebensader Weser-	167					
	F				L	0601.89357-6	Durchführung des EU-Programms EFRE -Infrastrukturmaßnahmen-	1.210	720	720			
	F				L	0601.89358-4	Durchführung des Programms REN (alt AIP)	-44	400	275			
	F				L	0601.89359-2	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inkl. EU-EFRE)		1.625	1.575			
	F				L	0601.89360-6	Unterstützung für Umwelttechnologien und erneuerbare Energien (alt AIP)	1.325					
	F				L	0601.89361-4	Alllastensanierungsprogramm (alt AIP)	188	250	250			
	F				L	0601.89363-0	Entwicklung touristisch bedeutsamer Grünanlagen (alt AIP)	74					
	F				L	0601.89364-9	Umwelttechnologie und Innovationsförderung	618					
	F	100			L	0681.98514-0	An Hst. 6612/385 02 für Landesaufgaben des Vermessungs- und Katasteramtes (investiv)	73	132	72			
	F	100			L	0628.98517-0	An Hst. 6502/385 10 für Entsiegelungsmaßnahmen		10	10			
	F	100			L	0681.98517-4	An Hst. 6640/38502 für Landesaufgaben des Amtes für Bauförderung (investiv)	28	28	28			
	F	100			L	0628.98521-9	An Hst. 6502/385 04 für Maßnahmen nach dem Abwasserabgabengesetz (investiv)		110	110			
	F	100			L	0629.98522-0	An Hst. 6502/385 11 für die Durchführung des BrGruWEGG (Investitionen)		2	2			
	F	100			L	0687.98584-2	An Hst. 6782/385 16 Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	2.535					
	F				S	3681.88401-6	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstückskauf)	2.900	1.700	1.739			
	F				S	3627.88402-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Grün (Stadtgrün)		610	610			
	F				S	3601.88402-9	Investive Zuweisungen an das SV Infra/Grün	210					
	F				S	3696.88410-1	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr	-74					
	F				S	3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung	360	0	0			
	F				S	3681.88810-0	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung	9					
	F				S	3681.89125-0	Zuweisung an Trägergesellschaften für Garagenbauten	113	200	200			
	F				S	3681.89126-8	Verlust der Bremer Straßenbahn AG (Kapitaldienst -Tilgung- für Fahrzeuge)		13.783	11.732			
	F				S	3682.89141-5	Aufwendungen für die Bereinigung von Kleingartengebieten in Bremen	2	300	50			
	F				S	3696.89220-1	Städtebauförderungsmittel an Private für investive Maßnahmen	207					
	F				S	3696.89250-3	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in Nachbarschaften (WIN)"	39	1.500	1.500			
	F				S	3696.89260-0	Zuschüsse an Dritte für das Programm 'Soziale Stadt'	902	1.600	1.863			
	F				S	3696.89262-7	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Sanierungsgebiet Walle -	4	782	700			
	F				S	3696.89263-5	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Hohentor -	0	600	441			
	F				S	3696.89270-8	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Osterholz-Tenever -	14					
	F				S	3696.89271-6	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Huckelriede -	121	900	1.070			
	F				S	3696.89272-4	Zuschüsse für Maßnahmen Aktive Zentren und Nebenzentren Sanierungsgebiet Innenstadt/Teerhof/vordere Neustadt		752	1.010			
	F				S	3601.89310-9	Fördermaßnahmen zum Lärmaktionsplan		250	250			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa							Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittmittel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschatz 2010	Anschatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
F				S		3696.89320-8	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	81					
F				S		3696.89350-0	Durchführung des EU-Programms EFRE		759	650			
F				S		3696.89354-2	Durchführung des EU-Programms Ziel 2	-25					
F				S		3601.89401-6	An Stadtgrün Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen (investiv)	84					
F				S		3627.89401-4	An Stadtgrün Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen		84	84			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	15.044	29.642	28.022			
G				L		0687.73015-1	Sechsstreifiger Ausbau der A 27 (alt AIP)	236	200	50			
G				L		0687.73016-0	A 281 (alt AIP)	9.831	8.000	8.000			
G				L		0681.88310-0	Anteil Bremens am Fonds der gemeinsamen Landesplanungsarbeit Bremen/Niedersachsen	260	260	260			
G				L		0627.88401-0	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün (Deichverbände -Große Lösung)	807	1.436	1.436			
G				S		3601.88401-0	Investive Zuweisungen an das SV Infra/Grün (Schwerpunktmittel)	646					
G				S		3627.88401-9	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün (Deichverbände -Große Lösung)	809	1.504	1.504			
G		25		L		0627.88402-8	Zuweisungen an das Sondervermögen für den Generalplan Küstenschutz	11.401	10.000	10.000			
G				S		3687.88410-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	14.297	14.998	16.370			
G				S		3687.88411-5	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BGA)	4.435	8.827	12.339			
G				S		3687.88412-3	Außerordentliche investive Zuweisung an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)		6.100	4.400			
G				L		0687.89110-4	An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem GVFG (Bremen)	9.235	9.072	9.072			
G				L		0687.89120-1	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremen)	11.407	9.678	9.823			
G				L		0687.89122-8	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremerhaven)	376	2.124	1.078			
G				L		0601.89356-8	Projekt CWMIT (alt AIP)	478					
G		100		L		0696.98510-3	An Hst. 6625/385 04, Bundesfinanzhilfen für Sanierungsgebiet 'Alte Bürger'	1.494	168	138			
G		100		L		0687.98510-9	An Hst. 6651/385 04, Finanzhilfen nach dem GVFG	1.828	1.991	1.991			
G		100		L		0969.98511-1	An Kapitel 6625, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitionspakt		225	297			
G		100		L		0696.98513-8	An Hst. 6625/385 02, Bundesfinanzhilfen für den Stadtbau West		578	467			
G		100		L		0696.98514-6	An Hst.6625/385 09, Bundesfinanzhilfen für die aktive Stadt- und Ortsteilzentren		41	63			
G		100		L		0696.98515-4	An Hst. 6625/38510, Bundesfinanzhilfen für den Denkmalschutz West		16	35			
G		100		L		0687.98520-6	An Hst. 6651/385 05, Finanzhilfen gemäß § 10 BremÖPNVG	178		1.078			
G		100		L		0696.98560-0	An Hst. 6625/385 05, Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	21	163	162			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	67.737	75.381	78.563			
SUMME Ausgaben								87.195	110.539	109.934			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa						Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11

Priorität	Kategorie	Drittmitel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
-----------	-----------	------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
F				L		0627.33140-1	Vom Bund für forstwirtschaftliche Maßnahmen		120	120			
F				S		3696.34115-9	Zinserträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	38					
F				S		3696.34116-7	Tilgungsbeiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	156					
F				S		3696.34150-7	Ausgleichsbeträge und sonstige Beiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	64					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	258	120	120			
G				L		0687.33120-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	11.960	11.802	11.979			
G				L		0627.33110-0	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	7.380	7.000	7.000			
G				L		0696.33110-3	Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	2.335	1.735	1.710			
G				L		0687.33110-9	Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)	11.063	11.063	11.063			
G				L		0696.33140-5	Bundemittel für den Investitionspakt		225	297			
G				L		0696.33160-0	Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	728	696	891			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	33.466	32.521	32.940			
E				S		3687.34120-0	Beiträge für Straßenanlagen einschließlich Zinsen	267	600	600			
E				S		3687.34121-9	Vorausleistungen von Anliegern auf Erschliessungskosten	-39	400	400			
E				S		3681.34125-0	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich der Abteilung Bauordnung	92	180	180			
E				S		3681.34126-8	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich des Bauamtes Bremen-Nord	20	20	20			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	339	1.200	1.200			
SUMME Einnahmen								34.064	33.841	34.260			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	876	419	542			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	2.302	1.929	1.008			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	896	1.969	600	11.752	1.153	3.203
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	14.786	29.522	27.902			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	34.271	42.860	45.623			
SUMME Netto-Investitionen								53.131	76.698	75.674			

						Anteil Bremerhaven (absolut)		9.006	5.964	6.953			
--	--	--	--	--	--	------------------------------	--	-------	-------	-------	--	--	--

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 71 Wirtschaft							Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z					L	0700.81202-2	Erwerb von Inventar	3	7	7			
Z					L	0700.81205-7	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	37					
Z					L	0700.81210-3	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und ähnliches	20		12			
Z					L	0700.81233-2	Erwerb von Softwarelizenzen	26					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	86	7	19			
E					L	0700.70005-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		2	2			
E					L	0700.72510-3	Umbau- und Renovierungsarbeiten im Schünemannhaus	2	5	5			
E					L	0715.73010-3	Straßenbaumaßnahmen im Technologiepark	498		808			
E					L	0715.74031-1	Umstrukturierungsmaßnahmen Überseeestadt	1.555					
E					L	0703.76060-0	Hochschulbaumaßnahmen in Bremen		1.250	1.250			
E					L	0715.79010-6	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen	36		150			
E					L	0715.79030-0	Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge in Oberneuland	2					
E					L	0715.79033-5	Erschließung sonstiger Gewerbegebiete	9					
E					L	0717.79065-0	Baumaßnahmen in Zusammenhang mit dem Veranstaltungszentrum Bürgerweide	31					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	2.133	1.257	2.215			
K					L	0715.74032-0	BKF-Tilgung für das Projekt 0214-L Umstrukturierungsmaßnahmen Überseeestadt	16.254	12.847	5.217	9.909	9.909	9.908
K	100				L	0706.89126-9	Schuldendiensthilfen an die BIS (Tilgung für Projekte 9602-L und 9922-L)	2.433	1.934	1.556	553	210	211
K					L	0715.89135-2	BKF-Tilgung für das Projekt 9605-L Space Park	2.701					
K					L	0715.89137-9	BKF-Tilgung für das Projekt 0208-L Ausbau der Stadthalle Bremen	8.500	2.402	294			
K	100				L	0716.89139-9	BKF-Tilgung für das Projekt 0205-L Erschließung des Gewerbegebietes Luneort	2.400	592				
K					L	0715.89145-0	BKF-Tilgung für das Projekt 0101-L Erschließung des Gewerbegebietes Airport-Stadt	2.952	4.913				
K					L	0715.89154-9	BKF-Tilgung für das Projekt 0407-L Gewerbepark Hansalinie Arberger Marsch	1.377	1.500				
K					L	0715.89155-7	BKF-Tilgung für das Projekt 0407-L Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	613	613	736	736	736	573
K					L	0717.89320-4	BKF-Tilgung für das Projekt 0206-L AMST (Airbus High-Lift-System)	1.598	280				
K					L	0715.89322-3	BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	545	545	545
K					L	0715.89330-4	BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	73	526	526	526	526	526
K	100				L	0716.89330-8	BKF-Tilgung für das Projekt 0408-L Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven	12.687	4.108				
K					L	0717.89377-8	BKF-Tilgung für das Projekt 0207-L Programm Innenstadt / Nebenzentren	1.826	1.586				
K	100				L	0716.89149-6	BKF-Tilgung für das Projekt 0002-L Innenstadtentwicklung Bremerhaven	2.690	2.126	1.841	1.178	707	44
K					L	0715.79034-3	BKF-Tilgung für das Projekt 9909-L Huckelriede/Cambrai-Kaserne			217	210	203	173
K					L	0715.79050-5	BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L Logistikzentrum GVZ / Nieder- vieland			2.572	2.572	2.572	2.572
K					L	0715.89149-2	BKF-Tilgung für das Projekt 0502-L Universum			3.611	3.467	3.323	1.290
K					L	0715.89152-2	BKF-Tilgung für das Projekt 0503-L Bremer Industriepark			1.787	1.787	1.787	341
K					L	0715.89156-5	BKF-Tilgung für das Projekt 0603-L Gewerbepark Hansalinie			1.071	1.071	1.071	225
K	100				L	0716.89365-0	Tilgung für das Projekt 0410-L Investitionszuschüsse an Bremerhaven			5.195	5.195	5.195	3.970
K					L	0717.89117-1	Investitionen auf der Bremer Rennbahn (0003)	-32					
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	56.617	33.972	25.168	27.749	26.784	20.378
F					L	0709.87110-2	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen		525	525			
F					L	0711.88250-2	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK)		14	14			
F					L	0712.88250-6	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK)	5	30	30			
F					L	0702.88250-8	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK)	79	317	350			
F					S	3708.88434-0	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Investitionen			6.259			
F					S	3708.88439-0	An das Sondervermögen Überseeestadt für Investitionen			7.417			
F					S	3754.88410-9	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen)-investiv-	1.680	1.200	1.200			
F					S	3708.88435-8	An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen		400	400			
F					S	3708.88440-4	An das Sondervermögen Überseeestadt für Erschließungsmaßnahmen	3.651	1.500	5.013			
F					L	0709.88810-2	Sonstige Zuweisungen für Investitionen		5.800	900			
F					L	0709.88854-4	EU-Programm Ziel 2 (Phase V)	85					
F					L	0709.88855-2	EU-Programm EFRE 2007-2013		16.882	16.551			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 71 Wirtschaft						Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11

Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
						S 3754.89110-5	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	150					
						S 3754.89115-6	Investitionszuschüsse für Tourismus	2.545	1.000				
						L 0704.89120-2	Zuschüsse zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur		800	950			
						S 3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	140					
						S 3708.89120-6	Investitionszuschüsse für Gewerbeflächen	1.120					
						L 0703.89120-9	Investitionszuschüsse für Innovationsförderung	1.200					
			100			L 0706.89121-8	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	5.350	946	500			
						L 0709.89122-7	Förderprogramme -BAB-	9.813	2.864	2.747			
						S 3754.89122-9	Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen (Dienstleistungsstandorte)		600	1.800			
			100			L 0709.89123-5	Förderprogramme -BIS-	6.471	1.200	1.200			
			100			L 0706.89129-3	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	1.129	1.900	2.900			
						L 0704.89135-0	Darlehensverpflichtung Musical (Anschlussfinanzierung)	1.248	1.343	1.343			
						L 0715.89142-5	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark (südlich Achterstraße)	24	548	2.000			
						L 0715.89144-1	Erschließung des Gewerbegebietes Airport-Stadt	95					
			100			L 0706.89150-1	Zuschuss an die BIS für Investitionen	20	20	20			
						L 0715.89150-6	Bremer Industriepark (BIP)			140			
						L 0715.89153-0	Gewerbepark Hansalinie	2.787	5.437	3.893			
			100			L 0706.89160-9	Erschließung Fischererihafen		2.000	4.900			
						L 0709.89170-7	GRW-Maßnahmen (BAB)	5.631	3.670	4.770			
						L 0717.89170-8	Investitionszuschüsse für das Visionarium	481					
			100			L 0709.89180-4	GRW-Maßnahmen (BIS)	3.286	2.000	2.300			
			100			L 0706.89190-0	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	191	250	250			
						L 0716.89196-8	Schaufenster Fischererihafen	10					
						S 3754.89220-9	Investitionszuschüsse für Maßnahmen in Bremen-Stadt	182					
						L 0717.89225-9	Zuschüsse für die Entwicklung des Domshofquartiers		84				
			100			L 0706.89228-1	Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des EU-Programms 'FIAF'	-408					
						L 0715.89251-0	Investitionszuschüsse für Gewerbegebiete	84					
						L 0715.89255-3	Infrastrukturmaßnahmen in Bremen-Nord	2.634	2.400				
						L 0717.89265-8	Medienzentrum Stephani-Viertel	208	444				
			100			L 0706.89311-3	Zuschuss an das TTZ für Investitionen	60	30	30			
						L 0717.89314-0	Zuschüsse für den Ausbau der Tourismusinfrastruktur	75					
			100			L 0716.89316-2	Zuschüsse für das Projekt Alter Hafen / Neuer Hafen	6.641	3.583				
						L 0717.89319-0	Maßnahmen zur Stärkung des Technologiestandortes Bremen	1.000					
						L 0709.89320-3	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFG) -Investitionen		40	40			
						S 3754.89320-5	Zuschuss an die Glocke für Investitionen	5	5	5			
						L 0715.89320-7	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	75	21	21			
						S 3754.89330-2	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale (BTZ) für Investitionen	5	5	5			
						S 3754.89340-0	Zuschuss an die HVG für Investitionen	40					
						L 0709.89376-9	Kosten der Kajenunterhaltung	-66	225	225			
			100			L 0716.98516-4	An Hst. 6782/385 11 für das Projekt Alter Hafen / Neuer Hafen	22	308				
			100			L 0716.98535-0	An Hst. 6782/385 12 für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Luneort		13	1			
			100			L 0709.98590-6	An Hst.6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	5.500	4.500	4.500			
						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	63.247	62.904	73.199			
							SUMME Ausgaben	122.083	98.139	100.601			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 71 Wirtschaft							Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	24.01.11			
Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0			
F					L	0709.33110-8	Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GA)	4.458	2.835	3.535			
F	100				L	0706.33120-4	Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung der Marktstruktur (GAK)	114	150	150			
F					L	0702.33121-8	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum / GAK	47	190	210			
F					L	0712.33150-0	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum / GAK	5	30	30			
F					L	0711.33150-6	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum / GAK		14	14			
F	100				L	0706.34629-5	Von der EU für das Fischereiprogramm EFF	948	1.000	1.800			
F					L	0709.34670-9	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms 'EFRE' Ziel 2 -Phase V-	5.205					
F					L	0709.34671-7	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms Ziel 2 (Phase V) bei anderen Kapiteln	780					
F					L	0709.34672-5	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013	9.233	10.536	10.648			
F					L	0709.34673-3	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SUBVE	513	3.125	3.125			
F					L	0709.34674-1	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SBW		3.000	3.000			
F	100				L	0709.38790-1	Von Hst.6782/987 05, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	4.600	4.364	3.664			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	25.904	25.244	26.176			
SUMME Einnahmen								25.904	25.244	26.176			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	86	7	19			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	2.133	1.257	2.215			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	56.617	33.972	25.168	27.749	26.784	20.378
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	37.344	37.660	47.024			
SUMME Netto-Investitionen								96.180	72.895	74.425			
Anteil Bremerhaven (absolut)								42.808	19.996	19.579			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 81 Häfen							Stand: 19.01.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Drittland	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				S		3854.81202-4	Erwerb von Inventar	28	40	40			
Z				S		3854.81205-9	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	5					
Z				S		3854.81210-5	Erwerb größerer Werkzeuge und Geräte	1	10	10			
Z				S		3854.81233-4	Erwerb von Softwarelizenzen	1					
Z							Summe	35	50	50			
Z							sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	35	50	50			
E							Summe	0	0	0			
E							Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K	25		L			0801.89112-8	Fischereihafenschleuse Bremerhaven (BKF 9703-L)	2.417	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861
K			S			3801.88413-9	Zuführung an SV Hafen - Unterbringung Hafenschlick (Kapitaldienstfinanzierung)	3.078	3.038	3.226	3.362	434	
K	25		S			3801.88418-0	Zuführung an das SV Hafen - CT IV (Kapitaldienstfinanzierung)	8.050	2.000	2.000	3.000	4.000	4.000
K	25		S			3801.88415-5	Zuführung an das SV Hafen - CT III (Kapitaldienstfinanzierung)	7.395	6.334	5.438	7.005	6.709	6.565
K	25		S			3801.88416-3	Zuführung an das SV Hafen - CT IIIa / Osthafen (Kapitaldienstfinanzierung)	2.022	1.919	1.968	2.584	2.190	2.235
K	25		S			3801.88417-1	Zuführung an das SV Hafen - Hafenzuwässerung (Kapitaldienstfinanzierung)	764	688	1.299	617	618	614
K	25		S			3801.88419-8	Zuführung an das SV Hafen - Kaiserschleuse (BKF 0603-S)				6.882	7.206	7.546
K			S			3801.88421-0	Zuführung an das SV Hafen - Jade Weser Port (Kapitaldienst)			100	952	994	906
K			S			3801.88414-7	Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen (Kapitaldienstfinanzierung)	504	484	572	482	421	441
K	25		S			3801.88420-1	Zuführung an das SV Hafen - Umgestaltung Osthafen (Kapitaldienstfinanzierung)	607	621	646	601	583	577
K							Summe	24.837	18.945	19.110	29.346	27.016	26.745
K							Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	24.837	18.945	19.110	29.346	27.016	26.745
F			L			0801.88110-6	Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser	4.100	2.100	1.000			
F			L			0801.88131-9	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittelland- und Küstenkanals	200	200	260			
F			S			3801.88410-4	Zuführung an das Sondervermögen Überseestadt	300	300	300			
F	25		S			3801.88411-2	Zuführung an das Sondervermögen Hafen (investiv)	75	35.882	35.178			
F	25		S			3801.88422-8	An das Sondervermögen Hafen für Investitionen			41.572			
F			S			3801.89270-0	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz Oslebshausen	529					
F							Summe	5.204	38.482	78.310			
F							Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	5.204	38.482	78.310			
							SUMME Ausgaben	30.076	57.477	97.470			
Z							Summe	0	0	0			
Z							sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	0	0	0			
F			L			0801.33110-6	Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737	10.737	10.737			
F							Summe	10.737	10.737	10.737			
F							Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	10.737	10.737	10.737			
E							Summe	0	0	0			
E							Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
							SUMME Einnahmen	10.737	10.737	10.737			
Z							Summe	35	50	50			
Z							sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	35	50	50			
E							Summe	0	0	0			
E							Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K							Summe	24.837	18.945	19.110	29.346	27.016	26.745
K							Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	24.837	18.945	19.110	29.346	27.016	26.745
F							Summe	-5.533	27.745	67.573			
F							Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	-5.533	27.745	67.573			
							SUMME Netto-Investitionen	19.339	46.740	86.733			
							Anteil Bremerhaven (absolut)	5.333	12.826	12.598			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 91 Finanzen / Personal						Stand: 19.01.2010	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
-----------	-----------	------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z					L	0900.81103-9	Erwerb von Dienstfahrzeugen	10					
Z					L	0900.81200-0	Investive Ausgaben für den Netzbetrieb	3					
Z					L	0926.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	92	90	90			
Z					L	0951.81203-0	Erwerb von Maschinen und Inventar	1	10	9			
Z					L	0954.81203-0	Erwerb von Maschinen und Inventar	3	6	6			
Z					L	0910.81203-3	Erwerb von Maschinen und Inventar		13	15			
Z					L	0952.81203-3	Erwerb von Maschinen und Inventar	1	6	6			
Z					L	0955.81203-4	Erwerb von Maschinen und Inventar	1	6	6			
Z					L	0900.81203-5	Erwerb von Maschinen und Inventar	13	61	57			
Z					L	0953.81203-7	Erwerb von Maschinen und Inventar	23	6	6			
Z					L	0956.81203-8	Erwerb von Maschinen und Inventar	0	6				
Z					L	0957.81203-1	Erwerb von Maschinen und Inventar			7			
Z					L	0910.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	26					
Z					L	0926.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	64					
Z					L	0900.81205-1	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	30					
Z					L	0953.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	1					
Z					L	0926.81211-4	Investive Sachausgaben für die DV-Schulung		15	15			
Z					L	0900.81211-6	Erneuerung von ADV-Verfahren im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	85					
Z					L	0900.81216-7	Erwerb von Lizenzprogrammen	4					
Z					L	0900.81220-5	Investive Ausgaben für die Einführung des Projektes "PuMa"	48					
Z					L	0901.81234-9	Investive Sachausgaben für den Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen	3	8	8			
Z					L	0901.81236-5	Investive Sachausgaben für die Gesamtschwerbehindertenvertretung für Land und Stadtgemeinde Bremen		5	5			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	409	231	229			
E					L	0926.70001-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	65	50	45			
E					L	0954.70005-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	3	7	7			
E					L	0910.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		3	3			
E					L	0955.70005-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		7	7			
E					L	0900.70005-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	66	200	183			
E					L	0926.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen	2	35	35			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	137	302	279			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
G					L	0901.89310-1	Zuschüsse an Performa Nord (investiv)	190					
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	190	0	0			
SUMME Ausgaben								736	533	508			

Z					L	0900.13201-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	2	0	0			
SUMME Einnahmen								2	0	0			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	408	231	229			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	137	302	279			
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	190	0	0			
SUMME Netto-Investitionen								735	533	508			

Anteil Bremerhaven (absolut)													
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen							
PPL 92 Allgemeine Finanzen						Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11				
Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				L	0995.81214-2		Projekt 'Integriertes öffentliches Rechnungswesen (IÖR)'	4					
Z					Summe		sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	4	0	0			
E					Summe		Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K				S	3987.88412-5		An Sondervermögen 'Immobilien und Technik' für PCB- und Grundsanierung Tilgung Projekt 0204-S	5.531			11.077	12.133	11.038
K					Summe		Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	5.531	0	0	11.077	12.133	11.038
F				L	0986.83115-0		Übernahme von Geschäftsanteilen	13					
F				S	3990.86311-2		Unverzinsliche Gehaltsvorschüsse		12	7			
F				L	0990.86311-3		Unverzinsliche Gehaltsvorschüsse		12	7			
F				S	3987.88411-7		An Sondervermögen 'Immobilien und Technik' für Instandhaltungsinvestitionen	14.580					
F				L	0987.88411-8		An Sondervermögen 'Immobilien und Technik' für Instandhaltungsinvestitionen	1.616					
F				S	3987.88420-6		An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen			26.700			
F				S	3986.89126-8		Verlustausgleich der Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (investiv)	16.989					
F					Summe		Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	33.198	24	26.714			
G				L	0980.87101-0		Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	342	352	352			
G					Summe		Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	342	352	352			
SUMME Ausgaben								39.075	376	27.066			
Z				S	3980.13130-0		Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	5					
Z				S	3986.13320-7		Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen u.a.	2.023					
Z					Summe		sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	2.029	0	0			
F					Summe		Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	0	0	0			
SUMME Einnahmen								2.029	0	0			
Z					Summe		sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	-2.024	0	0			
E					Summe		Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
K					Summe		Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	5.531	0	0	11.077	12.133	11.038
F					Summe		Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	33.198	24	26.714			
G					Summe		Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	342	352	352			
SUMME Netto-Investitionen								37.047	376	27.066			
Anteil Bremerhaven (absolut)								0	0	0			

Investitionsprogramm							Senatorin für Finanzen						
PPL 93 Zentrale Finanzen							Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11			
Priorität	Kategorie	Öffentlich	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Z				S		3996.81141-6	Fahrzeugbeschaffung Feuerwehr	340					
Z				L		0996.81240-5	PC-Beschaffung; WLAN; E-Government-Projekte	10					
Z				S		3996.81240-4	PC-Beschaffung; WLAN; E-Government-Projekte	218					
Z				S		3996.81241-2	Nutzerspezifische Maßnahmen im Bereich Schulinfrastruktur	1.668					
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	2.237	0	0			
E				S		3996.70040-1	Kleine Baumaßnahmen -insbesondere energetische Sanierung- im Krankenhausbereich	461					
E				S		3996.73043-2	Lärmschutzmaßnahmen	114					
E				S		3996.73940-5	Sanierung von Sportstätten	2.050					
E				S		3996.73941-3	Sanierung Freibad Blumenthal	595					
E				S		3996.79040-0	Tagesbetreuung /Ausbau U3	724					
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	3.944	0	0			
K				L		0995.89310-0	Abführung der restlichen Spielbankabgabe an die Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Investitionen	900	900	900	900	900	1.012
K						Summe	Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen	900	900	900	900	900	1.012
F				S		3996.88430-8	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Gebäudesanierung im Bereich Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur	977					
F				L		0996.88430-9	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Gebäudesanierung Verwaltungsgebäude	26					
F				S		3996.88431-6	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Gebäudesanierung im Bereich Schulinfrastruktur (energetische Sanierung)	4.004					
F				S		3996.88440-5	Infrastruktur Hafen / Hafentbahn	1.207					
F	100			L		0996.89120-8	Ansiedlung eines Fischereiforschungsinstitutes in Bremerhaven	136					
F	100			L		0996.89121-6	Masterplan Fischereihafen (einschl. Offshore Windenergie)	2.288					
F				S		3996.89140-1	Anleger Innenstadt, Anleger Bremen-Nord	318					
F				S		3996.89340-4	Krankenhausfinanzierung / Rotes-Kreuz-Krankenhaus	264					
F				L		0996.89410-0	An die Universität Bremen für energetische und Bausanierung	2.027					
F				L		0996.89411-8	An das Institut für Werkstofftechnik für Geräteinvestitionen und energetische Sanierung	720					
F				L		0996.89412-6	An die Hochschule für Künste für energetische und Bausanierung	10					
F	100			L		0996.89420-7	An die Hochschule Bremerhaven für energetische und Bausanierung	661					
F	100			L		0996.89421-5	An das Alfred-Wegener-Institut Bremerhaven für die energetische Sanierung und für Geräteausstattung	1.059					
F	100			L		0996.98520-2	An Hst. 6963/385 01 zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen im Bereich Bildungsinfrastruktur gem. §3 (1) Nr. 1 ZulnVG	5.445					
F	100			L		0996.98521-0	An Hst. 6963/385 02 zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen im Bereich sonstige Infrastruktur gem. §3 (1) Nr.2 ZulnVG	1.179					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	20.319	0	0			
G				L		0995.89310-0	Abführung der restlichen Spielbankabgabe an die Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Investitionen	1.163	1.350	1.350			
G	100			L		0970.98557-6	An Hst. 6150/38501, Anteil an der Feuerschutzsteuer	413	535	547			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	1.576	1.885	1.897			
SUMME Ausgaben								28.976	2.785	2.797			
F				L		0996.33101-6	Vom Bund für die Umsetzung von Zukunftsinvestitionen für Bildungsinfrastruktur gemäß §3 (1) Nr. 1 ZulnVG	11.332					
F				L		0996.33102-4	Vom Bund für die Umsetzung von Zukunftsinvestitionen für sonstige Infrastruktur gemäß §3 (1) Nr. 2 ZulnVG	6.455					
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	17.787	0	0			
SUMME Einnahmen								17.787	0	0			
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	2.237	0	0			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	3.944	0	0			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	2.532	0	0			
G						Summe	Gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung	1.576	1.885	1.897			
SUMME Netto-Investitionen								11.190	2.785	2.797			
Anteil Bremerhaven (absolut)								11.181	535	547			

Investitionsprogramm						Senatorin für Finanzen			
PPL 96 IT-Ausgaben der FHB						Stand: 19.01.2011	Ref. 20	Investitionsprogramm	21.01.11

Priorität	Kategorie	Direktziel	Bremerhaven	Sondervermögen	Land / Stadt	Finanzposition	BEZEICHNUNG / KATEGORIE	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
-----------	-----------	------------	-------------	----------------	--------------	----------------	-------------------------	----------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Z				S		3950.81220-5	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	403	349	51			
Z				L		0950.81220-6	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	2.042	1.828	255			
Z				S		3950.81225-6	IT-Querschnitt investive Pauschale		148	150			
Z				L		0950.81225-7	IT-Querschnitt investive Pauschale		600	654			
Z				L		0950.81240-0	Investitionskosten des bremischen Digitalfunksder BOS	1.575	980				
Z				S		3950.81241-8	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	62	7	7			
Z				L		0950.81241-9	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	115	47	53			
Z				L		0950.81210-9	IT-Fachaufgaben: Justiz		186	148			
Z				L		0950.81230-3	IT-Fachaufgaben: SAFGJS		13	20			
Z				L		0950.81244-3	IT-Fachaufgaben: Polizei		350	341			
Z				L		0950.81245-1	IT-Fachaufgaben: Feuerwehr		50	41			
Z				L		0950.81246-0	IT-Fachaufgaben: Stadtamt		200	243			
Z				L		0950.81247-8	IT-Fachaufgaben: Marktverwaltung			49			
Z				L		0950.81260-5	IT-Fachaufgaben: Umwelt, Bau, Verkehr		45	39			
Z				L		0950.81261-3	IT-Fachaufgaben: Bauamt Bremen-Nord		13	13			
Z				L		0950.81262-1	IT-Fachaufgaben: ASV		71	27			
Z				L		0950.81263-0	IT-Fachaufgaben: Geoinformation			190			
Z				L		0950.81270-2	IT-Fachaufgaben: Wirtschaft und Häfen		85	44			
Z				L		0950.81280-0	IT-Fachaufgaben: Senatskanzlei		42	40			
Z				S		3950.81271-0	IT-Fachaufgaben: HBH			34			
Z				S		3950.81240-0	Investitionskosten des bremischen Digitalfunksder BOS	817	570				
Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	5.014	5.584	2.399			

E				L		0950.71940-0	Baukostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS	397	820				
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	397	820	0			

F				L		0950.88140-2	Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS	373	80				
F				L		0950.88840-7	Investitionskostenanteile für die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	37	50				
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	410	130	0			

SUMME Ausgaben

5.820 6.534 2.399

E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	0	0	0			
							SUMME Einnahmen	0	0	0			

Z						Summe	sonstige Maßnahmen (Ersatzbeschaffung, PC, Fahrzeuge o.ä.)	5.014	5.584	2.399			
E						Summe	Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz	397	820	0			
F						Summe	Fortsetzung begonnener Maßnahmen / Ausfinanzierung	410	130	0			
							SUMME Netto-Investitionen	5.820	6.534	2.399			

							Anteil Bremerhaven (absolut)						
--	--	--	--	--	--	--	------------------------------	--	--	--	--	--	--

Anlage 2

Investitionsprogramm 2010 bis 2014; in Tsd. €					Stadtkämmerei				
					Ref. 20/1	Invest.-Plan	21.12.2010		
Stadtgemeinde Bremerhaven (Stand gem. StVV 16.12.2010)									
AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
0	6980	790	01	INVESTITIONSRESERVE	0	0	1.500	1.500	1.500
0	6920	871	01	INANSPRUCHNAHME AUS BÜRGSCHAFTEN	32	30	30	30	30
0	6925	891	01	SEESTADT IMMOBILIEN, MIETKAUF KITA ELLHORN-STRASSE	188	188	188	188	188
0	6925	891	02	TILGUNG AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR GEBÄUDESANIERUNGEN (KDF)	1.779	1.839	1.909	1.986	2.063
0	6925	891	03	SEESTADT IMMOBILIEN, LEIBRENTEN	58	119	122	126	130
0	6925	891	04	SEESTADT IMMOBILIEN, INVESTITIONS-KOSTENZUSCHUSS	11.800	6.522	6.542	6.560	7.500
0	6925	891	50	TILGUNG AN "STADTFINANZ" FÜR STADTTEIL-SONDERPROGRAMM (KDF)	290	301	313	326	340
Σ Ausschussbereich 0 Zentrale Finanzwirtschaft					14.147	8.998	10.603	10.717	11.751
2	6782	730	01	ALLGEMEINE INVESTIVE INFRASTRUKTUR-MAßNAHMEN	2.400	2.000	2.000	2.000	2.000
2	6780	790	30	MARKETING ENTWICKLUNGSGEBIET "HAVENWELTEN"	308	0	0	0	0
2	6782	790	10	ISP AUSBAU VERKEHRSLANDEPLATZ LUNEORT	13	1	1	1	1
2	6780	891	01	TILGUNG AN DIE STÄGRUND F. ERWEITERUNG UND SANIERUNG ZOO AM MEER (KDF)	182	192	202	213	225
2	6780	891	03	TILGUNG AN BEAN FÜR PROJEKT "HAVENWELTEN" (KDF)	1.627	1.627	10.387	16.127	9.797
2	6780	891	04	BIS, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	830	830	800	800	800
2	6780	891	05	BEAN, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	10.000	4.720	2.220	2.220	2.220
2	6782	891	01	TILGUNG AN BIS FÜR INNENSTADT I (KDF)	1.740	1.456	742	393	106
2	6782	891	02	TILGUNG AN BIS FÜR SÜDL. INNENSTADT (KDF)	450	268	278	288	299
2	6782	891	03	TILGUNG AN BIS FÜR GEWERBEGBIET LUNE-ORT OFFSHORE-WINDENERGIE-ANLAGENBAUER (KDF)	222	203	211	218	226
2	6819	891	01	BVV/VGB, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	890	456	1.072	1.216	1.337
2	6819	891	02	BÄDERGESELLSCHAFT BREMERHAVEN MBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	1.255	154	1.186	1.199	1.220
2	6819	891	03	WESERFÄHRE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	57	44	43	43	43
2	6854	891	01	STADTHALLE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	1.480	1.480	1.480	1.480	1.480
2	6880	891	01	TILGUNG AN BREMER AUFBAUBANK FÜR US-WOHNUNGEN (KDF)	126	131	137	144	153
2	6782	987	05	(I) AN BREMER HST. 0709/387 90-1 FÜR BETEILIG. AN D. REGIONAL. WIRTSCHAFTSFÖRD.	4.364	3.664	3.701	3.738	3.738
Σ Ausschussbereich 2 Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenh.					25.944	17.225	24.460	30.080	23.644
3	6510	893	01	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR KURZFRIST. INVEST. NACH § 11 BREMKHG	1.189	1.189	1.189	1.189	1.189
3	6510	893	03	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR INVESTITIONEN NACH § 10 BREMKHG	2.228	2.228	2.228	2.228	2.228
Σ Ausschussbereich 3 Gesundheit					3.417	3.417	3.417	3.417	3.417
4	6210	700	01	KLEINERE UM- U. ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖßERE INSTANDSETZUNGEN (HOCHBAUTEN)	0	90	0	0	0
4	6210	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	77	220	0	0	0

Anlage 2

AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	6230	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	40	30	0	0	0
4	6270	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	20	20	0	0	0
4	6351	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	4	4	0	0	0
4	6361	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	10	10	0	0	0
4	6361	812	07	INVESTIVE EXPONATE	10	10	0	0	0
4	6362	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	5	5	0	0	0
4	6372	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	15	15	0	0	0
4	6205	891	01	AN WIRTSCHAFTSBETRIEB SEESTADT IMMOBILIEN FÜR BAUMASSNAHMEN GANZTAGSSCHULEN	1.000	1.000	943	1.004	1.027
4	6271	891	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND	490	490	490	490	490
4	6330	891	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND	507	507	510	510	510
4	6355	891	01	ZOO AM MEER BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	52	49	42	42	42
4	6321	893	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN STIFTUNG DEUTSCHES SCHIFFFAHRTSMUSEUM	100	100	100	100	100
4	6361	893	01	INV.-ZUSCHÜSSE FÜR RESTAURIERUNGEN	5	0	0	0	0
Σ Ausschussbereich 4 Schule und Kultur					2.335	2.550	2.085	2.146	2.169
5	6401	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	28	28	26	28	28
5	6641	893	01	TILGUNG AUF GRUNDSTÜCKSKOSTENDARLEHEN	33	36	37	39	40
Σ Ausschussbereich 5 Arbeit, Soziales, SeniorInnen, MigrantInnen					61	63	63	66	68
6	6651	700	03	VERBESSERUNG UND ERWEITERUNG DER VERKEHRSEINRICHTUNGEN	40	30	0	0	0
6	6651	700	05	GRUNDINSTANDSETZUNG UND ERNEUERUNG VON BRÜCKEN	200	0	0	0	0
6	6651	730	00	INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ÖPNVG-MASSNAHMEN	0	0	1.130	1.202	1.230
6	6651	730	02	AUSBAU VON WOHNSTRASSEN, PARKPLÄTZEN UND ERSCHLIEßUNGSANLAGEN	400	170	0	0	0
6	6651	730	05	GRUNDINSTANDSETZUNG KENNEDYBRÜCKE	250	0	0	0	0
6	6651	730	06	GRUNDINSTANDSETZUNG ACHGELISBRÜCKE	350	0	0	0	0
6	6651	730	07	HERRICHTUNG DER FAHRWEGE FÜR DEN ÖPNVG	0	400	0	0	0
6	6651	730	09	SCHULWEGSICHERUNG LOTJEWEG/BEUTHENER STR.	80	0	0	0	0
6	6651	730	15	AUSBAU DER B 212 ZWISCHEN FÄHRANLEGER UND BERLINER PLATZ (ENTFLECHTG)	0	605	0	0	0
6	6651	730	17	UMGESTALTUNG BAHNHOF LEHE (ÖPNVG)	0	233	0	0	0
6	6651	730	44	AUSBAU DES RADWEGENETZES	0	50	0	0	0
6	6651	730	50	VERLÄNGERUNG LÄRMSCHUTZWAND GRIMSBY-STRASSE	0	117	0	0	0
6	6651	730	51	SANIERUNG WENCKE DOCK	900	0	0	0	0
6	6651	730	66	INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ENTFLECHTG-MASSNAHMEN	0	0	2.504	2.664	2.727
6	6651	730	89	AUSBAU DER ELBESTR. V. ELBINGER PLATZ BIS WIESENSTR. (ENTFLECHTG)	655	1.000	0	0	0
6	6651	730	94	UMBAU DER WESERSTR. MIT DEN EINMÜNDUNGEN HOEBELSTR. UND OSTRAMPE	300	400	0	0	0
6	6651	730	96	UMGESTALTUNG VON HALTESTELLEN (ÖPNVG)	0	565	0	0	0

Anlage 2

AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	6651	730	97	AUSBAU WURSTER STR. ZW. FLÖTENKIEL UND CHERBOURGER STR. (ENTFLECHTG)	1.700	650	0	0	0
6	6741	737	01	SPIELLEITPLANUNG GEESTEMÜNDE	30	0	0	0	0
6	6502	790	01	ENTSIEGELUNGSMASSNAHMEN	0	10	9	10	10
6	6502	790	03	BAUMAßNAHMEN (ABWASSERABGABE)	110	110	104	110	113
6	6625	790	02	REGULÄRES BUNDESPROGRAMM STADTUMBAU WEST (INVESTIV)	1.734	1.401	1.515	1.596	1.617
6	6625	790	03	BUNDESPROGRAMM "INVESTITIONSPAKT" FÜR ENERGETISCHE SANIERUNG	225	297	0	0	0
6	6625	790	05	SANIERUNGSMASSNAHME ALTE BÜRGER	504	414	339	306	297
6	6625	790	06	SANIERUNGSMASSNAHMEN BUNDESPROGRAMM "SOZIALE STADT"	489	486	486	495	507
6	6625	790	09	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN	123	189	240	258	267
6	6625	790	10	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN DENKMALSCHUTZ WEST	48	105	162	207	219
6	6502	812	81	TECHNISIERUNG DER VERWALTUNG (GRUND- WASSERSCHUTZ)	2	2	2	2	2
6	6612	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	132	72	68	72	74
6	6730	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	25	25	25	25	25
Σ Ausschussbereich 6 Bau und Umwelt					8.297	7.330	6.584	6.948	7.088
7	6110	811	01	KRAFTFAHRZEUGE	199	194	209	215	215
7	6150	811	01	FAHRZEUGE DER FEUERWEHR	0	180	0	0	0
7	6110	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	370	390	342	371	385
7	6120	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	5	5	0	0	0
7	6150	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN	60	40	0	0	0
7	6110	891	01	TILGUNG AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR GEBÄUDESANIERUNGEN (KDF)	106	0	0	0	0
Σ Ausschussbereich 7 Öffentliche Sicherheit					740	809	551	586	600
8	6470	891	01	AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3-JÄHRIGE (KIFÖG)	499	0	0	0	0
8	6451	893	01	INV. ZUSCHÜSSE FÜR IMPULSE FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT	375	375	354	376	385
8	6470	893	03	AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3-JÄHRIGE (KIFÖG)	0	1.467	1.437	1.409	0
Σ Ausschussbereich 8 Jugend, Familie und Frauen					874	1.842	1.791	1.786	385
10	6540	700	03	KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖßERE INSTANDSETZUNGEN (SONST. ANL.)	50	0	0	0	0
10	6540	893	04	ERSATZBESCHAFFUNG VON MASCHINEN FÜR SPORTPLATZPFLEGE	50	50	0	0	0
10	6541	893	02	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN	80	80	80	80	80
Σ Ausschussbereich 10 Sport und Freiheit					180	130	80	80	80
Σ Ausschussbereiche 0 - 10:					55.994	42.364	49.635	55.825	49.202

Anlage 2

AB Kap Gru Ti Bezeichnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
<u>d a v o n</u>					
Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe	14.564	7.733	6.843	7.000	7.142
Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierungen vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung	15.216	16.060	15.369	15.825	14.601
Kapitaldienstfinanzierungen	17.572	11.655	11.719	11.780	12.725
sonstige Investitionen	6.416	6.016	14.180	19.695	13.209
Konjunkturprogramm II	2.226	901	1.525	1.525	1.525
	0	0	0	0	0
Summe:	55.994	42.364	49.635	55.825	49.202